

BEST OF Otto Brenner Preis 2008



Kritischer Journalismus – Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten

Preisträger 2008 · Begründungen der Jury · Prämierte Beiträge
Recherche-Stipendien · Reden und Texte · Ausschreibung 2009

BEST OF Otto Brenner Preis 2008

**Kritischer Journalismus –
Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten**

INHALT

5 *Vorwort*
Jupp Legrand

7 *Eröffnung*
Jürgen Peters

17 *Festrede*
Fritz Pleitgen

Preisträger 2008

Newcomer- / Medienprojektpreis

35 *Andrea Röpke*
„Journalisten als Opfer“

41 *Anita Blasberg und*
Marian Blasberg
„Abschiebeflug FHE 6842“

69 *Jürgen Döschner*
„Fire and Forget
– Krieg als Geschäft“

73 *Steffen Judzikowski und*
Hans Koberstein
„Das Kartell – Deutschland im
Griff der Energiekonzerne“

Otto Brenner Preis „Spezial“

77 *Christian Bommarius*
„Kultur einer neuen
Anspruchslosigkeit“

Recherche-Stipendien

87 *Veronika Frenzel*
„Moderne Sklaven –
Das Geschäft mit illegalen
Einwanderern“

93 *Clemens Hoffmann*
„Verkaufte Kinder –
Kinderhandel in der Ukraine“

99 *N. N.*
„Analyse ‘moderner’ Lobby-
strukturen in Berlin“

Ausgewählte Texte und Reden

104 *Tom Schimmeck*
„Rede zum Gründungskongress
der ‘Freischreiber’ in Berlin“

113 *Jutta Roitsch*
„Die Medienkampagne in Hessen
und der Fall Ypsilanti(s)“

123 *Thomas Leif*
„Zuviel Recherche macht die
Geschichte kaputt“

145 *Die Jury*

152 *Daten und Fakten*
zum Brenner Preis 2008

154 *Preisträger 2005 – 2007*

156 *Ausschreibung*
Otto Brenner Preis für
kritischen Journalismus 2009

159 *Impressum*

160 *Inhaltsverzeichnis der DVD*

VORWORT

„Brenner Preis“ stößt auf breite Akzeptanz und genießt hohe Wertschätzung

Etwa 300 Journalistenpreise werden inzwischen in Deutschland vergeben. Sie wurden initiiert und werden ausgelobt von Unternehmen, Vereinigungen, Verbänden, Lobbygruppen, Parteien, Privatpersonen, Sponsoren und Stiftungen. Wenige renommierte Preise mit gewachsenem Profil und publizistischer Bedeutung stehen neben vielen Auszeichnungen, die ihr Anliegen, Lobbyberichterstattung öffentlichkeitswirksam zu prämiieren, kaum noch kaschieren und mit „bestellten Wahrheiten“ den Unterschied zwischen plumper PR und seriösem Qualitätsjournalismus zu verdecken drohen.

Die noch kurze, aber durchaus erfolgreiche Geschichte des „Otto Brenner Preises für kritischen Journalismus“ steht dagegen für den Anspruch, Beiträge zu prämiieren, die in der breiten Masse durch eigenständige und intensive Recherche auffallen, durch die Themenwahl überzeugen und sich durch besondere journalistische Qualität auszeichnen. Garant für die schwierige Auswahl herausragender journalistischer Leistungen ist die unabhängige Jury, die alle eingereichten Bewerbungen intensiv sichtet, die Urteile unvoreingenommen anhand von transparenten Kriterien trifft und ihre Entscheidungen öffentlich begründet.

Die überwältigende Resonanz, auf die die Ausschreibung zum „Otto Brenner Preis 2008 für kritischen Journalismus“ wieder gestoßen ist, unterstreicht, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Über 500 Bewerbungen sind ein Beleg für die breite Akzeptanz und hohe Wertschätzung, die der Preis inzwischen gewonnen hat. Der „Brenner Preis“, den wir 2009 erst zum fünften Mal ausschreiben, ist schon zu einer festen Größe geworden. Daß er weit über die Fachwelt hinaus einen ausgezeichneten Ruf genießt, liegt nicht zuletzt an seiner Unabhängigkeit von Medienkonzernen.

Dieses Vertrauen ist uns Verpflichtung, auch künftig gründliche investigative Recherchen zu prämiieren, hohes journalistisches Können auszuzeichnen und die Auswahl relevanter Themen zu würdigen.

Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung

ERÖFFNUNG



Jürgen Peters

Rede zur Verleihung der
Otto Brenner Preise für
kritischen Journalismus 2008

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,*

herzlich Willkommen zur Verleihung der Otto Brenner Preise 2008 für kritischen Journalismus. Der Otto Brenner Preis für kritischen Journalismus wird heute zum vierten Mal verliehen.

Mit Freude und durchaus auch mit etwas Stolz können wir feststellen: Dieser Preis hat mittlerweile seinen festen Platz im Kreis der wichtigen Journalistenpreise in Deutschland. Er ist eine der wenigen Auszeichnungen, die von Medienunternehmen unabhängig sind und bei der die eigentliche journalistische Arbeit im Vordergrund steht. Über 500 Bewerbungen aus allen Mediengattungen und Genres sind bei der Otto Brenner Stiftung eingereicht worden. Dies ist wieder eine erhebliche Steigerung gegenüber 2007 und gar eine Verdoppelung gegenüber 2006.

Der Otto Brenner Preis würdigt bekanntermaßen aber nicht nur herausragende journalistische Arbeiten, sondern gemeinsam mit „netzwerk recherche“ vergibt die Otto Brenner Stiftung auch Recherche-Stipendien. Damit soll die Arbeit an rechercheintensiven Themen

unterstützt werden, die oft im Arbeitsalltag von Journalisten zu kurz kommen. Wir betrachten Recherche-Stipendien auch als gezielte Nachwuchsförderung.

Wie wirksam und letztlich auch erfolgreich diese Form der journalistischen Unterstützung sein kann, zeigt das Beispiel von Astrid Geisler. Sie hat mithilfe des Recherche-Stipendiums 2005 ihre Reportage „Das vergessene Land“ über das rechtsradikale Milieu in Ostvorpommern nicht nur realisieren und veröffentlichen können. Im vergangenen Jahr erhielt sie dafür einen der renommiertesten Medienpreise, den die Zeitungsbranche an Journalisten zu vergeben hat: den Theodor-Wolff-Preis. Frau Geisler, herzlichen Glückwunsch auch von unserer Seite! Frau Geisler wird später über ihre Arbeit und die Ergebnisse berichten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die Vielzahl der eingereichten Arbeiten macht Mut: Sie zeigt, dass es immer noch sehr viele Journalisten gibt, die hohe Ansprüche an ihre eigene Arbeit stellen, und dass sie vor kritischer Recherche und Gegenwind nicht zu-

rückschrecken. Die Vielzahl der Arbeiten bedeutet aber auch mehr Arbeit für die Mitglieder der Jury. Mittlerweile wissen wir jedoch, worauf wir uns eingelassen haben: Eine Menge zu lesen (13 prall gefüllte Aktenordner!), zu sehen und zu hören und danach eine schwierige Auswahl unter einer Vielzahl von interessanten und exzellenten Beiträgen zu treffen. Heute Nachmittag lernen Sie die diesjährigen Preisträger kennen. Ich will Ihnen meine Jury-Kolleginnen und -Kollegen kurz vorstellen:

Die Träger des Newcomer- bzw. Medienprojektpreises und des Spezialpreises stellt uns Dr. Heribert Prantl vor. Er ist Ressortleiter Innenpolitik und Leitartikler bei der Süddeutschen Zeitung. Als Kommentator ist er nicht nur berühmt, sondern bisweilen sogar berüchtigt. Dem Otto Brenner Preis ist er von Anfang an eng verbunden. Herzlich Willkommen, Herr Dr. Prantl.

Anschließend stellt Dr. Thomas Leif die diesjährigen Themen und Preisträger der Recherche-Stipendien vor. Dr. Thomas Leif ist selbst renommierter Journalist und Chefreporter Fernsehen beim Südwestrundfunk in Mainz. Mit dem „netzwerk recherche“ hält er die

Tugenden des guten Journalismus hoch. Für uns ist er mehr als nur ein Mitglied der Jury. Thomas Leif möchte ich an dieser Stelle besonders für seine tatkräftige Unterstützung des Otto Brenner Preises Dank sagen. Herzlichen Dank und herzlich Willkommen, Herr Dr. Leif.

Begrüßen möchte ich Harald Schumann, Redakteur für besondere Aufgaben beim Tagesspiegel und mithin bekannt für seine fleißige und gewissenhafte Rechercharbeit. Außerdem Autor globalisierungskritischer Bücher und zwar schon zu einer Zeit, als man dafür belächelt wurde. Dass er recht behalten sollte mit seinen Warnungen – wird ihn heute nicht befriedigen. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Herr Schumann wird die Träger sowohl des ersten als auch des dritten Preises präsentieren.

Die Laudatio für die Träger des zweiten Preises wird Dr. Volker Lilienthal von „epd medien“ halten. Dr. Lilienthal ist nicht nur verantwortlicher Leiter des Fachdienstes „epd medien“, sondern einer der renommiertesten deutschen Medienjournalisten. Lieber Herr Dr. Lilienthal, wir wollen Ihnen für ihre

umsichtige Jury-Mitarbeit danken.
Herzlich Willkommen.

Für ihre engagierte und überaus kompetente Mitarbeit in der Jury möchte ich Sonia Mikich, Redaktionsleiterin des Politmagazins Monitor, danken. Leider kann Frau Mikich heute nicht an der Preisverleihung teilnehmen, weil sie seit einiger Zeit über die Präsidentschaftswahl aus Amerika berichtet. Durch den Abend leitet uns mit ihrer Moderation Kay-Sölve Richter von der ZDF-Heute-Redaktion. Danke, dass Sie die Aufgabe übernommen haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

es ist mir eine besondere Freude, den diesjährigen Festredner begrüßen zu dürfen. Er ist jemand, der sich schon in frühester Jugend dem Journalismus verschrieben hat. Und der in den vielen Jahren seiner Tätigkeit nie mehr losgelassen hat. Ob als Redakteur, Chefredakteur, Auslandskorrespondent, der von nahezu allen wichtigen Schauplätzen der Weltpolitik berichtet hat, oder in seiner Funktion als Intendant des WDR und Vorsitzender der ARD.

Für seine journalistische Arbeit ist er mit vielen Preisen und Auszeichnungen geehrt worden. Herzlich Willkommen Herr Pleitgen!

Fritz Pleitgen ist Vertreter eines Mediums, das sich wachsenden Zuspruchs erfreut. Das Medium steht allerdings gleichzeitig auch in kontinuierlicher Kritik und das nicht erst seit dem Wutausbruch von Marcel Reich-Ranicki.

Stichworte wie der rücksichtslose Kampf um Einschaltquoten, die zunehmende Vermischung von Information und Unterhaltung, auch der Hinweis auf den einen oder anderen Skandal um Schleichwerbung oder Korruption in den Sendeanstalten, umreißen die Bandbreite der Kritik.

Fritz Pleitgen hat sich immer für den Qualitätsjournalismus starkgemacht. Er wird zum Thema „Auslandsberichterstattung“ sprechen. Wir freuen uns auf Ihre Festrede.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich auch deshalb auf die Rede über den Auslandsjournalismus,

weil der Inlandsjournalismus gerade weniger Spaß macht. Genauer gesagt, der Hauptstadtjournalismus. Er ist deshalb für uns alle von sehr hoher Bedeutung, weil er zum größten Teil unsere Wahrnehmung der politischen Prozesse bestimmt. Er bestimmt das Bild, das die Bürger sich über die Demokratie machen. Er ist verantwortlich dafür, ob wir ein Bild, oder eben ein Zerrbild der politischen Ereignisse bekommen.

Letztlich ist der Hauptstadtjournalismus verantwortlich für die Aufklärung in Sachen Politik. Doch neigt er in den letzten Jahren zunehmend zur Verklärung von Politik. In Berlin drängen sich allein für die Berichterstattung über die Politik und das Tagesgeschehen rund 2.500 Journalisten.

Es ist gar nicht möglich, soviel Nachrichtenwertes zu produzieren wie verarbeitet werden will. Das Angebot der Politiker kann mit der Nachfrage der Medien nicht Schritt halten, wie der Zeit-Redakteur Gunter Hofmann kürzlich feststellte. Doch der Nachrichtenmarkt verlangt nach Statements, auch wenn sie nichts aussagen, nach Bildern,

auch wenn sie keinen Neuigkeitswert besitzen – nach Inszenierung eben. Schließlich müssen am Abend die Zeitungsseiten und Nachrichtensendungen gefüllt werden.

Mehr noch, das journalistische Beuteschema zwingt Politik dazu, Ergebnisse zu einem Zeitpunkt zu formulieren, wo doch erst noch Entwicklungsprozesse stattfinden. Wo noch diskutiert, abgestimmt und verbessert wird, wo entworfen und wieder verworfen wird, wo der politische Diskurs stattfindet, wo er stattfinden muss.

Der Politik wird die Zeit zum Politikmachen genommen. Der Druck der Ware Nachricht wird zum Taktgeber für politische Gestaltung. Ich finde, das ist eine ungesunde Entwicklung.

Und sie ist nur aus der Abhängigkeit zu erklären, in die sich Politik und Medien insbesondere in der Hauptstadt Berlin begeben haben. Leben und Leben lassen.

Die Wechselwirkungen von Politikern und Medienleuten, von Nachrichtenmarkt und Politik ist es, die mittlerweile geradezu schablonenhafte Bilder und Nachrichten hervorbringt. Sie konstru-

ieren Wirklichkeit, wo doch nur Inszenierung und Scheinneuigkeiten sind.

Der Hauptstadtjournalismus funktioniert wie ein Perpetuum mobile. Seine Mechanismen und seine Hauptakteure sind sich irgendwann selbst genug. Die sensible Wahrnehmung der gesellschaftlichen Wirklichkeit bleibt dabei jedoch auf der Strecke.

Die Kommunikationswissenschaftler Leif Kramp und Stephan Weichert kommen in ihrer Studie, die das „netzwerk recherche“ im Juni 2008 herausgeben und die die Otto Brenner Stiftung im Rahmen ihrer Wissenschaftsförderung unterstützt hat, zum Ergebnis, dass eine kritische Distanz nicht auszumachen ist. Zwischen vielen Politikern und Medienschaffenden sei allenthalben – so wörtlich – „eine klebrige Nähe“ wie man sie eher bei einer Promigemeinschaft erwartet, die auf zahllosen Empfängen, Premieren und sonstigen Events zu kleineren Intrigen und Wichtigtuerei zusammenkommt. Die Vierte Gewalt, die ihr wachsames Auge auf die Politik richten soll, wird bisweilen zur anrühigen „Zweckgemeinschaft“ oder „Symbiose“ zwischen Politikern und Journalisten. Die Gefahr

geht nicht von der Neigung zu Selbstinszenierung aus, sondern von der zunehmenden Verquickung journalistischer und politischer Interessen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

unter der Berliner Glocke entwickelt sich ein politisches und mediales Treibhaus: Man hat den Eindruck, in einem feuchtwarmen abgeschlossenen Klima treiben politische und mediale Blüten, ohne dass es eine Verbindung zur Außenwelt gibt. Und ohne dass man sich gegenseitig überprüft.

An dieser Stelle sei mir eine Bemerkung erlaubt: In den letzten Tagen war viel über die Finanzmarktkrise die Rede. Selbst über den Kapitalismus wird wieder diskutiert. Das Wort Verstaatlichung... (mein Gott)... Selbst Betonkommunisten haben geglaubt, es sei bereits in die Liste der bedrohten Wörter aufgenommen worden. Und, die Menschen haben erfahren, was sie schon immer gewusst haben, aber zuletzt selbst nicht mehr glaubten: dass es einen Unterschied gibt zwischen Realwirtschaft und Finanzwirtschaft. Realwirtschaft ist, wo man für

sein Geld arbeitet und etwas herstellt. Finanzwirtschaft ist, wo man das erarbeitete Geld der anderen verzockt, und obendrein den Anspruch hat, dafür gut bezahlt zu werden.

Ich kann mich noch sehr gut an Zeiten erinnern, wo ich der deutschen Presse ausschließlich entnehmen konnte, dass Deregulierung, Einschränkung von Arbeitnehmerrechten, der Rückzug des Staates, die Befreiung der Finanzmärkte und vieles andere mehr „das allein seligmachende“ in unserer Gesellschaft sei. Geradezu die Voraussetzung für mehr Wohlstand. Und es versteht sich: In einer solchen Sicht der Dinge haben Gewerkschaften keinen Platz, werden Gewerkschaften als Dinosaurier abgestempelt und Tarifverträge besser verbrannt.

Besorgte oder gar kritische Stimmen gegen den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus wurden abgetan und die Kritiker als ewig Gestrige hingestellt. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Ich stelle mir allerdings in den letzten Tagen die Frage: Was ist eigentlich der Anteil der Medien an der Banken- und Börsenkrise? Wo waren die publizistischen Warner, wo die Andersdenkenden, wo

war der Pluralismus in der Wirtschaftsberichterstattung? Mit dem Finger auf die Bankenmanager zu zeigen ist vollkommen richtig. Doch die Finanzkrise ist meines Erachtens auch ein guter Grund für die übergroße Mehrheit der Wirtschaftsberichtersteller, in den Spiegel zu schauen und sich selbst zu hinterfragen.

Ich glaube, es ist notwendig darüber nachzudenken: Welchen Anteil hat der Mainstream-Journalismus an einem Meinungsbild, das viele für die Wirklichkeit gehalten haben, das sich jedoch als gefährliche ökonomische Blase entpuppt hat?

Ich habe noch keine Antwort darauf, aber die aktuellen Erfahrungen lassen uns auf schmerzhaft Weise erfahren, wie wichtig ein aufgeklärter, unabhängiger und unbequemer Journalismus für eine Gesellschaft ist. Dass dieser Anspruch eben nicht für Sonntagsreden taugt, sondern ein wahrhaft konstitutives Element der Demokratie ist – es lastet eine große Verantwortung auf den Journalisten, auch auf den jungen.

Der Otto Brenner Preis atmet diesen Geist, er will den Journalisten, die sich

diesem Anspruch stellen, eine Hilfe sein.

„Wir sollten lieber öfter wieder unauffälligen Spuren nachgehen und daraus eigene Geschichten machen. Und auch wenn es morgen noch nicht gleich eine Schlagzeile ist, vielleicht ist es in drei Monaten eine. Von der Intelligenz und dem handwerklichen Können her sind viele junge Journalisten ja zweifellos dazu in der Lage. Aber was ihnen fehlt, ist das Selbstvertrauen. Genauso wie es auch an Chefredakteuren oder Ressortleitern fehlt, die diesen jungen Journalisten eben dieses Vertrauen vermitteln, eigene Themen zu setzen, statt jeder Sau hinterherzulaufen, die gerade durchs Dorf getrieben wird“.

Diesem Appell des Zeit-Redakteurs Gunter Hoffmann habe ich nur hinzu zu fügen:

Ich hoffe, der Otto Brenner Preis ist eine Ermunterung dazu.

Ich will Sie alle Willkommen heißen, hierzu beizutragen und freue mich, dass Sie so zahlreich gekommen sind.

Ich wünsche uns einen schönen Abend!

*Jürgen Peters, Verwaltungsratsvorsitzender
der Otto Brenner Stiftung (2003 - 4/2009)
und Mitglied der Jury*



FESTREDE



Fritz Pleitgen

Festrede zur Verleihung der
Otto Brenner Preise für
kritischen Journalismus 2008

„In einer Zeit des Universalbetruges ist die Wahrheit zu sagen eine revolutionäre Tat.“ Diese Worte stammen von George Orwell. In diesem Sinne kann der Otto Brenner Preis für revolutionär gehalten werden, auch wenn er nun bereits zum vierten Mal verliehen wird. Schon das Motto spricht dafür. Es lautet „Gründliche Recherche statt bestellter Wahrheiten“. Vergeben wird der Preis für kritischen Journalismus. Ich sehe in der Auszeichnung eine Ermutigung und zugleich eine Mahnung an unseren Berufsstand, sich in einer Welt der gekonnten Desinformation nicht abhängen zu lassen.

„Viele Wahrheiten“

Wir sind uns sicher einig: Was Orwell revolutionär nennt, müsste für Journalisten Selbstverständlichkeit sein. Dem Anspruch ist allerdings nicht so leicht gerecht zu werden, wie er sich formulieren lässt. Abgesehen davon, dass es meist Mühe bereitet, manchmal sogar unendlich viel Mühe, um an die Wahrheit heranzukommen, muss diese Wahrheit nicht die volle Wahrheit sein. Zur Wahrheit eines Vorgangs gehören oft viele Wahrheiten. Der Dokumentations- und Ereigniskanal ‚Phoenix‘ hat sich die schöne Aufgabe gestellt, das

ganze Bild zu liefern. Aber wann ist das Bild perfekt? Was ist die ganze Wahrheit? Ist sie nicht wie ein Kosmos? Je weiter man vordringt, desto mehr Wahrheit gibt es zu entdecken. Nun möchte ich mit diesen Erkenntnissen nicht abschrecken, sondern nur dezent darauf hinweisen, dass revolutionäre Selbstverständlichkeit Zeit und auch Geld braucht. Und beides wird – Rundfunkanstalten und Verlegern sei es geklagt – Journalisten heutzutage selten ausreichend gegeben. Von diesem Tatbestand sind nicht zuletzt diejenigen betroffen, um die es hier und heute geht: die Auslandskorrespondenten und Auslandsreporter.

An dieser Stelle muss ich der politischen Korrektheit halber erklären, dass ich ‚Auslandskorrespondenten‘ und ‚Auslandsreporter‘ als Sammelbegriff benutze, der die vielen Kolleginnen selbstverständlich mit einbezieht. In dieser Hinsicht hat sich eine außerordentlich positive Veränderung vollzogen. Im Vergleich zum Beginn meiner Auslandskorrespondenzzeit sind mehr und mehr Journalistinnen in die früher männliche Domäne vorgestoßen, was auch zum Wandel gehört und der wichtigen Sache Auslandsjournalismus

überaus gut bekommt. Damit bin ich fast endgültig beim Thema.

Eine Vorbemerkung muss ich noch machen. Wenn ich hier rede, dann tue ich das vorwiegend aus dem Blickwinkel des Rundfunkmannes. Dies hat nichts mit mangelndem Respekt vor der gedruckten Presse zu tun. Aber auf deren Feld fühle ich mich für ein Urteil nicht kompetent genug, auch wenn ich zu Hause oder in Flughäfen mit Gewinn lese, was die „Süddeutsche“, die „FAZ“, die „Welt“, das „Handelsblatt“, die „taz“, der „Spiegel“ und die „Zeit“ aus dem Ausland mit eigenen Leuten berichten. Die Korrespondentenberichte der dpa zähle ich auch dazu. Wie gesagt, ich lese die Artikel mit Gewinn, manchmal auch mit Verwunderung, wenn es mir zu bunt wird.

„Informieren und aufklären“

Zum ‚Wandel in der Auslandsberichterstattung‘ soll ich hier Stellung beziehen. Die Antwort ist leicht zu geben. Hier hat sich eigentlich alles gewandelt. Das Publikum ist ein anderes geworden, die technischen Möglichkeiten sind revolutionär verbessert worden, der Typus des Berichterstatters hat sich ebenso gewandelt wie die Art der

Berichterstattung, in der Hierarchie ist die Auslandskorrespondenz auf Platz 3 hinter der Berichterstattung über Nationales und Regionales zurückgefallen. Schließlich: die Verhältnisse in der Welt sind auch nicht mehr so wie früher. Geblieben ist der Auftrag: zu informieren und aufzuklären. Unterhaltend darf die Auslandsberichterstattung auch sein. Nein, unterhaltend soll sie sein, wird zu Hause erwartet, um das Publikum bei Laune zu halten. Auch das hat sich geändert gegenüber früher.

Wie steht es nun um die Auslandsberichterstattung heute? In den letzten Wochen und Monaten habe ich viel Aufhellendes und auch viel Kritisches darüber gelesen. Was Oliver Hahn, Julia Lönnendonker und Roland Schröder in ihrem Handbuch „Deutsche Auslandskorrespondenten“ und Lutz Mücke in seinem Dossier „Entgrenzung“ über den Zustand der deutschen Auslandsberichterstattung zusammengetragen haben, wird hoffentlich von den Verantwortlichen in den Rundfunkanstalten und Verlagen analysiert und zu verstärktem Engagement Anlass geben, obwohl ich in dieser Hinsicht keine übertriebene Hoffnung hege. Aber da es um ein hohes Gut geht, sollte nicht

locker gelassen werden. Vieles, was ich gelesen habe, kam mir bekannt vor, was nichts an den manchmal bedenklichen Verhältnissen ändert. Von Überforderung der Auslandskorrespondenten war und ist die Rede, von Vernachlässigung weiter Weltteile und wichtiger Themen, von wachsender Boulevardisierung, von Ahnungslosigkeit der Heimatredaktionen, von mangelndem Ethos bei Übernahme von Informationen, von unzureichender Ausbildung. Das meiste deckt sich mit meiner Erfahrung und mit meiner Beobachtung. Aber ich nehme auch das Gegenteil wahr.

„Propagandamaschinen“

So habe ich voller Respekt verfolgt, was die Kolleginnen und Kollegen während des Krieges zwischen Georgien und Russland geleistet haben. Obwohl die Krieg führenden Parteien ihre Propagandamaschinen volle Kraft laufen ließen, haben es die Reporterinnen und Reporter vor Ort geschafft, ein einigermaßen zutreffendes Bild zu vermitteln. Zu beklagen ist allerdings, dass wieder einmal Journalisten die Suche nach der Wahrheit mit ihrem Leben bezahlen mussten. Fünf wurden im Georgien-Krieg getötet, 69 sind es allein in die-

sem Jahr weltweit. Die Entwicklung ist alarmierend. Die Getöteten sind nicht nur Opfer eines bösen Zufalls. Mehr und mehr Journalistinnen und Journalisten werden durch Mord gezielt ausgeschaltet. Nur Klage darüber zu führen, reicht nicht. Dagegen muss national und international konzertiert vorgegangen werden. Dies muss gemeinsam geschehen. Presse und Politik müssen sich dazu aufraffen. Dies ist mein dringender Appell an uns alle, insbesondere an die Journalistenorganisationen, an die Verlage und an die Rundfunkanstalten. Zwei Wochen ist intensiv über den Krieg im Kaukasus berichtet worden. Die Menschen in aller Welt haben erfahren können, was es mit dem Konflikt Georgien/Russland, mit Südossetien und Abchasien auf sich hat. Nun ist es in der Weltöffentlichkeit wieder still geworden um die umstrittene Region. Doch Frieden ist längst nicht eingekehrt. Beide Seiten beharren auf ihren Positionen, die zum Krieg geführt haben. Die Aufgabe der Aufklärung ist noch zu erledigen. Presse und Rundfunk sind gefordert, die Hintergründe und Auslöser dieser gewalttätigen Auseinandersetzung herauszuarbeiten. Die Menschheit muss wissen, was da abgelaufen ist, nicht zuletzt um der Politik auf die

Sprünge zu helfen, solche Entgleisungen künftig zu verhindern.

Die Aufklärungsarbeit ist außerordentlich schwierig. Dazu bedarf es gut ausgebildeter Rechercheure und guter Kondition. Wie ich mitbekommen habe, haben Zeitungen schon einiges Material zusammengetragen und auch veröffentlicht. Der Westdeutsche Rundfunk arbeitet ebenfalls an einer Dokumentation. Ich hoffe, dass das Ergebnis, das sicher eine Menge Mühe und einiges Geld kostet, im Hauptabendprogramm ausgestrahlt wird, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Dies ist, wie ich meine, kein unbilliges Verlangen. Das Publikum ist zur Hauptsendezeit mit den Kriegsberichten beunruhigt worden. Nun soll es auch die geprüfte Aufklärung des Tathergangs zur Primetime erfahren.

„Starke Dokumentationen“

Wie ich überhaupt die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ermutigen möchte, mit starken Dokumentationen intensiver zur besten Sendezeit aufzutreten. Konkurrenz ist da von kommerziellen Anbietern nicht zu befürchten. Spannenden und wichtigen Stoff gibt es reichlich in der Welt. Das zu vermit-

teln, entspricht dem Sendeauftrag. Es verleiht Ansehen und ist wegen der zahlreichen Wiederholungen sagenhaft kostengünstig. Eine solche Programmpolitik wäre für die Zukunftssicherung ein kluger Schachzug. Mit Information generell, Auslandsberichterstattung im Besonderen und Kultur sind Skeptiker in Brüssel und auch im eigenen Land von der Notwendigkeit des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks am ehesten zu überzeugen. Als aktiver Intendant bin ich mit meinen Vorstellungen nicht so weit gekommen, wie ich es mir gewünscht hatte. Vielleicht erziele ich von der Tribüne mehr Wirkung.

Ich möchte auf eine Entwicklung zu sprechen kommen, die ich für außerordentlich besorgniserregend halte. Was wir im Georgien/Russland-Krieg erlebt haben, ist längst gängige Praxis. Regierungen setzen Agenturen ein, die ‚ihre Wahrheit‘ unter die Leute bringen. So wurde der erste Irak-Krieg in Gang gebracht, so geschah es beim zweiten Irak-Krieg und so wird es weiter praktiziert werden. Um die Menschheit vor der Selbstverständlichkeit des Betrugses, der ausgeklügelten, schwer zu entdeckenden Desinformation zu schützen, sie dadurch vor falschen politischen

Entscheidungen zu bewahren, sind Presse und Rundfunk mehr denn je gefordert. Die eigene Recherche spielt dabei eine Schlüsselrolle. Um sie durchführen zu können, müssen Journalisten angemessen ausgestattet sein – mit Ausbildung, Talent und Zeit, was alles zusammen natürlich Geld kostet. Es lohnt sich. Man stelle sich vor, welches Bild die von Georgien und Russland bezahlten Agenturen der Welt geliefert hätten, wenn es nicht die Journalisten vor Ort gegeben hätte, deren Berichte die bestellten Wahrheiten als Lügen entlarvten.

Aber fühlen sich Verlage und Rundfunkanstalten, was die Auslandsberichterstattung angeht, zu größerem finanziellem Engagement veranlasst? Die Verhältnisse sprechen nicht dafür. Die deutsche Bevölkerung scheint heute weit weniger Interesse am Geschehen im Ausland zu haben als in früheren Jahrzehnten.

Insofern ziehen wir mit anderen Ländern wie Frankreich, Italien oder den USA gleich. Auch dort interessiert das Ausland relativ wenig. Eingesetzt hat bei uns die Entwicklung nach der Wiedervereinigung. Seitdem kümmern die

Deutschen die eigenen Probleme offensichtlich deutlich mehr als die Entwicklungen in anderen Ländern.

„Abflauendes Interesse“

Diese Beobachtung ist im Fernsehen messbar. Im „Presseclub“ sackten die Quoten bei Auslandsthemen deutlich ab. Als sich das nicht änderte, kamen im Laufe der Jahre – um nicht am Publikum vorbei zu senden, wie es so schön heißt – immer weniger internationale Angelegenheiten zur Sprache. Inland dominiert inzwischen deutlich über Ausland. Eine Diskussion über die Zukunft der Rente zieht auch im Wiederholungsfall mehr Publikum als ein Krieg neben an. Ähnlich erging es dem „Weltspiegel“. Die glorreichen Zeiten hoher Zuschauerakzeptanzen sind passé. Aber ein Publikum von zweieinhalb Millionen ist für eine Sendung wie den „Weltspiegel“ immer noch eine beachtliche Größe. Verdienstvollerweise hält die ARD an dem guten Sendeplatz vor der „Tagesschau“ fest.

Woran liegt das abflauende Interesse? Es gibt viele Gründe. Seit der Wiedervereinigung ist Deutschland nicht mehr so vom Ausland, insbesondere von den Großmächten, abhängig wie

zur Zeit der Teilung. Außerdem ist das Flair der großen weiten Welt verloren gegangen. Vorbei ist die Zeit, da uns Peter von Zahn Amerika mit Hilfe eines Briefkastens erklären konnte. Das Publikum ist inzwischen kundiger geworden. Es gibt keine Ecke auf dem Globus, die nicht von deutschen Touristen aufgesucht wird. Sie sehen die attraktiven Seiten. Das reicht ihnen meist. Die problematischen Seiten des jeweiligen Landes über Presse oder Rundfunk kennenzulernen, weckt weniger Interesse. Dabei ist die Außenwelt für uns nicht unwichtiger geworden. Im Gegenteil, im Global Village von heute mit all seinen gegenseitigen Abhängigkeiten ist es vonnöten, auch über den Nachbarn in Lateinamerika oder Fernost Bescheid zu wissen.

Die Auslandsberichterstattung hat darauf reagiert. Sie stellt mehr und mehr einen Deutschlandbezug her. In unseren hoch geschätzten Nachrichtensendungen stelle ich häufig fest, wie Berichte über Begegnungen oder sonstige Ereignisse im Ausland mit Erklärungen deutscher Persönlichkeiten aufgeladen werden. Mir leuchtet das nicht ein.

Es bringt das Publikum nicht weiter,

das Wesentliche in der Welt durch die deutsche Brille zu betrachten und einzuordnen. Diese Art der Nachrichtenvermittlung haben wir aus Amerika übernommen. Die zuständigen Redaktionen sollten das Verfahren überprüfen. Wie unterschiedlich die Perspektiven sind, ist bei großen Konferenzen festzustellen. Wer sich die Mühe macht und im Rundfunk wie in der gedruckten Presse die Berichterstattung in den beteiligten Ländern verfolgt, kann leicht den Eindruck gewinnen, über höchst unterschiedliche Konferenzen informiert zu werden.

„Drastischer Wandel“

Einen drastischen Wandel in der Auslandsberichterstattung hat die rasante technologische Entwicklung herbeigeführt. Wenn ich früher zu einer Drehreise nach Sibirien oder in den Kaukasus aufbrach, dann war ich für Tage verschwunden.

Eine Telefonverbindung nach Deutschland ließ sich nicht herstellen, das Filmmaterial brauchte wenigstens zwei, drei Tage, um sein Ziel in Hamburg zu erreichen. Für die „Tagesschau“ war es dann immer noch aktuell, weil es keine Konkurrenz durch andere Sender oder Agenturen gab. Das hat sich drastisch

geändert. Aus den entlegensten Winkeln der Welt kann über Satellit sofort berichtet werden. Davon wird intensiv Gebrauch gemacht. Der teure Transport von Ausrüstung und Team muss sich ja auszahlen. Und die Konkurrenz duldet keine Verschnaufpause. Ob mit jedem Live-Auftritt des Reporters vor Ort Neues und Relevantes hinzukommt, ist oft nicht zu erkennen. Nicht selten kann man den Eindruck gewinnen, dass die Zeit besser für Recherche genutzt worden wäre.

Mit anderen Worten: Der technische Vorteil gegenüber früheren Zeiten kann sich leicht in inhaltlichen Nachteilen verkehren. Die Reporter haben für eigene Recherchen häufig keine Zeit, weil sie ständig auf Sendung sind. Aber hilft in solchen Fällen nicht auch die Technik? Über Internet lassen sich in Bruchteilen von Sekunden Informationen heranziehen, für die früher Stunden und Tage benötigt wurden. Auch die Heimatredaktionen helfen nach. Aber tief eindringen in einen aktuellen Vorgang lässt sich mit dieser Methode nicht. Ein Segen ist die Technik schon, insbesondere für die weniger Kundigen und die Kleinen im Wettbewerb, denn vor dem Computer sind alle gleich. Wichtig

ist dabei allerdings, dass die Quellen die richtigen Nachrichten liefern. Der PC-Journalismus ist eine verlockende Sache. Man kann mit wenig Aufwand viel liefern. Eigenes und Neues allerdings nicht! Wer unter Zeitdruck steht, wird sich deswegen von Skrupeln nicht unterkriegen lassen. Als Quellen stehen ja honorierte Zeitungen und Agenturen zur Verfügung, ebenso lassen sich heimische Publikationen heranziehen, was den Berichten die notwendige Vor-Ort-Färbung verleiht. Es wäre redlich und dann auch zu vertreten, wenn dem Leser, Hörer oder Zuschauer mit dem Bericht auch die Quellenlage offenbart würde. Daran ist nach meiner Beobachtung noch entschieden zu arbeiten.

„In Stoßzeiten Stück auf Stück“

Bedenklich wird es, wenn Korrespondenten in Stoßzeiten Stück auf Stück liefern müssen und dadurch gar nicht in die Nähe des Ortes des Geschehens kommen, sondern aus dem Äther alle möglichen Materialien abgreifen, sie zu einem Bericht eigener Art zusammenbasteln und beim Publikum den Eindruck des Augenzeugen vermitteln. Wenn ein Korrespondent ein riesiges Berichtsgebiet mit einer Vielzahl von

Ländern zu betreuen hat, wie zum Beispiel in Afrika, dann wird ihm nicht viel anderes als Fremdmaterialnutzung übrig bleiben, wenn er von seinen Heimatredaktionen zur Sofort- und Dauerberichterstattung veranlasst wird. Aber dann muss immer klar sein, von wo der Bericht kommt und wie er entstanden ist. Zur Dauermethode sollte das Verfahren nicht werden. Vor allem darf der oft zu beobachtende unzutreffende Umgang mit Ortsmarken nicht akzeptiert werden. Wer unter der Ortsmarke berichtet, muss auch dort sein.

„Sollte man erst mit der Berichterstattung beginnen, wenn man sich gründlich informiert hat?“, werde ich gelegentlich gefragt. Am besten ja! Aber im Katastrophen-, Krisen- oder Kriegsfall ist der Wunsch des Publikums nach Information oft so groß, dass nicht lange gewartet werden kann. Aber wer gerade angekommen ist, sollte nicht mit der Attitüde der Allwissenheit auftreten. Es ist besser, eine Frage nicht zu beantworten als fahrlässig eine falsche Fährte zu legen.

Viel kommt auf die Heimatredaktionen an. Sie sollten ihre Korrespondenten nicht überfordern, sie sollten ihnen Zeit

geben, wirklich eigene Berichte zu liefern. Vor allem sollten sie ihren Leuten draußen vertrauen und sie die Themen möglichst selbst setzen lassen. Unter Korrespondenten wird gerne die Geschichte erzählt, dass ein Ereignis für die Kollegen zu Hause erst an Bedeutung gewinnt, wenn eine Agentur darüber berichtet. Also überlässt man seine Story erst einer Agentur, die für die entsprechende Verbreitung sorgt. Erst dann, so das Kalkül, reagiert die Heimatredaktion mit Interesse. So wird man schließlich seinen ursprünglich exklusiven Beitrag im eigenen Programm los.

„Massive Einflussnahmen der Heimatredaktionen“

Ich will nicht bestreiten, dass es solche bizarren Fälle gibt. Ich habe sie in meiner aktiven Zeit ebenfalls erlebt, aber meist hat man es mit kundigen Kolleginnen und Kollegen zu tun. Aber es hat auch harte Auseinandersetzungen gegeben, weil die Heimatredaktion partout etwas haben wollte, was angeblich aus deutscher Sicht besser beim Publikum ankam. In den erwähnten Publikationen zur Auslandsberichterstattung ist von massiven Einflussnahmen der Heimatredaktionen die Rede.

Kein guter Zustand! In solchen Fällen sind die Verantwortlichen gefordert. Dafür steht zu viel auf dem Spiel. Der Auslandskorrespondent darf im Konfliktfall nicht allein gelassen werden.

Generell sollte gelten: Wer Korrespondentenbüros im Ausland unterhält, sollte seine Leute nicht am Schreibtisch festnageln. Sonst unterscheiden sich deren Berichte nicht von denen, die von Journalisten produziert werden, die erst gar nicht die heimatlichen Gefilde verlassen. Gewiefte Kollegen verstehen es, tief in ihren Computern zu schürfen und aus dem weltweiten Angebot von Zeitungen, Zeitschriften und Agenturen Beiträge über Ereignisse und Entwicklungen zu verfassen, die Tausende Kilometer entfernt geschehen. Diese Autoren, die leider ihre Ferndiagnosen nicht als solche zu erkennen geben, sind meist leichte Opfer für PR-Agenturen. Deren faule Informationen setzen sich häufig wie resistente Viren im weltweiten Netz fest, wo sie von sorglosen Journalisten abgeholt und weiterverbreitet werden. Dagegen hilft nur eigene Recherche.

Der Auslandskorrespondent muss auf der Hut sein. Während unsere Seite

abbaut, wird die Gegenseite, werden die PR-Truppen immer stärker. Sie sind allgegenwärtig: in der Politik und in der Wirtschaft, in nationalen und internationalen Behörden. Die Agenten haben ein favorisiertes Ziel. Das ist der Zugang zu den Medien. Die Methoden sind subtil. Ohne dass es die Auslandskorrespondenten merken, werden ihnen Informationen untergeschoben, die zum Vorteil des Auftraggebers in die Welt gesetzt werden. Es werden Gerüchte und Ängste geschürt, um politische Reaktionen auszulösen. Hochangesehene Regierungen arbeiten mit diesen Methoden, ebenso Militärs, Wirtschaftsunternehmen und auch der Sport. Vermutlich sind sie erfolgreicher, als wir es vermuten. Sie sind in der Lage, wie wir erlebt haben, ganze Kriege anzuzetteln.

Wenn ich die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen im Ausland verfolge, dann tue ich das meist mit großem Respekt. Im Fernsehen fallen sie natürlich mehr auf als in den anderen Medien, wenn ich an Thomas Roth oder vorher Claus Kleber und Tom Buhrow denke. Aber auch jüngere erledigen ihre Aufgabe gut. In schwierigen Situationen berichten sie schnell,

sachkundig und verantwortungsvoll. Da sich in den audiovisuellen Medien die Programme und Sendungen vervielfacht haben, bekommt ihre Arbeit allerdings nicht selten industrielles Format. Lutz Mücke spricht von Dienstleistungsjournalismus.

Für Rundfunkanstalten mag das wirtschaftlich sein, für die Herausbildung von unverwechselbaren Typen ist die hohe Arbeitsdichte hingegen nicht hilfreich. Vielleicht ist das der Grund, das zumindest das ältere Publikum Charaktere wie Gerd Ruge, Peter Scholl-Latour, Georg Stefan Troller oder Werner Baecker vermisst. Sie waren in ihren Glanzzeiten Autoritäten. Gewiss, das Publikum ist nicht mehr so leicht zu beeindrucken wie damals. Aber die Berichte der genannten Altmeister können sich heute noch sehen lassen. Sie sind geprägt von eigenen Handschriften. Man merkt den Berichten an: Nichts war inhaltlich von anderen übernommen, alles war selbst erarbeitet. Bei freien Autoren findet man so etwas heute noch, aber sie kommen aus Kostengründen nicht so häufig zum Zuge, dass sie vom Publikum dauerhaft wahrgenommen werden.

„Anekdotischer“

Was ist mit der Qualität? Die „Seite 3“ der „Süddeutschen Zeitung“ hat für viele den Standard für die größere Reportage gesetzt. Der Stil hat auch im Fernsehen Einzug gehalten, was beim Publikum gut ankommt. Die Features sind im Vergleich zu früher anekdotenhafter, erzählerischer geworden. Filmisch ist das zweifellos eine erfreuliche Weiterentwicklung. Inhaltlich, so scheint mir, besteht allerdings die Gefahr, dass wichtige Grundsatzinformationen auf der Strecke bleiben, weil sich dafür nicht die geeigneten Bilder finden.

Als Präsident der Europäischen Rundfunkunion habe ich einen ganz guten Überblick über die Auslandsberichterstattung. Auf diesem Feld haben ARD und ZDF zum großen Vorbild BBC und somit zur Spitze aufgeschlossen, zumindest was die Zahl der Korrespondenten und Studios angeht. Allein die ARD unterhält 27 Fernsehstudios und 29 Hörfunkstudios, was angesichts des Gebührenprivilegs nicht mehr als recht und billig ist. Wenn ich die Sendungen im internationalen Vergleich sehe, habe ich allerdings den Eindruck, dass die BBC immer noch die Nase vorne hat. In der Gesamtbetrachtung

wirkt ihre Auslandsberichterstattung souverän und kompakt. Der Charakter des Commonwealth schlägt hier noch durch. Ein Programm wie BBC World zu besitzen ist ein Vorteil, den der Sender entschlossen nutzt.

„Ein alter Korrespondententraum“

Ein reines Auslandsprogramm ist ein alter Korrespondententraum. Sendungen hätten ARD und ZDF genug dafür zu bieten. Aber wir haben neben den beiden Hauptprogrammen und den einschlägigen Digital-Kanälen auch noch Phoenix, 3sat, Dritte Programme und gelegentlich auch noch ARTE; also an Abspielmöglichkeiten, wie es im Jargon heißt, fehlt es den Auslandskorrespondenten von ARD und ZDF nicht. Dennoch wird von ihnen immer wieder bewegte Klage geführt, dass sie zu wenig zum Zuge kommen. Das kommt mir aus meiner aktiven Zeit vertraut vor. In einem gebe ich den Kolleginnen und Kollegen recht: Auch ich würde in der Primetime meiner ARD gerne mehr kraftvolle Reportagen und hintergründige Dokumentationen aus dem Ausland sehen. Ich wiederhole mich da gerne.

Bedenklich finde ich, dass das alte Ungleichgewicht in der Berichterstattung

nicht wegzukriegen ist. Das gilt für Presse und Rundfunk. Es wird kein zutreffendes, geschweige denn gerechtes Bild vom Geschehen in der Welt geliefert. Wie auch? Die Korrespondenten knubbeln sich in Europa und den USA, Afrika, weite Teile Asiens und Lateinamerika werden sträflich vernachlässigt. Was Afghanistan angeht, habe ich den Eindruck, dass ich über unsere Medien nicht erfahre, was in dem Land tatsächlich vor sich geht, außer Militäraktionen gegen Taliban und terroristische Anschläge auf ausländische Truppen. Ich vermute, das wird nicht die ganze Wahrheit sein. Die Korrespondenten, die dort ein- und ausfliegen, leisten sicher gute Arbeit, aber sie müssten an einem so wichtigen Platz länger bleiben. Keine Hilfe sehe ich in den Journalisten, die hochrangige Politiker nach Afghanistan begleiten. Von solchen Touren erwarte ich überhaupt keinen Erkenntnisgewinn, höchstens Vernebelungsgefahr. Um diese Propagandatrips sollten sich Journalisten möglichst nicht reißen. Sie können höchstens zu Kontaktaufnahmen genutzt werden. Aber muss man dafür so weit reisen?

Was ist eigentlich mit dem Irak? Darüber wissen wir im Grunde gar nichts. Wir

hören von dem Land, das uns so in Atem gehalten hat, nur noch, wenn mal wieder ein Anschlag passiert. Die Meldung darüber trägt zur Aufhellung der Verhältnisse wenig bei.

Normalisiert sich die Lage oder braut sich neues Unheil zusammen? Mir ist das nicht klar. Eigentlich müsste auch der Kaukasus von sach- und sprachkundigen Journalisten auf absehbare Zeit fest besetzt werden. Mit gelegentlichen Besuchen ist den komplizierten Verhältnissen in der Region nicht beizukommen.

Gestatten Sie, dass ich noch einmal den alten Rundfunkmann herauskehre. Vor genau 50 Jahren gab der legendäre amerikanische Journalist Ed Murrow eine ebenso legendäre Erklärung ab. Der Elite der amerikanischen Fernsehveranstalter schrieb er ins Stammbuch, was zunehmend an Aktualität gewinnt. „Television can teach, it can illuminate, it can inspire. But it can do so only to the extent that humans are determined to use it to those ends. Otherwise it is merely wires and lights in a box.“

„Mehr als Kabel und Lichter“

Murrow sah das große Potenzial des

Fernsehens als treibende Kraft der Aufklärung, aber er sah auch die Gefahr, dass Fernsehen im Kampf um die Marktanteile den Journalismus ruinieren kann, wenn es zu sehr auf Triviales und Sensationalismus setzt. Noch ist es nicht so weit, aber ernsthafter Journalismus hat es zunehmend schwerer. Wir sollten uns auch in Deutschland Murrows Feststellung zur Mahnung dienen lassen: „Fernsehen kann lehren, es kann erleuchten, es kann inspirieren. Aber es wird dies nur schaffen, wenn wir es zu diesen Zwecken nutzen. Sonst ist Fernsehen nicht mehr als Kabel und Lichter in einem Kasten.“ Wir sollten täglich beweisen, dass wir mehr als Kabel und Lichter im und auf dem Kasten haben. Bei allem Engagement in der Auslandsberichterstattung werde ich den Verdacht nicht los, dass es uns nicht gelingt, mehr Kenntnis und mehr Aufklärung über andere Länder in unserer Bevölkerung herzustellen. Dass Stereotypen und Vorurteile abgebaut wurden, lässt sich kaum behaupten. Im Gegenteil! Um nur ein Beispiel zu nennen: was den Islam angeht, haben sich die Vorurteile unter den Deutschen noch verstärkt, zumindest unter den Autochthonen. Die Beispiele ließen sich fortsetzen.

Korrespondenten beschwerten sich darüber, dass ihnen mehr und mehr Boulevard abverlangt wird. Hintergründige Analysen seien hingegen nicht gefragt. Oberflächlichkeit könne nur geliefert werden, Langzeitrecherchen und Langzeitreisen seien nicht mehr drin. Das klingt alarmierend. Auf alle Fälle sollte die Themensetzung überdacht werden. Insofern kann ich nur wiederholen, was ich eingangs gesagt habe: Es sind wertvolle Untersuchungen zum Stand des Auslandsjournalismus durchgeführt worden.

Die Arbeiten sollten nicht in den Regalen der Auslandsredaktionen verstauben, sondern Grundsatzdiskussionen auslösen. Sicher wird man entdecken, dass die Welt zu groß und kompliziert ist, um sie nur einigermaßen zutreffend wieder zuspiegeln. Aber es gibt Defizite, die ausgeräumt werden können. Zeitgemäße und gerechte Verteilung der Berichterstattung, Überprüfung der Themenauswahl, mehr Langzeitprojekte. Wenn dies zu Lasten des Bunten geht, könnte ich das verkraften.

Es wird beklagt, dass zu viel auf „Brennpunkte“ gesetzt würde. Ich sehe das nicht so. Wie wir immer wieder erleben,

ist das Interesse der Bevölkerung bei außergewöhnlichen und aufwühlenden Ereignissen an zusätzlichen Informationen sehr groß. Es gelingt zwar selten, dem Begehren mit einem zufriedenstellenden Angebot zu entsprechen, dennoch helfen auch kleinere Einordnungen für eine erste Einschätzung. Wenn einerseits schnell reagiert wird, dann muss allerdings andererseits den Vorgängen, die zu Krisen und Kriegen geführt haben, entschieden nachgegangen werden. Sonst ist der Auftrag, zu informieren und aufzuklären, nicht erfüllt. Dies geschieht selten, eigentlich fast nie.

„Kapitales Versagen unseres Berufsstandes“

Selbstkritisch muss festgestellt werden, dass nicht nur die Aufarbeitung vergangener Ereignisse von Bedeutung Defizite aufweist, sondern auch die Beobachtung der Gegenwart. Es ist ein kapitales Versagen unseres Berufsstandes, Entwicklungen wie die gegenwärtige Finanzkrise nicht aufgespürt zu haben. Bei den Möglichkeiten der Früherkennung, die es heute gibt, sollte es eigentlich unmöglich sein, dass ein Ereignis von einer derartigen weltweiten Wucht wie ein Tsunami die gesamte

Menschheit überrollt, aus dem Nichts gewissermaßen.

Was erwarte ich vom Auslandsjournalismus? Dazu zwei Beispiele: Ich möchte nicht nur wissen, was vor und im Georgien-Krieg gelaufen ist; ich möchte auch wissen, was sich aus dem nebenan liegenden, noch ruhenden Krisengebiet Krim entwickeln könnte. Welche Überlegungen gibt es da auf Seiten Russlands, der Ukraine und der Nato? Wir sollten uns rechtzeitig darauf einstellen. Wenn es auf der Krim schief laufen sollte, haben wir ein Problem, das weit schwerer unter Kontrolle zu bringen sein dürfte als der Georgien-Krieg. Wir sollten umsetzen, was wir uns immer wieder vornehmen: aus der Vergangenheit zu lernen.

Auch wenn die Auslandsberichterstattung, was die Wahrnehmung durch die Bevölkerung angeht, etwas abgesackt ist, hat sie aus meiner Sicht eher an Bedeutung gewonnen als verloren. Wir sind in der Welt so eng zusammengedrückt, dass wir am Geschehen auf allen Kontinenten interessiert sein müssen; auch in Afrika, Lateinamerika und Zentralasien. Was dort passiert, kann uns bald berühren.

Auslandsberichterstattung besitzt nicht nur eine Existenzberechtigung, sondern sie ist Existenzpflicht, wie festgestellt wurde. Wie der Zehnkampf die Krone der Leichtathletik ist, so ist für mich aus eigener Erfahrung die Auslandsberichterstattung wegen ihrer Vielseitigkeit die Krone des Journalismus. Ob Nachrichtenfilm, Magazin, Reportage, Feuilleton, Feature, Satire, Dokumentation oder Live-Auftritt, in allen Fällen ist gekonnte Recherche oberstes Gebot. Nur mit guter Recherche kommt man der Wahrheit so nahe wie möglich. Für meine Schlussworte leihe ich mir die Worte von Sören Kierkegaard: „Wahrheit steht am Anfang des Vertrauens. Je echter die Wahrheit, umso kürzer der Weg zur Verständigung.“ Zur Verständigung beizutragen, ist nicht zuletzt Sinn der Auslandsberichterstattung.

Fritz Pleitgen, ehemaliger WDR-Intendant und langjähriger ARD-Auslandskorrespondent, war bis Ende 2008 Präsident der European Broadcasting Union (EBU)

DIE PREISTRÄGER 2008



Andrea Röpke
Anita Blasberg und
Marian Blasberg
Jürgen Döschner
Steffen Judzikowski und
Hans Koberstein
Christian Bommarius

NEWCOMER-/ MEDIENPROJEKTPREIS



Andrea Röpke

Journalisten als Opfer

Journalisten als Opfer

Der 4. November 2006 sollte eigentlich ein Recherchetag wie viele andere werden. Bereits früh brachen wir in Richtung Berlin auf, um den konspirativ organisierten „Märkischen Kulturtag“ der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ zu beobachten und zu dokumentieren. An zwei im Süden Berlins gelegenen Schleusungspunkten sammelten sich Neonazis, um dann gegen halb zehn am Vormittag in Richtung Blankenfelde nahe dem brandenburgischen Zossen zu fahren. Gemeinsam mit einem Fotografen postierte ich mich unauffällig, etwa hundert Meter vom Veranstaltungsort der Rechtsextremisten entfernt, im Schutze des Besucherstromes neben dem Eingang eines belebten Supermarktes. Wir filmten, als immer mehr völkisch gekleidete Rechtsaußen eintrafen und vor dem Lokal von Wolfram Nahrath, dem letzten Bundesführer der 1994 verbotenen „Wiking Jugend“, begrüßt wurden.

Weitere Autos trafen ein, Frauen in langen Röcken luden Kinderwagen aus. Glatzköpfe zogen sich die blaue Uniformjacken über. Es herrschte „Kluftzwang“ beim „Märkischen Kulturtag“. Aus Sicherheitsgründen hatten wir im Vorfeld das Landeskriminalamt in Berlin auf die verfassungsfeindliche Neonazi-Veranstaltung hingewiesen und um Weitergabe auch an die Kollegen in Brandenburg gebeten. Vor der extrem rechten Feier wird seit Jahren im brandenburgischen Verfassungsschutzbericht gewarnt. Dennoch war von der Polizei an diesem Samstagmorgen in Blankenfelde weit und breit nichts zu sehen.

Einer schrie meinen Namen

Dadurch ist es auch zu erklären, wie es schließlich zu einem gewaltsamen Angriff der Neonazis gegen uns kommen konnte. Mitten in der Öffentlichkeit, am helllichten Tag. Während wir filmten und fotografierten, bemerkten wir eine Unruhe bei Nahrath, er schaute in unsere Richtung und kurze Zeit später setzten sich drei Neonazis gezielt in Bewegung. Sie mussten noch eine befahrene Straße überqueren, so hatten wir Zeit in den Supermarkt zu flüchten und uns zwischen den Regalen zu verstecken. Die drei stürmten hinterher, zwei von ihnen kamen durch die Menschenmenge vor den Kassen direkt auf uns zu. Einer schrie meinen Namen. Dann ging alles sehr schnell. Während der jüngere Neonazi meinen

Kollegen angriff und ihn somit davon abhielt, mir zu helfen, stieß mich der mir bekannte Funktionär der „Heimattreuen Deutschen Jugend“, Sebastian Rübiger, mehrfach zu Boden.

Ich spürte seine unbändige Wut. Als ich mich wehrte und ihn filmte, versuchte er mir die Kamera zu entreißen. Mein Kollege rief um Hilfe. Rübiger ließ von der Kamera ab und schlug mir dann mit einem gewaltigen Hieb ins Gesicht. Mit dieser Gewalt hatte ich nicht gerechnet. Seelenruhig verließen die Neonazis daraufhin das Geschäft. Die Polizei traf erst 45 Minuten nach dem Angriff in Blankenfelde ein. Grüppchen von Neonazis hatten sich bis dahin immer wieder vor dem Supermarkt aufgehalten und sogar unsere Autos und die ankommenden Rettungssanitäter fotografiert.

Andrea Röpke ist mehrfach zum Opfer rechtsextremer Gewalt geworden. Und im Internet lancieren Neonazis Steckbriefe von ihr. Einschüchtern lässt sie sich dadurch aber nicht. Wir dokumentieren hier einen persönlichen Erfahrungsbericht.

Die Jury prämiert mit dem Preis die langwierigen und schwierigen Recherchen Andrea Röpkes. Gewürdigt wird der Mut und die Hartnäckigkeit der Autorin, die sich auch von Drohungen aus der Neonazi-Szene nicht abschrecken läßt. (Die Redaktion)

Begründung der Jury

„Wie viele Nazis gibt es hier?“ Sie halten das für eine unpassende Frage hier im Saal? Es gibt Örtlichkeiten in Deutschland, bei denen diese Frage ganz gut paßt und wo sie betretende Heiterkeit auslöst.

„Wie viele Nazis gibt es hier?“ Wenn man diese Frage irgendwo in der ostdeutschen Provinz, in einer Plattenbauschule, in einer Plattenbausiedlung stellt, dann erntet man Gelächter.“ Wie viele Nazis gibt es hier?“ Die Klasse grinst und dann sagt einer einwenig spöttisch: „Die kann man doch gar nicht zählen hier!“

Der Sänger Xavier Naidoo aus Mannheim hat vor einiger Zeit, als er bei einem Besuch in einer Schule in Anklam war, mit seiner Frage nach den Nazis beklommene Heiterkeit ausgelöst.

„Wie viele Nazis gibt es hier?“ Die Orte in Deutschland, an denen diese Frage berechtigt ist, das sind die Orte, an denen unsere Preisträgerin recherchiert. Sie tut es mit einer Energie, mit einer Akribie und einer Hartnäckigkeit, die ihres gleichen sucht. Andrea Röpke schwimmt bei ihren journalistischen Ermittlungen nicht nur auf der Oberfläche, sie taucht tief hinein in eine geheime braune Parallelwelt: dorthin, wo kein anderer Journalist hinkommt. Andrea Röpke ermittelt, sie klärt auf, sie hat gezeigt, wie dort, in der braunen Parallelwelt, Kinder in Erziehungscamp gedrillt und trainiert werden. Sie hat gezeigt, wie Kinder zu kleinen Nazis und Jugendliche zu großen Nazis gemacht werden.

Wenn man wissen will, wie investigativer Journalismus aussieht: hier sitzt Andrea Röpke. Was braucht man, um Rechtsextremismus zu bekämpfen? Man braucht Leute wie Andrea Röpke, eine Journalistin, der es vielleicht manchmal so ergeht wie es ein berühmter Filmtitel sagt: „Allein gegen die Mafia“. In dieser Situation zu bestehen, in dieser Situation zu recherchieren: das ist nicht nur eine große journalistische Leistung, das ist auch ein Akt hoher Zivilcourage.

Meine Damen und Herren, es gibt einen merkwürdigen Glauben daran – auch bei den ganz guten Demokraten –, dass es in der Auseinandersetzung mit dem Rechts-

extremismus genügt, die richtige Gesinnung zu haben. Falsch! Moral allein genügt nicht. Es genügt auch nicht ein neuer Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht. Manche Leute glauben, so ein Verbotsantrag funktioniere wie die Fernbedienung beim Fernseher. Man drückt drauf und schon hat man ein neues Bild oder ein besseres Programm. Andrea Röpke weiß sehr gut, dass das nicht stimmt und ich weiß, wie es hätte gehen müssen, dass der Verbotsantrag gegen die NPD beim Bundesverfassungsgericht Erfolg gehabt hätte.

Zu diesem Zweck hätte der Verfassungsschutz nur so gut recherchieren müssen wie dies, ganz auf sich allein gestellt, Andrea Röcke vormacht.

Ich habe ganz großen Respekt vor dieser Arbeit und freue mich, dass ich zum zweiten Mal für einen Preis laudieren darf: Ihre Arbeit ist praktizierter Verfassungsschutz, journalistische Nothilfe für Demokratie und Grundrechte!

Der Preis soll diese Arbeit stärken und stützen. Ganz, ganz herzliche Glückwünsche! Danke, dass es Sie gibt, Andrea Röpke!

Vorgetragen von Dr. Heribert Prantl

1. PREIS



Anita Blasberg und Marian Blasberg

Abschiebeflug FHE 6842

ZEIT – Magazin LEBEN, 10.01.2008, Nr. 03

Abschiebeflug FHE 6842

Die erste europäische Sammelabschiebung fand unter deutscher Federführung in Hamburg statt. Was wurde aus den 32 Afrikanern, die in dieser Nacht an Bord waren?

Der Abend senkt sich über den Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel, als die Maschine der Schweizer Charter-Airline Hello endlich auf dem Rollfeld eintrifft. Ein halbes Jahr hat Udo Radtke* auf diesen Moment hingearbeitet, und jetzt spürt er, wie das Adrenalin durch seinen Körper pumpt. Radtke, ein leitender Angestellter der Hamburger Ausländerbehörde, durchmisst mit eiligen Schritten den alten Terminal 1, der sonst nur noch als Abfertigungshalle für Urlaubsflüge dient.

Es ist der 18. September 2006, nur noch wenige Stunden bis zum Start, und alle wollen etwas von ihm, das Ärzteteam und einige der hundert Bundespolizisten, die jetzt schon durch die Wartehalle wuseln. Der Staatsrat aus der Innenbehörde will ihm die Hand schütteln, und die Beobachter aus den EU-Ländern möchten, dass er ihnen die Logistik dieser Sammelabschiebung erläutert, aber Radtke hat jetzt keine Zeit. Die ersten Afrikaner werden zur Durchsuchung eskortiert, und im Behandlungszimmer sitzt dieser Togoer, dessen Blutdruck immer höher steigt.

Radtke läuft nach draußen auf den Parkplatz und holt ein Paket mit Windeln aus dem Kofferraum seines Dienstwagens. Immer wieder kommt es vor, dass sich ein Abzuschiebender einkotet. Danach packt Radtke die Pappkartons mit Lebensmitteln aus, die er am Wochenende noch besorgt hat, Sandwiches, Obst und Müsliriegel. Vor den Sitzreihen arrangiert er sie zu einem Buffet. Eine Mahlzeit lenkt die Afrikaner ab. Radtke weiß, die Ankunft am Flughafen ist ein kritischer Punkt. Es ist der Punkt, an dem sie begreifen, dass sie keine Chance mehr haben. Der Punkt, an dem es eskalieren kann. Wie immer trägt Radtke einen dunkelblauen Anzug, und sein schütteres blondes Haar ist sorgfältig gekämmt. »Ich repräsentiere Deutschland«, wird er später sagen, aber nun spürt er die Augen von 13 europäischen Innenministern auf sich ruhen. Es ist die erste deutsche Sammelabschiebung, die mit Mitteln des Return-Projekts der Europäischen Union finanziert wird, und er, Udo Radtke, hat sie organisiert: 32 Afrikaner, die aus verschiedenen Staaten der EU und aus verschiedenen Bundesländern kommen, sol-

len ausgeflogen werden nach Guinea, Togo und Benin. Normalerweise würden sich ihre Spuren dort verlieren. Wir sind ihnen nachgereist, denn sie waren, ohne es zu wissen, Teilnehmer an einem Test, der das Geschäft der Abschiebung verändern sollte. Es war ein Flug in eine neue Dimension.

»Der Sammelcharter ist die Zukunft«, sagt Udo Radtke, als er ein Jahr danach in einem Hamburger Restaurant sitzt, um diesen Flug zu rekonstruieren. Es war nicht leicht, seine Behörde zu dem Gespräch zu überreden, sie möchte auch nicht, dass er mit seinem richtigen Namen in der Zeitung steht, aber Radtke sagt, er habe nichts zu verbergen. Er trägt einen Schlips in den Farben Hamburgs. Seine Argumente sortiert er sorgfältig, und immer wieder rückt er seine Brille auf der Nasenwurzel zurecht. Er sei ein Innovator, sagen sie im Berliner Innenministerium. Kürzlich erklärte er als Referent den Polen, wie ihr Land verwaltungstechnisch auf EU-Ebene zu hieven sei, und den Rumänen hat er ein Organigramm für eine neue Ausländerbehörde gebastelt. Auf gewisse Weise, könnte man sagen, ist Radtke ein Exportweltmeister.

Am 5. Juli 2005 kamen die Innenminister der wichtigsten europäischen Länder in Evian zusammen, um das Konzept der gemeinsamen Abschiebeflüge zu beschließen. Die Bekämpfung der illegalen Einwanderung sowie die konsequente Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer, hieß es, seien das Kernstück einer gemeinsamen Migrationspolitik. »Wir glauben, dass sich Einwanderer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis nicht in unseren Grenzen aufhalten sollten«, verkündete Nicolas Sarkozy, der damalige französische Innenminister. »Bündeln wir also unsere Kräfte, um sie außer Landes zu schaffen.«

Es war der Beginn einer neuen Ära. Die nächste Stufe im Abwehrkampf gegen die wiederkehrenden Bilder von überfüllten afrikanischen Flüchtlingsbooten, gegen das Fremde in Europas Städten. Rund 40 Millionen Zuwanderer suchen hier zurzeit ihr Glück, und um den Strom zu bremsen, setzen die europäischen Innenbehörden immer häufiger den Sammelcharter ein. In Österreich wird sogar überlegt, zu diesem Zweck ein eigenes Flugzeug anzuschaffen.

Sammelcharter sind billiger und effizienter als die üblichen Einzelabschiebungen per Linie. Meist werden sie nachts abgewickelt, und die Öffentlichkeit wird erst informiert, wenn alles gelaufen ist. Bei Sammelabschiebungen gibt es keine Piloten, die sich weigern, randalierende Passagiere zu transportieren, es gibt keine anderen Fluggäste. Es gibt kein Geräusch.

»Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Politik darauf kam«, sagt Udo Radtke. Mitte der Neunziger, als noch kaum jemand davon gehört hatte, fing er bereits an, die ersten Flüge auf Länderebene zu koordinieren. Schon damals träumte er davon, die Sache noch viel größer aufzuziehen, und nach Evian gab es da auf einmal diesen Topf, aus dem man sich bedienen konnte. Etwa 140000 Euro kostet eine Sammelabschiebung, etwa 70 Prozent davon erstattet nun die EU. Radtke hat Verwaltungsrecht studiert, aber er klingt nicht wie ein Beamter, er klingt wie einer von McKinsey. Er begann, die Reduzierung der Kosten als sportliche Herausforderung zu sehen. »Wenn ich die Maschine vollbekomme«, sagt er, »kostet mich ein Abzuschiebender nur rund 1000 Euro. Schon ab 20 Personen sinken die Pro-Kopf-Kosten unter den Preis einer Linienabschiebung.«

Sobald er fünf Leute beisammen hat, stellt er seine Anfrage in das europaweite Polizeinetz und trommelt bei seinen Kollegen in den anderen Ländern für Passagiere. Den Grundstock bilden die »echten Charterfälle«, Straftäter und Leute, die bei einer Linienabschiebung schon mal Widerstand geleistet haben, und dieser Grundstock wird dann angereichert mit »normalen Fällen«. Kommt er in eine »Dimension, wo es sich lohnt«, schreibt Radtkes Broker diesen Flug europaweit aus. Gesucht wird eine A320 oder eine MD-90, etwa 180 Sitze, erfahrenes Personal. Meist bucht Radtke Hello, LTU oder Hamburg International. Vier Wochen vor Abflug unterschreibt er den Vertrag, das ist der point of no return. Es ist abends gegen sieben, als die Togoerin Belinda Kpakou, eskortiert von zwei Beamten, in den Terminal geführt wird. Aus dem Augenwinkel sieht sie, wie ein schreiender Afrikaner von Polizisten auf den Boden gedrückt wird. Später wird sie sich an eine Platzwunde an seinem Kopf erinnern. An einem Schreibtisch hakt sie ihren Namen ab; dann wird sie vor eine Wand gestellt und abgelichtet, eine pumme-

lige 17-Jährige mit offenem Gesicht. Eine Polizistin schleift Belinda hinter einen Vorhang, wo sie sich ausziehen und bücken soll, ihre Beine zittern, acht Stunden hat sie in diesem engen Polizeibus gehockt, und jetzt steht sie hier wie ein Stück Vieh.

Der kleine, hessische Fachwerkort Cölbe schlief noch, als die Polizei um fünf Uhr in der Frühe Sturm klingelte und jedem eine halbe Stunde gab, um 20 Kilo einzupacken. Belinda hyperventilierte. Sie rannte unters Dach und wollte aus dem Fenster springen, aber unten stand ein Mannschaftswagen und richtete die Scheinwerfer aufs Haus. Dann stolperte sie in ihr Zimmer und stopfte hektisch ein paar Sachen in den Rucksack, eine Kapuzenjacke, einen Strickpullover, 20 Kilo für ein ganzes Leben. Im Treppenhaus begegnete sie ihrem Vater, der mechanisch seine Medizin einsammelte. Überall fremde Gesichter, dazwischen Timo, den sie aus der Grundschulklasse kannte. Jetzt wich er ihren Blicken aus. »Wie fühlst du dich?«, fragte wenig später ein Psychologe auf dem Polizeipräsidium. »Beschissen«, antwortete Belinda. Dann lächelte der Psychologe wissend: »Das ist völlig normal, das geht vorbei. 13 Jahre wart ihr jetzt in Deutschland, da habt ihr sicher viel gelernt, was ihr in eurer Heimat umsetzen könnt.«

Belinda war drei Jahre alt, als die Familie aus Togo floh, weil der Vater Flugblätter gegen die Diktatur verfasst hatte. Es war Anfang der Neunziger, die Zeit der Lichterketten nach den Anschlägen von Solingen und Hoyerswerda, und als die Familie Kpakou in ein hessisches Asylbewerberheim einzog, begrüßte man sie mit einem Willkommensfest. Belinda besuchte den Kindergarten, die Grundschule, die Realschule, und irgendwann wurde zu Hause nur noch Deutsch gesprochen. Wenn es in der Schule eine Feier gab, kochte ihre Mutter afrikanische Spezialitäten, aber Belinda aß lieber Bratwurst. Es war eine Jugend in der Provinz, die sich von anderen nur dadurch unterschied, dass Belinda bei Schulausflügen fehlte, weil sie ihren Landkreis nicht verlassen durfte.

Der Antrag auf Asyl, den die Eltern gleich nach ihrer Ankunft gestellt hatten, war abgelehnt worden. Deutschland hat sie all die Jahre nur geduldet, doch als es im

November 2006 ein neues Bleiberecht geben sollte, schöpften die Kpakous Hoffnung. Ausländern, die lange Zeit in Deutschland lebten, sollte eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zugesprochen werden, und vielleicht war es kein Zufall, dass in den Monaten, bevor das neue Recht in Kraft trat, besonders hektisch abgeschoben wurde.

»Es ist ein Albtraum«, sagt Belinda ein knappes Jahr nach ihrer Abschiebung. »Auf Ewe, der Stammessprache, gibt es nicht mal ein Wort für Spaß.« Es ist ein heißer, schwüler Tag in der togoischen Hauptstadt Lomé, und Belinda sitzt auf einem Plastikstuhl im Hof eines kleinen, heruntergekommenen Hauses. Sie ist ein temperamentvolles Mädchen mitten in der Pubertät, und wenn sie sich aufregt, fällt sie in einen weichen hessischen Akzent. Hinter ihr, an einer Wand, hängt eine Schiefertafel, auf der französische Verben und Artikel stehen, die Grundlagen einer Sprache, die sie noch immer schlecht versteht. Jeden Morgen um halb fünf läuft Belinda durch den roten Sand zum Brunnen, aber es gelingt ihr kaum, die Wassereimer auf dem Kopf zu balancieren. »Odelo«, rufen dann die Kinder in der Nachbarschaft und lachen. Odelo heißt die Weggeworfene. Zehn Monate ist sie jetzt hier, und wenn sie von ihrem neuen Leben spricht, dann wirkt es, als stünde sie noch immer unter Schock. Kindergärtnerin hatte sie in Deutschland werden wollen, aber jetzt schält sie am anderen Ende der Welt mit einer Rasierklinge Orangen, die ihre Schwestern auf der Straße für ein paar Cent verkaufen. Sie sagt: »Uns fehlt der Vater.«

Am Tag des Flugs kennt Udo Radtke, der Mann von der Ausländerbehörde, den Fall der Kpakous nicht im Detail, weil der von den Gießener Kollegen bearbeitet wurde. Er hat tags zuvor nur einen kurzen Blick in ihre Akte geworfen, aber weil er darin nichts von einer Herzkrankheit des Vaters las, ist er nun überrascht, als seine Leute auf diese Tüte mit Tabletten stoßen. Radtke alarmiert »den Doc«. Klaus Kämmerer, der ranghöchste Arzt der Bundespolizei, fliegt im Helikopter mit, wenn George Bush auf Staatsbesuch da ist, aber jetzt steht er ratlos vor der Liege, auf der dieser alte, schweißgebadete Togoer sitzt. Kämmerer legt ihm den Blutdruckmesser an, er pumpt: 240 zu 100.

Draußen im Wartebereich versucht Belinda zu verstehen, was die Ärzte sagen. Sie schaut besorgt zu ihrer Schwester Joyce, die eigentlich eine Lehre zur Hotelfachfrau beginnen will. Zwei Reihen weiter sitzt ihr Bruder Richie, der Sprecher seiner Klasse ist, und neben ihm Kokou, der beim FV Cölbe Fußball spielt. Dahinter weinen ihre Schwestern Rebecca und Celestine. Ihre Mutter ist nicht hier. Sie wartet mit dem sechsjährigen Panajotis in Frankfurt darauf, dass man sie mit einem Linienflug nach Togo bringt. Kindern will man eine Sammelabschiebung ersparen.

280 zu 120. Die Beruhigungsmittel wirken nicht. Die Anspannung, glaubt Kämmerer, das Adrenalin. Als der Blutdruck um halb zehn noch weiter steigt, sagt Kämmerer zu Udo Radtke, dass er das Risiko für einen Herzinfarkt nicht tragen könne. Kpakou weint. »Ich bitte Sie«, fleht er, »nehmen Sie mich mit!« »Es geht nicht«, erwidert Radtke ruhig. »Aber glauben Sie mir, es ist besser so.« Es ist ein Augenblick, in dem die Auslastung des Flugzeugs für ihn keine Rolle spielt. Als Belinda gegen 23 Uhr in die Maschine steigt, hält sie Ausschau nach dem Vater. Man hat ihr gesagt, dass er bereits an Bord auf einer Trage liege, aber sie kann ihn nirgendwo entdecken. Nach und nach werden die Afrikaner nun aufs Rollfeld eskortiert, links und rechts ein Polizist. Einige sind gefesselt. Als einer der Ersten erscheint der 28-jährige Hamid Bakary, der mit einer deutschen Frau verlobt ist.

Es folgt Raimi Hamadou, der in Benin Mathematik studiert hat und zuletzt bei der Restaurantkette Bok im Hamburger Schanzenviertel gespült hat. Schließlich Akhanou Dadjou, der sieben Monate in einem Kevelaerer Asylbewerberheim gegessen hat, bevor er unerlaubterweise seinen Kreis verließ.

Insgesamt 32 Afrikaner werden an Radtke vorbei in die Kabine geschleust, 13 sind aus Hamburg und 12 aus den anderen Bundesländern. Jeweils zwei kommen aus der Schweiz, den Niederlanden und Malta, einer kommt aus Frankreich. Es sind Verzweifelte, die vor den politischen Verhältnissen in ihrer Heimat flohen, Abenteuerer, die jahrelang für ihren Traum von einer Zukunft sparten, die sich ver-

schuldeten oder ihr Leben in einem Holzboot auf dem Atlantik riskierten. Jetzt endet ihre Odyssee in einem weichen Ledersitz.

Udo Radtke lässt sich in der zweiten Reihe links in seinen Sitz fallen und atmet erst einmal tief durch. Neben ihm befinden sich die Plätze der Polizeiführer, dahinter sitzen die Beobachter aus Polen, Tschechien, Italien und Österreich, dahinter die Guineer, die Togoer und ganz hinten die Beniner, die als Letzte aus dem Flugzeug steigen werden.

Es ist kurz nach 23 Uhr, als die Hello mit der Flugnummer FHE 6842 langsam auf die Piste rollt und in den Hamburger Nachthimmel taucht. »Einen angenehmen Flug« wünscht der Pilot über die Lautsprecher. Sonst fliegt seine Airline Urlauber zum Strand oder die Fußballer von Werder Bremen zum Auswärtsspiel. Für diese Passagiere ist es ein Flug zurück ins Ungewisse. An Bord ist es gespenstisch still. Aus manchen Reihen dringt ein leises Schluchzen.

Der Nigrer Hamid Bakary*, der im hinteren Teil des Flugzeugs sitzt, hat auch ein Jahr danach nicht vergessen, wie ihm an jenem Tag der Schädel brummt. Als die Polizisten ihn am Morgen aus der Zelle holten, schlugen sie ihn heftig auf den Boden. Beim Fesseln spürte er im Nacken die Sohlen ihrer Stiefel. Hamid versucht, sich wach zu halten. Er ist ein schwächlicher, glatt rasierter Mann. Er denkt an Anna, seine große Liebe, die irgendwo da unten ist, in dieser entschwindenden, immer surrealer werdenden Stadt.

Als ein Polizist mit einer Kamera durchs Flugzeug läuft, wendet Hamid sich an den Begleitpolizisten neben ihm, der sich ihm als Osman vorgestellt hat. »Osman«, flüstert Hamid, »sag ihm, dass er mich nicht filmen soll. Ich bin kein Krimineller. Ich war nie illegal und habe immer meinen Lohn versteuert.« Osman, der zivil trägt, ist wie alle Polizisten an Bord angewiesen worden, zu seinem Abzuschiebenden einen positiven persönlichen Kontakt aufzubauen. Mit einem Lächeln hört er Hamid zu, er nickt sehr oft, und manchmal, wenn Hamid sich bewegt, notiert er das auf einem Formular. Hamid mag den Polizisten neben sich am Gang, er wirkt korrekt auf seine Art.

»Warum«, fragt Osman irgendwann, »bist du aus deiner Heimat weggegangen?«
»Weil ich das Abenteuer suchte«, sagt Hamid. Schon sein Vater hat nach Gold gesucht, und Hamid selber brach die Schule ab, um auf dem Markt von Niamey, der Hauptstadt Nigers, Kleider zu verkaufen. Über all die Jahre musste er für die Geschwister sorgen, doch er wollte mehr vom Leben. Wie so viele träumte Hamid von Europa.

»Aber in Afrika scheint immer die Sonne«, sagt Osman, der sich lange auf den Einsatz gefreut hat, mal was anderes. Hamid beantragte ein Schengen-Visum. Er zog zu einem Freund nach Hamburg-Moorfleet, gleich neben eine Ikea-Filiale, und spülte Teller in einem Restaurant. Beim Tanzen lernte er Anna kennen, eine Textildesignerin, die fließend Französisch spricht. Anna nahm ihn mit ins Kino und schleppte ihn zu Ikea, das er zuvor nur von außen gesehen hatte. Sie kauften Möbel für ihre neue Wohnung, und Hamid lernte Deutsch. Er wurde Mitglied des Radsportteams Kettenfett, das aus Sozialarbeitern, Obdachlosen und Asylbewerbern besteht. Hamid Bakary aus Niamey trainierte mit dem Radprofi Rolf Aldag für die Hamburger Cycclassics. Es war das Abenteuer, das er gesucht hatte, und irgendwann streifte er Anna einen Ring über den Finger. Sie planten ihre Hochzeit, bis Hamid zur Behörde ging, um seine Duldung zu verlängern.

»Game over, Herr Bakary«, sagte der Sachbearbeiter zur Begrüßung und blätterte in seiner Akte. Benin habe jetzt endlich eingewilligt, ihn zu nehmen. Sein Laissez-passer sei unterschrieben und gestempelt. Hamid hatte die Behörden geschwindelt. Er hatte angegeben, aus Benin zu kommen, weil er mal aufgeschnappt hatte, dass Nigrer in Hamburg nicht geduldet würden. Eine Woche saß er in der Zelle, und am Besuchertag umarmte Anna ihn ein letztes Mal. »Osman, wir werden heiraten«, sagt Hamid. »Ich komme wieder. Sonst werde ich verrückt.«
Es ist halb drei Uhr nachts, als die Maschine in Palma de Mallorca für eine kurze Zwischenlandung aufsetzt. Die Crew wechselt, und Hamid kann erkennen, wie Udo Radtke, den er aus der Ausländerbehörde kennt, sich vorn am Buffet ein Wasser holt. Hamid hat Durst, aber er traut sich nicht, um ein Getränk zu bitten. Kein anderer Afrikaner trinkt. Ein paar Reihen vor ihm hört er ein Mädchen leise wimmern.

Mit nassen Wangen kauert Belinda Kpakou in ihrem Sitz, eingerollt in ihre Kapuzenjacke, als hinter ihr eine Männerstimme fragt: »Was ist denn da los? Probleme?« – »Die heult schon seit Stunden«, hört Belinda die Polizistin neben sich sagen. Belinda hat bislang kein Wort mit ihr gesprochen. Noch heute erinnert sie sich daran, wie ihr diese Frau gleich zu Beginn auf die Toilette gefolgt ist. Die Polizistin hat ihr ins Gesicht gesehen, während sie urinierte.

Belinda hat das Zeitgefühl verloren. Sie hält die Augen fest geschlossen, es ist, als wäre sie in Trance. Bilder ihres Lebens wischen durch ihren Kopf wie ein Film, den man in Hochgeschwindigkeit zurückspult: das Zimmer ihrer besten Freundin; das Praktikum im Kindergarten; das Gesicht von Felix, mit dem sie erst seit ein paar Monaten zusammen ist und der bald seinen Wehrdienst beginnt. An ihrem 18. Geburtstag wollte sie eine Grillparty feiern, sie träumte vom Führerschein und freute sich auf den Winter. Schnee, denkt sie auf einmal.

Ohne Turbulenzen zieht das Flugzeug über die Sahara. In der Ferne zucken Blitze durch die Nacht, und Udo Radtke greift zum Bordmagazin, das vor ihm in der Sitztasche klemmt. Er versucht zu lesen, aber er ist zu aufgekratzt. Manchmal, wenn er die Afrikaner hinten jammern hört, bekommt er eine Gänsehaut. Das Wimmern, denkt er, ist das Schlimmste. Sie klingen dann wie Babys, die man nicht beruhigen kann. Einmal hat eine Ghanaerin während des ganzen Fluges gesungen.

Seitdem er sich auf Abschiebungen nach Westafrika spezialisiert hat, studiert Radtke die afrikanische Mentalität. Er liest Bücher über diesen Kontinent und war mit seiner Familie im Urlaub dort. Wäre er in Afrika geboren, sagt er, dann würde er wohl auch sein Glück versuchen in Europa, legal oder illegal, damit seine beiden Kinder eine Zukunft hätten.

»Wer bleiben darf, wer gehen muss«, sagt er, »ist klar geregelt, und ich habe die Gesetze nicht gemacht. Ich wende sie nur an, versuche nur, das alles hier so würdig zu gestalten, wie es eben geht.« Radtke ist ein gewissenhafter Mensch. Für Notfälle hat er in seiner Brusttasche ein Bündel Scheine. Wenn einem

50 Euro fehlen für die Fahrt nach Hause, steckt er sie ihm zu. Wenn einer kommt, um sich an seiner Schulter auszuweinen, lässt er es geschehen, wie damals bei diesem jungen Afrikaner, der gerade eine Lehrstelle als Altenpfleger gefunden hatte, als er aus allem rausgerissen wurde. Radtke riet ihm, sich beim Goethe-Institut zu bewerben. Jetzt holt er seinen Walkman raus und legt Céline Dion ein, um sich zu beruhigen. Seit 22 Stunden ist er auf den Beinen, aber er versucht, nicht wegzunicken. Die Polizisten, denkt er, dürfen auch nicht schlafen; wir alle sitzen in einem Boot. Radtke ist Pfadfinder seit seiner Jugend.

Es dämmt bereits, als die Maschine in Conakry, der Hauptstadt von Guinea, erstmals auf afrikanischem Boden zum Stehen kommt. Sie parkt auf einer dünnen Fläche zwischen Terminal und Ozean. Bewaffnete Reservepolizisten steigen aus und postieren sich auf dem Rollfeld, an den Enden der Tragflächen, unter dem Cockpit und der Heckflosse. In Guinea, berichtet Human Rights Watch, herrsche eine fest verankerte Kultur polizeilicher Brutalität. Das Auswärtige Amt warnt vor willkürlichen Verhaftungen, skrupellosen Militärs und Folter. Genitalverstümmelungen, heißt es, seien gängige Praxis. Menschenrechtsorganisationen fordern seit Jahren, dass nach Guinea nicht mehr abgeschoben wird.

Afrikaner in Uniform streifen um das Flugzeug, und es dauert eine halbe Stunde, bis die Vertreter der Behörden mit dem Auto an die Gangway fahren. Der Regen trommelt auf das Rollfeld, Radtke wischt sich den Schweiß von seiner Stirn. In Ländern wie Guinea sind seine Flügel ein Politikum. Immer wieder kommt es vor, dass Landegenehmigungen im letzten Augenblick zurückgezogen werden oder die Einwanderungsbehörden ihre eigenen Staatsbürger ablehnen. In Ländern, die kaum Rohstoffe besitzen, sind Migranten oft der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Nach Berechnungen der Weltbank überweisen sie im Jahr rund 170 Milliarden Euro in ihre Heimatländer, und je mehr Europa darauf drängt, sie loszuwerden, desto entschlossener feilscht Afrika um ihren Preis.

Immer häufiger legen afrikanische Länder jetzt Kontingente fest, die sie von Deutschland, Frankreich oder Spanien monatlich zurücknehmen, und deren Größe

bemisst sich nach der Gegenleistung: nach Investitionen, Spenden oder anderen Gefälligkeiten. Es ist der Versuch, die Europäer gegeneinander auszuspielen, und deshalb fliegen nun in immer kürzeren Abständen Delegationen von Brüssel aus über das Mittelmeer, um die Afrikaner unter Druck zu setzen. Gemeinsam droht man an, Entwicklungshilfegelder zu blockieren, und das Fernziel ist, die schwachen Länder dazu zu bewegen, auch Bürger anderer Staaten aufzunehmen. Es scheint, als habe ein neues Wettrüsten begonnen, eine Art Kalter Krieg um Reisedokumente, Aufenthaltserlaubnisse und Rückkehrrechte, und beide Seiten fahren immer stärkere Geschütze auf.

Am Fuß der Gangway schüttelt Radtke Hände, der Kommissar des Flughafens ist da, der deutsche Botschafter. Radtke erkundigt sich nach ihren Frauen, ehe er die zehn Guineer nacheinander aufrufen lässt. Bei jedem Einzelnen gleichen die Anzugträger von der Einwanderungsbehörde Radtkes Originalpapiere mit ihren Kopien ab.

Hamid Bakary aus Niger beobachtet diese langwierige Prozedur von seinem Fensterplatz, als ein Guineer beim Aussteigen die Nerven verliert. »Ich besorge mir einen neuen Pass«, brüllt er die Polizisten an, »und dann komme ich eure Blondinen ficken.« Er trägt eine Jacke aus Ballonseide. Hamid glaubt, es ist ein Drogendealer, er schämt sich für diesen Mann.

Nun muss es langsam weitergehen, denkt er, als die Männer wenig später mit einem Bus zum Terminal gefahren werden, doch immer wieder sieht er jetzt die Deutschen hektisch mit den Afrikanern diskutieren. Eine Stunde stehen sie jetzt schon. Neben ihm döst Osman in seinem Sitz, und draußen hängt Udo Radtke schon wieder an seinem Handy.

Radtke ist nervös. Die Firma, die das Flugzeug betankt, feilscht um den Benzinpreis, die Minuten vergehen, und er versucht, eine Leitung nach Lomé zu kriegen, um durchzugeben, dass sie später kommen werden. Nach quälenden zwei Stunden rollt die Maschine endlich auf die Startbahn.

Als sie beschleunigt, schreckt die Togoerin Belinda Kpakou hoch. Das da draußen muss Afrika sein, denkt sie. Sie weiß, sie werden die Nächsten sein.

Sie war noch ein Baby, als die Familie floh, und in Deutschland riss der Kontakt zu den Verwandten in Togo langsam ab. In all den Jahren meldeten sie sich immer nur, wenn sie etwas brauchten, Geld, ein neues Auto, doch Belindas Eltern kamen selbst kaum über die Runden. Wenn Belinda an Togo dachte, dann dachte sie an die Bilder aus den Nachrichten. Dann dachte sie an Hitze, Hunger und Armut. Im letzten Schuljahr hat sie ein Referat gehalten über Togo, ihr Lehrer wollte das. Sie holte sich Informationen auf der Internetseite von amnesty international, und was sie las, klang wie der Plot eines schlechten Horrorfilms. In Togo, referierte Belinda, verwehrten die Krankenhäuser, und auf Homosexualität stehe die Gefängnisstrafe. Sie berichtete der Klasse von blutigen Unruhen im Jahr 2005, als der greise Diktator Eyadéma starb. Hunderte ließen damals ihr Leben, 40000 flohen, und in Lomé brannte das Goethe-Institut. Das Auswärtige Amt forderte alle Deutschen auf, das Land umgehend zu verlassen, Mecklenburg-Vorpommern verhängte einen Abschiebestopp. Zum ersten Mal seit 38 Jahren durfte das Volk wählen, aber am Ende ließ sich Eyadémas Sohn mit Hilfe des Militärs als Präsident ausrufen.

Während ihre Mitschüler engagiert diskutierten, fragte sich Belinda, was all das mit ihr zu tun hatte. Sie wusste, dass ihr Vater als junger Mann Protestmärsche organisiert und einmal im Gefängnis gesessen hatte, aber zu Hause mied Belinda dieses Thema. Immer wenn es um die Vergangenheit ging, wurde der Vater so seltsam ernst. »Ihr müsst einen Deutschen heiraten«, schärfte er seinen Töchtern ein. »Nur dann seid ihr sicher.« – »Papa, du spinnst«, antworteten sie ihm jedes Mal. »Wir heiraten aus Liebe.«

Vater, denkt Belinda. Hoffentlich geht es ihm gut! Der Druck auf ihren Ohren ist kaum auszuhalten. Sie sinken immer tiefer, und als das Flugzeug durch die Wolken-decke sticht, blinzelt Belinda durch das Fenster. Es ist inzwischen taghell, und unter sich sieht sie ein nicht enden wollendes Häusergewirr. Sie erkennt roten Sand und Palmen, aber sie erkennt keine geteerten Straßen, keine Hochhäuser Togo. Belinda schließt die Augen. Dann setzt das Flugzeug mit einem harten Ruck auf der Piste auf. »Welcome to Miami«, sagt hinter ihr ein Polizist.

»Alles Gute«, murmelt Udo Radtke, als sie aus dem Flugzeug steigt und ihre Blicke sich kurz treffen.

Dann wird Radtke ins Büro des Flughafenkommissars gerufen, weil es Ärger mit einem Abzuschiebenden aus Malta gibt. Der Mann behauptet, er sei Sudanese, die togoischen Behörden zweifeln seine Papiere an. Sie wollen ihn nicht nehmen, und Radtke kann nichts tun. Er veranlasst einen Sprachtest, der nichts ergibt, und auch der Nummernspeicher des Handys verrät nichts über diesen Mann. Radtke ärgert sich. Bei einem deutschen Fall wäre ihm das nicht passiert. Dann hätte er die Akte präsentiert, argumentiert, oder er hätte die deutsche Botschaft eingeschaltet, und die hätte Dampf gemacht und eine offizielle Note rausgeschickt.

Als das Flugzeug längst wieder in der Luft ist, sitzt Belinda auf der Rückbank eines klapprigen Golf. Die feuchte Dämmerung der Tropen bricht herein, und vorn am Steuer lenkt sie dieser fremde Alte durch den stinkenden Verkehr von Lomé. Mit steifen Beinen ist sie nach der Landung die Gangway hinuntergestakst. Benommen sah sie auf dem Rollfeld zu, wie ihre Geschwister ausstiegen, eins nach dem anderen, aber niemand brachte diese Trage, auf der ihr Vater liegen sollte. Belinda weiß noch, wie sie schrie: »Wo ist mein Vater?« Sie schlug um sich, und dann schleifte man sie in den Terminal.

Nach einer Stunde stellte ihnen eine Angestellte der deutschen Botschaft einen grauhaarigen Mann vor, der behauptete, ihr Onkel zu sein. »Er wird sich um euch kümmern«, sagte die Frau und händigte ihm 300 Euro aus, von denen er sie impfen lassen sollte. Bis zum Nachmittag warteten die Kinder vergeblich auf ihre Mutter. Später hörten sie, dass sich der Pilot der Linienmaschine geweigert hatte, diese aufgelöste Frau und ihren Sohn an Bord zu nehmen. Zwei Wochen hielt man sie in einer Zelle fest, bis man sie mit einem eigens gecharterten Learjet ausflog. Belinda blickt durch die Autoscheibe. Sie sieht Kinder, die riesige Schüsseln auf dem Kopf balancieren, zahnlose Bettler, die an ihr Fenster klopfen, ärmliche Hütten aus Wellblech und dazwischen nichts als Matsch. Belinda Kpakou, die seit dem vierten Lebensjahr nie etwas anderes gesehen hat als den Landkreis Marburg mit seinen Fachwerkhäusern und grünen Hügeln, die in Cölbe zwischen

gefügten Bürgersteigen und Geranienkübeln aufgewachsen ist, erinnert sich an eine Fernsehserie, die auf Sat.1 lief: Wie die Wilden – Deutsche im Busch. Belinda verfolgte dort, wie eine Berliner Familie bei einem Stamm in Togo ausgesetzt wurde. Sie sollten Hundefleisch essen und ihre Tochter verkaufen, doch schon nach zwei Wochen gaben die Leute auf.

Es ist die letzte Etappe nach Benin, und in den vorderen Sitzreihen dösen jetzt einige der Polizisten. Andere schwärmen vom Viersternehotel Marina. Eine Beamtin, die alle Mimi nennen, stolziert den Gang herunter und sagt: »Aber nicht, dass ihr heut Nacht wieder in mein Zimmer kommt.«

Der Beniner Raimi Hamadou wird sich erinnern, wie er Koranverse in seiner Muttersprache Fon murmelt, als ihn von hinten plötzlich jemand antippt. »Wo kommst du her?«, fragt Akhanou Dadjou. »Aus Adjarra«, sagt Raimi, »einem Dorf nicht weit von Port Novo.« »Weiß deine Familie, dass du kommst?« Raimi schüttelt leicht den Kopf. Er ist ein einsilbiger Mann von 27 Jahren, der mit seiner schlanken Brille und dem sorgfältig gebügelten Hemd viel älter aussieht, als er ist. In Adjarra führt seine Frau Shukurad einen Krämerladen, in dem sie Flip-Flops und Sandalen anbietet. Schon damals warf er nicht viel ab, und als sie eine Tochter bekamen, brach Raimi sein Mathematikstudium ab, um die Familie durchzubringen. Eine Weile schlug er sich als Gelegenheitsarbeiter durch, dann sagte er zu seiner Frau: »In Deutschland ist es anders, Shukurad, da kann ein Mensch von seiner Arbeit leben.«

Es war alles, was Raimi über Deutschland wusste, und natürlich war es naiv. Sechs Jahre spülte er in einem Asia-Restaurant für einen Lohn, für den kein Deutscher morgens aufsteht. Sein Zimmer in einem Wohnheim in Hamburg-Bergedorf teilte er sich mit einem anderen Afrikaner, und er verließ es in der Freizeit nur, um in den Waschsalon und zur Moschee zu gehen. Raimi lebte sparsam und zurückgezogen wie ein Mönch. Alle drei Monate zweigte er etwas von seinem Lohn ab, um es seiner Frau zu schicken, die davon den Strom bezahlte und die Schulgebühren ihrer Tochter. Den größten Teil des Geldes aber vertraute er

einem Bruder an, dem Ältesten, so wie die Tradition es will. Anders als die Kpakous blieb Raimi über all die Jahre fremd in Deutschland. Er blieb eines jener Phantome, die schemenhaft in den Bullaugen der Restaurant-Küchentüren auftauchen, und nur manchmal ging er in den Call-Shop. Dann sagte er ins Telefon: »Shukurad, bald habe ich genug beisammen. Bald komme ich zurück, und dann vergrößern wir den Laden.« Raimi hatte Pläne, er wollte mit Kühlschränken handeln, ein Grundstück kaufen, aber nun spürt er ein mulmiges Gefühl im Bauch. Es wird stärker, als die Maschine in den Sinkflug geht. Die Aussicht, mit leeren Händen heimzukommen, wühlt ihn auf. Andere Rückkehrer tragen Nadelstreifen, große Koffer, gefüllt mit Uhren oder Gucci-Gürteln, aber Raimi hat nichts außer dem, was er am Körper trägt. Das ist das Schlimmste, denkt er, vor der Familie als Versager dazustehen.

»Welcome to New York!«, ruft jetzt ein Polizist. Unter ihnen taucht Benin auf, Dantokpa, der wuselige Markt von Cotonou, dahinter der Hafen, von dem bis ins vergangene Jahrhundert unzählige Sklaven verschifft wurden. »Mündung des Todesflusses« heißt Cotonou auf Fon, der Landessprache. »Tschüs, Raimi«, sagt sein Bewacher neben ihm, als er zum Ausstieg aufgerufen wird. »Viel Glück, Hamid«, sagt weiter hinten Osman, der Bundespolizist. »Schau dir unser Radteam mal im Internet an«, erwidert Hamid. »Kettenfett!« Er schreibt es ihm auf einen Zettel.

Zwei Stunden später sitzen Raimi Hamadou und Akhanou Dadjou in einem Taxi nach Port Novo. Sie fahren vorbei an Dutzenden Filialen der Western Union und an Straßenhändlern, vor denen sich die Trolleys türmen. Die Menschen wollen weg von hier, auch wenn im Radio jetzt immer öfter Lieder laufen, in denen die Demokratie gepriesen wird. Ihr neuer Präsident, Boni Yayi, gilt in der Welt als Musterknabe, der die Korruption bekämpfen will, doch immer noch ist mehr als jeder Zweite ohne Arbeit. Eine Million von sieben Millionen Beninern lebt schon im Ausland, und in Cotonou gibt es ein Ministerium, das sich allein um ihre Angelegenheiten kümmert.

Als Raimi zu Hause vor der Tür steht, bricht die erstaunte Shukurad in Tränen aus. Sie mustert ihn und sagt, er habe zugenommen, und Fatiah, seine Tochter,

klammert sich verschüchtert an ihr Bein. Als Raimi ging, war sie ein Baby, jetzt erkennt sie ihren Vater nicht mehr wieder. Raimi senkt den Kopf. Er bittet Shukurad um ein paar Francs fürs Taxi.

»Wann kannst du mir mein Geld geben?«, fragt er später seinen ältesten Bruder, vor dessen Haus ein neues Motorrad steht. »Ich weiß nicht, welches Geld du meinst«, antwortet der Bruder.

Von seinen Eltern hört Raimi, dass sein Bruder jetzt zwei Ehefrauen habe. Ausschweifende Hochzeitsfeste habe man gefeiert, sogar Kühe geschlachtet, und niemand hat ihm je davon erzählt. Sechs Jahre war Raimi weg, sechs lange Jahre, in denen er nur für die Zukunft lebte, aber alles war umsonst. Die Familie hat sein Geld einfach verprasst. Versoffen und verfressen.

Es war die Art der Daheimgebliebenen, am Wohlstand von Europa teilzunehmen, und sie haben nicht damit gerechnet, dass es im fernen Deutschland Udo Radtke gibt, dessen Behörde daran arbeitet, ihre Quelle auszutrocknen. Sie haben nicht bedacht, dass Raimis Ehre nun der Preis für ihre Feste ist. Die Leute im Dorf werden tuscheln, er habe seine Chance nicht genutzt. Sie werden ihn belächeln. Am Abend sitzt Raimi in seiner Hütte und versucht, den DVD-Player anzuschließen. Es war der einzige Luxus, den er sich in Deutschland leistete, der einzige, den er hinüberretten konnte, aber jetzt, zu später Stunde, haben sie hier nicht mal Strom. Gegen Mitternacht sitzt Udo Radtke an der Poolbar des Marina-Hotels unter einem Bambusschirm und öffnet ein Bier. Er hat den verschwitzten Anzug gegen eine Jeans getauscht. Polizisten springen ins Wasser, und ein einäugiger Gitarrist spielt Guantanamera. Radtke kommt jetzt langsam runter. Wir waren wieder mal gut aufgestellt, denkt er.

Stunden nach der Ankunft hatte man ihn noch mal ins Büro des Einwanderungs-offiziers in Cotonou gerufen, weil zwei Leute angegeben hatten, dass sie Nigrer seien, nicht Beniner. Radtke setzte durch, dass man die beiden trotzdem aufnahm. Dann sorgte er dafür, dass der Malteser, den sie wieder mit nach Hause nehmen müssen, in einem Aufenthaltsraum der Behörde ein gut bewachtes Nachtlager bekam.

Radtke regelt diese Dinge auf dem kurzen Dienstweg. Viele afrikanische Kollegen kennt er seit Jahren. Wenn er sie besucht, bringt er ihnen Wimpel in den Farben Hamburgs mit, er lässt es sich gefallen, wenn sie ihn in Restaurants ausführen. Er ist für sie nicht irgendein Beamter, er ist das Gesicht von Germany.

Zehn Monate später, im Juli 2007, sitzt Belinda Kpakou in der drückenden Hitze vor ihrem Haus in Togo und schlägt nach einem Moskito. Seit einiger Zeit verzichtet die Familie morgens auf ein Frühstück. Stattdessen isst sie mittags und abends eine Schale Reis mit Soße. Seitdem Belinda mit einem Nachbarsjungen aus war, ruft man sie im Viertel eine »Schlampe«. Sie sagt: »Ich komme mit diesem Lebensstil nicht klar, mit diesem Togo«, wie sie es auch jetzt noch immer nennt.

Es kommt ihr vor wie eine Ewigkeit, dass der Onkel sie vom Flughafen geholt hat. Er ließ sie in einer winzigen Kammer mit leckem Dach schlafen, zu dritt teilten sie sich eine feuchte Matratze. Auf dem Lehmboden neben den Hühnerställen mussten sie sein Essen kochen, und als es ihnen anfangs nicht gelang, ein Feuer zu entfachen, schimpfte er über sie in der Nachbarschaft. »Diese Kinder waren 13 Jahre lang in Deutschland«, fluchte er, „aber sie sind zu nichts nütze.« Belinda und ihre Schwestern bekamen Durchfall vom trüben Brunnenwasser und eitrigen Ausschlag von den Milben in der Matratze. Sie hätten einen Arzt gebraucht, aber selbst das Geld für die Impfungen behielt der Onkel für sich. Als ihre Mutter mit dem kleinen Panajotis eintraf, hatten sie bereits Malaria.

»Ich meine es ernst. Wir brauchen Hilfe«, sagte Belinda, als sie sich ein letztes Mal zur Deutschen Botschaft wagte. »Du bist in deiner Heimat«, entgegnete die Angestellte genervt. »Finde dich damit ab. Wenn du dich beschweren willst, wende dich an deinen Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde Gießen.«

Drei Monate hielten sie es beim Onkel aus, dann zogen sie in das kleine Haus, in dem sie nun zu zehnt leben und dessen Miete ein Unterstützerkreis aus Cölbe bringt, ehemalige Lehrer, Nachbarn und Freunde, die sich zusammengetan haben, um Geld für die Familie zu sammeln. »Ohne diese Leute säßen wir auf der Straße«, sagt die Mutter, »meine Töchter müssten betteln oder Schlimmeres tun, um zu überleben.« Rejoyce Kpakou ist eine runde, herzliche Frau, die anfängt zu weinen,

wenn sie über das Schicksal ihrer Töchter nachdenkt. Sie würde sie gern beschützen, aber als Frau kann sie in Togo nicht viel tun. Ohne Mann ist sie hier ein Nichts. Belinda streichelt tröstend ihre Hand. Immer wieder haben sie versucht, Arbeit zu finden, aber überall schickte man sie weg. Ihre deutschen Zeugnisse seien nichts wert, sagt Belinda, und immer wieder würde sie über den Tisch gezogen, denn sobald sie ihren Mund aufmache, merke jeder, dass sie eine Fremde sei. Kokou, ihr ältester Bruder, hat eine Ausbildung zum Automechaniker begonnen, aber die kostet Geld, wie alles hier. Die Schulen von Richie und Panajotis fressen es auf, der Französischlehrer, die Medikamente. Afrika ist Belinda unheimlich. Alle glauben hier an Voodoo, in der Weihnachtszeit verschwinden Kinder, und manchmal wälzen sich Frauen vor der Kirche im Dreck, weil ihnen der Teufel ausgetrieben wird.

Belinda hat aufgehört, sich die Tage zu merken. Die Stunden zerfließen, während sie sich auf ihrer Matratze in ihr altes Kinderzimmer träumt; manchmal blättert sie mit ihren Schwestern in dem deutschen Kochbuch, das sie in ihrer Verwirrung eingepackt hatten. Tagelang haben sie am Anfang gestritten, ob sie nicht besser auf ihren Vater gehört und einen Deutschen geheiratet hätten. Und wie oft hat Belinda sich gefragt, ob sie vielleicht auch wegen ihr hier sitzen, wegen dieser Einträge in ihrer Akte. Mit 13 hatte sie bei Aldi einen Kaugummi gezockt, mit 14 prügelte sie sich auf dem Schulhof. Sie fühlte sich als Deutsche, aber vielleicht war das ein Fehler.

Sooft sie kann, flüchtet sich Belinda in ein schäbiges Internetcafé, wo sie die E-Mails ihrer alten Freunde liest. Sie handeln vom Ärger in der Schule, von Führerscheinprüfungen und Liebeskummer, und Belinda könnte antworten, dass sie sich kaum mehr aus dem Haus traut, weil ihre Schwester Joyce ein paar Tage zuvor mit einem Hackmesser angegriffen wurde. Dass Panajotis nicht mehr zur Schule will, weil man ihn dort schlägt. Dass Zwölfjährige ihren Körper verkaufen und man als Mädchen nirgendwo seine Meinung sagen darf. Aber all das schreibt sie nicht, weil ihr die Worte fehlen. Ihre Briefe werden kürzer, und ihre Freunde antworten immer seltener.

Es ist ein klarer Sonntagmorgen, als Belinda und ihre Schwestern unter freiem Himmel auf den Bänken ihrer Kirche Platz nehmen. Mit ihren Schuhen von Görtz und den Jeans von H&M sehen sie aus wie Touristinnen, und wie immer, wenn sie hier auftauchen, stecken einige Leute ihre Köpfe zusammen. Sieh mal, die Deutschen, tuscheln sie, aber Belinda tanzt und singt, und dann murmelt sie versunken ihr Gebet: »Lieber Gott, bitte gib mir eine Chance. Gib mir mein Leben zurück.«

Am Tag nach seiner Rückkehr aus Benin war Udo Radtke wie immer gleich in sein Büro gefahren. Mit müden Augen setzte er sich an den Rechner und verfasste eine Rundmail, um sich bei seinen Mitarbeitern zu bedanken. Dann schrieb er die Afrikaner zur Fahndung aus, weil sie für mindestens drei Jahre nicht einreisen dürfen. Schließlich gab er die Begriffe Sammelrückführung, Togo und Benin bei Google ein. Was Radtke fand, las sich nicht schlecht.

In einer Pressemitteilung erklärte der Hamburger Innensenator Udo Nagel, dass dieser internationale Großcharter ein weiterer Beleg sei für die gute Kooperation im Kampf gegen Kriminalität und illegale Einwanderung. Wolfgang Schäuble ergänzte, dass es nun darauf ankomme, die Zusammenarbeit der europäischen Behörden auszubauen. Als Radtke sich weiter durch die Suchergebnisse scrollte, stieß er auf den Kommentar von Pro Asyl. Seine Flüge, las er, dienten dazu, die Abgeschobenen zu kriminalisieren. Von den 13 Afrikanern aus Hamburg hätten nur zwei als Straftäter gegolten. Um diese Nacht-und-Nebel-Aktion jeder Kritik zu entziehen, hieß es, habe man sie jenen beigemischt, die nach langem Aufenthalt aus guten Gründen »reiseunwillig« seien.

»Schon klar, dass die sich aufregen«, sagt Radtke, als er im Herbst 2007 geduldig seine Erinnerungen schildert. Während des Gesprächs raucht er Kette. Man spürt seinen Drang, sich zu erklären.

Vier weitere Sammelcharter hat Radtke seitdem organisiert, aber bis heute geht ihm die Geschichte dieser togoischen Familie nicht aus dem Kopf. Als er in den Tagen nach seiner Rückkehr das Internet durchstöberte, las er immer wieder, dass sich in Marburg Tausende mit den Kpakous solidarisierten. Sie zogen mit

Transparenten durch die Stadt, organisierten Konzerte, und die Politiker sprachen von einem menschlichen Drama. Radtke las, dass der Vater, den er dagelassen hatte, zweimal versuchte, sich das Leben zu nehmen. »Wir haben damals im besten Glauben gehandelt«, sagt er. »Aber das Ganze hat schon einen tragischen Beigeschmack.«

Zwei Tage nachdem man ihn von seinen Kindern getrennt hatte, saß Christopher Kpakou am Küchentisch in seinem Haus und konnte keinen klaren Gedanken fassen, alles war plötzlich so still. Er tigerte durch die leeren Räume, sein Blutdruck fing erneut an zu steigen, auf 250, auf 300. Als er im Marburger Uniklinikum Lahnberge wieder zu Bewusstsein kam, lag er in einem Bett auf einem Gang und sah am Ende das Fenster. Es müsste der zweite Stock sein, dachte Kpakou. Dann nahm er Anlauf.

Man brachte ihn in die Psychiatrie ins nahe Ortenberg, und als er hörte, dass nun auch seine Frau und Panajotis abgeschoben worden seien, griff er zu einem Messer und ritzte sich die Bauchdecke auf.

Seit Kurzem lebt Kpakou jetzt in einer winzigen Einzimmerwohnung, einen Steinwurf weit entfernt von seinem alten Haus. Er ist ein rundlicher Mann von Mitte 50. Im Jogginganzug hockt er auf der Bettkante, nimmt seine schwere Brille ab und reibt sich die Augen. »Ich habe Angst um meine Kinder«, sagt er.

Er kann nichts für sie tun. In Togo, sagen die Ärzte, könne er nicht überleben. Vor seinem Bauch umklammert er die Tüte mit den Medikamenten, die er mehrmals täglich schluckt, Nepresol, Bifiteral, Citalopram, Mittel fürs Herz, gegen den zu hohen Blutdruck und die Kopfschmerzen.

Kpakou verlässt sein Zimmer nur, um einen Job zu suchen. Fast jeden Tag geht er zur Arbeitsagentur, klappert die Reinigungsfirmen ab, fragt, ob sie was für ihn haben, etwas Leichtes, das ihn nicht zu sehr anstrengt, aber immer, wenn er seine Duldung vorlegt, sagen sie, es tue ihnen leid. Er würde der Familie gerne etwas schicken, um ihr das Leben zu erleichtern. Die Scham lässt ihn kaum schlafen. Er wagt es kaum, in Togo anzurufen.

Jedes Mal, wenn er ins Dorf geht, kommt er an seinem alten Haus vorbei, das gerade renoviert wird. Neulich fand er dort auf einem Schutthaufen einen Klei-

dersack. Er blieb stehen und zog eine Jeans hervor, Pullover, sie gehörten seinen Töchtern.

In der Nähe, in Panajotis alter Grundschule, trifft sich alle zwei Wochen der Unterstützerkreis, um zu beraten, wie man der Familie helfen kann. Jeden Monat überweisen die Freunde ein paar 100 Euro nach Afrika, und niemand wagt daran zu denken, was passiert, wenn ihnen irgendwann einmal die Kraft ausgeht. Sie haben einen Anwalt angeheuert, einen Brief geschrieben an den Bundespräsidenten, und am Jahrestag der Abschiebung haben sie auf dem Marburger Marktplatz über das Schicksal der Familie informiert. Sie reiben sich auf, aber es ist ein aussichtsloser Kampf gegen Paragraphen und gegen das Vergessen.

Christopher Kpakou kommt nur selten zu den Treffen. Er kann es kaum ertragen, wenn dort die neuesten E-Mails seiner Kinder vorgelesen werden. In den letzten Monaten, schrieb Richie, seien in Lomé mehrere Minister ermordet worden, jetzt raune man von einem Aufstand. Rebeccas Krätze habe sich verschlimmert, schrieb zuletzt seine Töchter, und Panajotis träume immer noch von Handschellen. Jedes Mal, wenn er ein Flugzeug sehe, frage er, wann er endlich nach Hause könne.

Während die Kpakous in Lomé drei Tage lang ihre Geschichte erzählen, verliert keiner ein bitteres Wort über Deutschland. Es ist unsere Heimat, sagen sie. Es war ein Zufall, dass es uns erwischt hat. Und vielleicht ist das der schlimmste Vorwurf, den man einem Rechtsstaat machen kann.

Belinda betet jeden Tag, dass ein Wunder passiert, aber sie hat aufgehört, darauf zu hoffen. Sie weiß, dass sie Deutschland wohl nie wiedersehen wird. Sie wartet jetzt darauf, dass irgendetwas Neues anfängt, aber sie weiß nicht, was das sein könnte. Sie sorgt sich um ihre kranke Mutter, um ihre jüngeren Geschwister. »Wenn sich unsere Situation nicht bessert«, sagt sie, »dann würde ich mich opfern.«

Drei Monate später ist Belinda ausgezogen. Es heißt, sie lebe jetzt bei einer Tante. Die Familie ist besorgt, sie hört immer seltener von ihr. Manchmal schickt Belinda eine größere Summe, doch niemand weiß, womit sie dieses Geld verdient.

Raimi Hamadou und Akhanou Dadjou, die beiden Beniner, die sich im Flugzeug kennengelernt haben, sind gemeinsam in ein Café nach Cotonou gekommen. Raimi hat noch immer keine Arbeit gefunden, und um sich nicht überflüssig vorzukommen, brütet er stundenlang über den Hausaufgaben seiner Tochter. Manchmal fragt er sich, was er hier soll.

In den Jahren, die er weg war, hat Raimi seine Heimat stets im Blick gehabt. Erst mit seiner Rückkehr hat er sie verloren. Er fragt sich, ob es ein Fehler war, die Ersparnisse dem Bruder anzuvertrauen. Heute hegt er Zweifel an der Tradition, er zweifelt, wie so viele, die zurückkommen, an der Mentalität der eigenen Leute; da ist so viel Habgier, so viel Neid. Deutschland hat sich eingeschlichen in Raimis Denken wie ein Virus, und es arbeitet in ihm. Wie Akhanou versucht er, sich eine neue Identität zu besorgen, Papiere, mit denen er zurückkann nach Europa. 500 Euro koste ein gefälschter Pass, sagen die beiden. Und in Afrika gebe es nichts, was man für Geld nicht kaufen könne.

An einem Tag im Herbst 2007 sitzt Hamid Bakary, der Nigrer, mit seiner Frau Anna in ihrer Hamburger Altbauwohnung auf dem Ledersofa. Das Wohnzimmer ist dekoriert mit afrikanischen Schnitzereien und Annas selbst gemalten Ölbildern. Sie schütteln immer noch den Kopf darüber, was ihnen widerfahren ist. »Es ist absurd«, sagt Hamid, der bald wieder mit dem Radfahren beginnen will.

Drei Wochen nach seiner Abschiebung ist Anna ihm nach Niamey gefolgt, wo sie im Kreis seiner Familie heirateten. Sieben Monate waren sie danach getrennt, dann durfte Hamid endlich wieder nach Deutschland einreisen. Als Ehemann hat er das Recht dazu.

Seit ein paar Wochen, sagt Hamid, habe er jetzt einen Minijob als Putzkraft bei Elektro-Konrad. Für die Kosten seiner Abschiebung muss er selbst aufkommen. Damit er einreisen durfte, hatte Anna 3000 Euro bei Radtkes Behörde angezahlt, jetzt warten sie auf die exakte Kostenaufstellung. Mit weiteren 7000 Euro, hat Radtke ihnen mitgeteilt, müssten sie wohl rechnen. Deutschland ist in diesen Dingen sehr genau.

*Name auf Wunsch geändert

Begründung der Jury

Die Staatsmacht kommt immer im Morgengrauen, damit ihre Opfer möglichst hilflos sind. Die Polizeimannschaft lässt ihnen auch nur wenige Minuten, die Dinge einzupacken, mit denen sie ihr Heim für immer verlassen müssen.

Ganze Familien werden dann in irgendwelchen Gefängnissen zwischengelagert und später zusammen mit ein paar Hundert anderen Leidensgenossen in Länder transportiert, in denen die Jüngeren oft nie gewesen sind und deren Sprache sie nicht mal verstehen. Ob dabei die Opfer traumatisiert oder Familien auseinander gerissen werden, ob es völlig Unschuldige trifft oder einige der besten Talente des Landes, darf die Beamten nicht kümmern. Sie vollziehen nur Gesetze.

Wer jetzt an die Massendeportationen in der Sowjetunion der Stalin-Zeit oder ähnliche Gräueltaten denkt, hat die richtige Assoziation und liegt doch ganz falsch. Die Tragödie findet tatsächlich hier in unserem Land statt, fast jeden Tag und fast überall, und das ist eines der ganz wenigen Dinge, für die ich mich als Deutscher wirklich schäme: Flüchtlinge, auch wenn diese voll integriert sind, und ihre Kinder, auch wenn sie in Deutschland geboren sind und hier zur Schule gehen, werden behandelt wie menschlicher Abfall. Sie werden gnadenlos abgeschoben, und das oft nicht einmal in ihre Herkunftsländer, sondern einfach in solche Staaten, die bereit sind sie aufzunehmen.

Das moralische Unrecht, was da im Namen der Abschreckung gegen die Armutsfürchtlinge geschieht, ist schon seit Jahren eine furchtbare Verirrung unseres Rechtsstaates. Und viele Journalisten haben sich damit auch immer wieder befasst. Längst, so scheint es, sind die meisten Redaktionen es müde, überhaupt noch darüber zu berichten.

Um so dankbarer bin ich, und da kann ich, glaube ich, für die ganze Jury sprechen, um so dankbarer sind wir, daß es Kollegen wie Anita und Marian Blasberg gibt, die eben nicht müde werden, an eben dieser dunklen Kehrseite unserer Republik genau hinzugucken, da wo das angeblich so humanitär gesinnte Deutschland und mit ihm die ganze Europäische Union ihre hässliche Fratze zeigen.

Ich muss zugeben, auch mir ging es zunächst so wie so vielen anderen auch, als ich ihre Reportage mit dem Titel „Abschiebflug FHE 6842“ im Zeit-Magazin sah.

Will ich das noch lesen?, dachte ich. Ich weiß doch schon, wie schlimm die Lage dieser Leute ist. Aber dann habe ich doch angefangen zu lesen und konnte dann gar nicht mehr aufhören.

Denn diese Geschichte ist wirklich grandios recherchiert und meisterhaft geschrieben. Sehr dicht und deprimierend nüchtern bringen die Autoren das Elend der Abschiebungsmaschinerie dem Leser ganz nahe.

Ich weiß nicht, wie sie es geschafft haben, aber der Artikel liest sich so, als ob sie tatsächlich mit in diesem Flugzeug gesessen hätten, mit dem im September 2006 32 Afrikaner aus Deutschland und Frankreich ausgeflogen und in drei afrikanischen Staaten ausgesetzt wurden. Allein das ist schon eine Leistung.

Beim Schreiben ist ihnen aber dann gelungen, dass alle Beteiligten vor dem inneren Auge des Lesers wirklich lebendig werden. Nicht nur die Verzweiflung der Flüchtlinge und vor allem die ihrer – eigentlich deutschen – Kinder wird unmittelbar verständlich. Mit betont unparteilicher, aber dafür um so entlarvender Sprache beschreiben sie auch die Beamten, die das Ganze im Namen des Gesetzgebers durchziehen, ein staatlicher Auftrag eben, hart aber legal.

Zwei kurze Auszüge aus dem Text mögen das verdeutlichen:

Der kleine, hessische Fachwerkort Cölbe schlief noch, als die Polizei um fünf Uhr in der Frühe Sturm klingelte und jedem eine halbe Stunde gab, um zwanzig Kilo einzupacken. Belinda hyperventilierte. Sie rannte unters Dach und wollte aus dem Fenster springen, aber unten stand ein Mannschaftswagen und richtete die Scheinwerfer aufs Haus. Dann stolperte sie in ihr Zimmer und stopfte hektisch ein paar Sachen in den Rucksack, eine Kapuzenjacke, einen Strickpullover, 20 Kilo für ein ganzes Leben. Im Treppenhaus begegnete sie ihrem Vater, der mechanisch seine Medizin einsammelte. Überall fremde

Gesichter, dazwischen Timo, den sie aus der Grundschulklasse kannte. Jetzt wich er ihren Blicken aus.

»Wie fühlst du dich?« fragte wenig später ein Psychologe auf dem Polizeipräsidium. »Beschissen«, antwortete Belinda. Dann lächelte der Psychologe wissend: »Das ist völlig normal, das geht vorbei. 13 Jahre wart ihr jetzt in Deutschland, da habt ihr sicher viel gelernt, was ihr in eurer Heimat umsetzen könnt«

.....

Sammelcharter sind billiger und effizienter als die üblichen Einzelabschiebungen per Linie. Meist werden sie nachts abgewickelt, und die Öffentlichkeit wird erst informiert, wenn alles gelaufen ist.

Bei Sammelabschiebungen gibt es keine Piloten, die sich weigern, randalierende Passagiere zu transportieren, es gibt keine anderen Fluggäste. Es gibt kein Geräusch.

»Es war nur eine Frage der Zeit, bis die Politik darauf kam«, sagt Udo Radtke, (der Beamte, dem bei der Hamburger Ausländerbehörde die Organisation der Abschiebeflüge obliegt. H.S.). Mitte der Neunziger, als noch kaum jemand davon gehört hatte, fing er bereits an, die ersten Flüge auf Länderebene zu koordinieren.

Schon damals träumte er davon, die Sache noch viel größer aufzuziehen, und nach dem Beschluss der EU-Innenminister in Evian gab es da auf einmal diesen Topf, aus dem man sich bedienen konnte. Etwa 140.000 Euro kostet eine Sammelabschiebung, etwa 70 Prozent davon erstattet die EU. Radtke hat Verwaltungsrecht studiert, aber er klingt nicht wie ein Beamter, er klingt wie einer von McKinsey. Er begann, die Reduzierung der Kosten als sportliche Herausforderung zu sehen.

»Wenn ich die Maschine vollbekomme«, sagt er, »kostet mich ein Abzuschiebender nur rund 1.000 Euro. Schon ab 20 Personen sinken die Pro-Kopf-Kosten unter den Preis einer Linienabschiebung.«

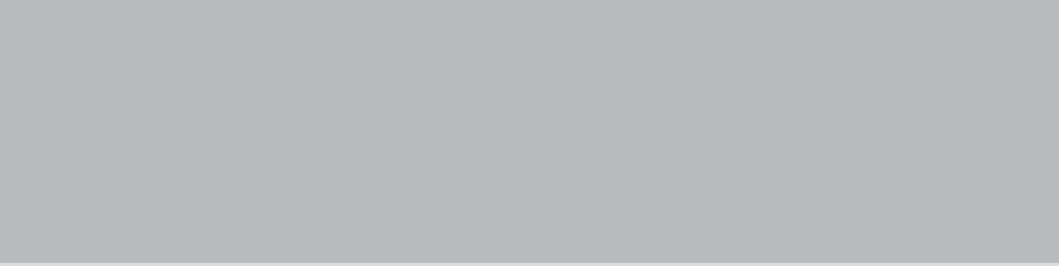
Etwa diese Tonlage hält der ganze Text. Er geht damit unter die Haut wie kaum ein anderer und kann vielleicht doch den Einen oder Anderen dazu bewegen, sich mehr mit dem Schicksal der Flüchtlinge und Illegalen von nebenan zu beschäftigen und auf eine Humanisierung der Flüchtlingspolitik zu drängen.

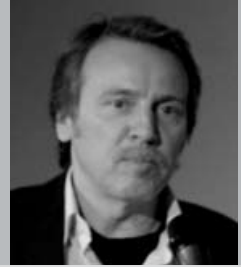
Viel Besseres kann kritischer Journalismus eigentlich nicht leisten.

Darum haben wir einstimmig entschieden, dafür dieses Jahr den ersten Preis zu vergeben. Ich gratuliere.

Vorgetragen von Harald Schumann

2. PREIS





Jürgen Döschner

Fire and Forget – Krieg als Geschäft

WDR 5

Fire and Forget – Krieg als Geschäft

Keine andere Wirtschaftsbranche stellt so gefährliche Güter her, hat solche einschneidende Bedeutung für Leben und Gesundheit von Millionen von Menschen, wie die Rüstungsindustrie. Und keine andere Branche arbeitet zugleich so im Verborgenen. Entwicklung, Herstellung und Verkauf – top secret. Umsatz, Gewinn, Aktienkurse – darüber wird nicht gesprochen.

„Fire and Forget“ ist die Bezeichnung einer speziellen Waffenart, einer Lenkwaffe, die ihr Ziel nach dem Schuss selbständig sucht. Das Feature zeichnet die Verbindungslinie zwischen den beiden Welten der Kriegswirtschaft – zwischen der sauberen Hochglanz-Präsentation und dem blutgetränkten Schlachtfeld. Es zeigt, wie die Rüstungsindustrie weltweit, besonders aber die der USA, vom Krieg im Irak profitiert, gibt Einblick in die Abgründe des legalen und illegalen Waffenhandels.

Das WDR 5 – Feature „Fire and Forget – Krieg als Geschäft“, für das Jürgen Döschner den 2. Preis erhielt, ist über die DVD, die diesem „Best of 2008“ beiliegt, zugänglich. (Die Redaktion)

Begründung der Jury

Der WDR-Redakteur Jürgen Döschner kennt den Krieg aus eigener Anschauung. Als Russland-Korrespondent, der er fünf Jahre lang für den ARD-Hörfunk war, war er auch in Tschetschenien im Einsatz. Dort entstand das Interesse am Thema: Woher kommen die Waffen? Wie wird die Kriegsmaschinerie organisiert? Wer streicht die Profite ein?

Erste Leitfragen waren das für eine dann einjährige Recherche, zu der abendliche Lektüre genauso gehört wie Wochenendarbeit – Freizeitolfer eines hartnäckigen Kollegen waren das. Döschners Reise in die Tiefen der internationalen Rüstungsindustrie gipfelte in einem Besuch der DSEi (Defence Systems and Equipment international) in London, einer internationalen Rüstungsmesse, wo die Werkzeuge des Todes als Garantien scheinbarer Sicherheit offeriert und mit der gleichen Harmlosigkeit wie Waschmaschinen oder Computer verkauft werden.

Jürgen Döschner hat mit seiner Hörfunksendung „Fire and forget“ ein exzellentes Radiofeature vorgelegt. Hier kommt alles Gute zusammen: kritische Themensetzung und tiefgehende Recherche, analytischer Zugriff auf eine faszinierende radiophone Gestaltung. Döschner hat das Geschehen auf einer Rüstungsmesse in London als szenisches Tableau genommen, um eine ganz besondere Industrie bei ihrer gewinnträchtigen, letztlich aber tödlichen Arbeit zu zeigen.

Der Titel „Fire and forget“ signalisiert dabei die Verantwortungslosigkeit dieser Branche. Gemeint sind Waffensysteme, die nach dem Abfeuern selbsttätig ihr Ziel suchen. Und schon kann sich der Soldat ungerührt von den Folgen seines Tuns abwenden. In zahlreichen O-Tönen lässt Döschner die Militärmanager mit beschönigenden Selbstbeschreibungen zu Wort kommen und stellt rüstungskritische Experten dagegen. Der Autor, der seine eigenen Kommentare fein dosiert hat, der die große Keule der Empörung gar nicht braucht, zeichnet die enormen Profitraten nach und vergisst auch nicht die horrenden Opferzahlen.

Ein spannendes Hörerlebnis voller Anschaulichkeit, das aus Sicht der Jury für politische Aufklärung von hohen Graden sorgt. Ein Lehrstück auch für das Fortleben publizistischer Ambition im öffentlich-rechtlichen Radio. Ich kann nur sagen: Das muss man sich anhören! Unsere Gratulation für Jürgen Döschner!

Vorgetragen von Dr. Volker Lilienthal

3. PREIS



Steffen Judzikowski und Hans Koberstein

Das Kartell – Deutschland im Griff der
Energiekonzerne
ZDF, Frontal21

Das Kartell – Deutschland im Griff der Energiekonzerne

Die Dokumentation zeigt, wie die vier großen Energiekonzerne den Energiemarkt in Deutschland beherrschen.

Die Folgen: Preise und Renditen steigen. Wettbewerb? Fehlanzeige. Erst mit Hilfe der Politik konnten die Energieriesen ihre Marktmacht festigen. Die Autoren blicken hinter die Kulissen der Branche, zeigen wie Verbraucher abkassiert werden und suchen Antworten auf die Frage: Wer rettet uns vor diesem Kartell?

Der ZDF-Beitrag „Das Kartell – Deutschland im Griff der Energiekonzerne“, für den die Autoren den 3. Preis erhielten, ist ebenfalls über die DVD zugänglich. (Die Redaktion)

Begründung der Jury

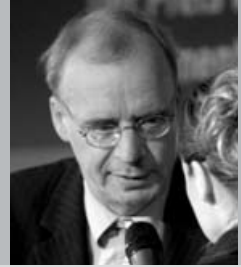
Heute las ich in einer führenden deutschen Tageszeitung und auf der Website eines Radiosenders ein Interview mit Herrn Grossmann, Vorstandsvorsitzender von RWE. Da erfuhr man, wie gemein er es findet, dass Europas größter Emittent von Treibhausgasen für die Lizenzen zur Zerstörung des Klimas zahlen soll, nachdem er bisher fünf Jahre lang nur die Kunden dafür abkassierte, ohne selbst zahlen zu müssen. Weiter war zu lesen, dass Grossmann es für völlig natürlich hält, den Vertrag zum Atomausstieg zu unterlaufen, obwohl er rechtsgültig unterschrieben ist. Und so vier bis fünf neue AKWs werde man schon bauen, kündete der Mann an, wenn auch erst mal nicht in Deutschland.

Und die Journalisten? Fragten sie kritisch nach? Stellten sie womöglich die Frage, ob ein Geschäftsmodell, das mit der Umweltzerstörung 6,5 Milliarden Euro Gewinn im Jahr macht, vielleicht jetzt doch mal radikal umgebaut werden muss? Nein, natürlich nicht! Ich habe jetzt die große Freude, Ihnen zwei Kollegen vorzustellen, die das genaue Gegenteil von diesem Unterwerfungsjournalismus praktizieren.

Steffen Judzikowski und Hans Koberstein von der Redaktion Frontal 21 beim ZDF verfolgen wie kaum jemand sonst in unserer Zunft mit Argusaugen die Tricks und Durchstechereien von Deutschlands Stromkonzernen, und das auch dann, wenn das Thema gerade keine Konjunktur hat. Und dabei können sie etwas, was leider selten ist beim Fernsehen: Sie können komplizierte wirtschaftliche Zusammenhänge anschaulich darstellen, ohne sie zu verfälschen und vor allem ohne die eigentliche Interessenlage der Akteure zu unterschlagen. Wie gut sie das können, war insbesondere bei der Dokumentation mit dem Titel „Das Kartell – Deutschland im Griff der Energiekonzerne“ zu sehen. Da erfuhr man nicht nur, wie die Lobbyisten von RWE und & Co im Wirtschaftsministerium an Gesetzen und Verordnungen mitschreiben oder wie sie durch überhöhte Netzgebühren ihre Kunden übervorteilen, sondern glaubwürdige Zeugen berichten auch, wie sogar die vermeintlich nur vom Markt gesteuerte Strombörse de facto von ein paar Händlern im Konzernauftrag systematisch manipuliert wird. Das alles war so gebaut, dass jeder-mann folgen konnte und auch wollte. Einfach klasse! Ich habe nur einen Wunsch: Bitte weiter so!

Vorgetragen von Harald Schumann

OTTO BRENNER PREIS „SPEZIAL“



Christian Bommarius

Kultur einer neuen Anspruchslosigkeit

Berliner Zeitung

Kultur einer neuen Anspruchslosigkeit

Der deutsche Gesetzgeber propagiert – soll man ihn dafür preisen? – eine Kultur der neuen Anspruchslosigkeit. Längst vorbei ist die Zeit, da er Gesetzgebung hochmütig als Kunst betrachtete, die in Wort und Geist dem Wort und dem Geist der Verfassung zu entsprechen habe. Inzwischen hat er – soweit er sich mit der Bekämpfung von Kriminalität im Allgemeinen und der Bekämpfung des Terrorismus im Besonderen befasst – sogar den Anspruch fahren lassen, Normen zu schaffen, denen die Karlsruher Richter nicht unverzüglich den verfassungsrechtlichen Exitus bescheinigen – so zuletzt geschehen in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur automatischen Kennzeichenkontrolle und zu Online-Durchsuchungen.

Gestern nun hat die Kultur der neuen Anspruchslosigkeit ihre höchste und tiefste Erfüllung gefunden: Das Bundesverfassungsgericht hat wieder einmal dem Gesetzgeber miserabelste handwerkliche Arbeit attestiert, hat wieder einmal – schon nach oberflächlicher Prüfung in einer Eilentscheidung – drohende schwere Grundrechtseingriffe erkannt und dem Bundestag das Gesetz zur verdachtslosen Vorratsdatenspeicherung um die Ohren geschlagen. Wenige Stunden später aber überraschte die Bundesjustizministerin die Öffentlichkeit mit der Nachricht: „Vorratsdatenspeicherung bleibt zulässig“. Die Ministerin hätte auch herausstellen können, dass weder die Interpunktion noch die Orthografie des Gesetzes in Karlsruhe auf nennenswerten Widerstand gestoßen sind.

Tatsache ist, dass das Bundesverfassungsgericht gestern alle durch die Vorratsdatenspeicherung drohenden offenkundigen Grundrechtseingriffe – das sind solche, die ein Blinder mit und ohne Krückstock erkennt, sofern es sich nicht um den Gesetzgeber handelt – bis zur Entscheidung in der Hauptsache unterbunden hat. Zwar bleiben die Telekommunikationsunternehmen zunächst verpflichtet, sechs Monate auf Vorrat zu speichern, wer wann mit wem über Handy, Telefon oder E-Mail in Verbindung stand. Aber herausgeben – und darauf kommt es an – dürfen sie die Daten erstens nur, wenn es in den Ermittlungen um besonders schwere Straftaten geht, beispielsweise Mord oder Raub, und zweitens auch nur dann, wenn die Aufklärung auf andere Weise wesentlich erschwert oder aussichtslos wäre.

Dramatischer als die Entscheidung selbst ist die Begründung, die der Erste Senat ihr gegeben hat. Das umfassende und anlasslose Horten sensibler Daten de facto über jedermann könne einen „erheblichen Einschüchterungseffekt“ bewirken.

Furchtlos und unerschüttert hat hingegen bisher der Gesetzgeber alle einschlägigen Urteile, Rügen und Ermahnungen des Bundesverfassungsgerichts ignoriert. Seit dem Jahr 2002 hat das Gericht elf Gesetze des Bundes und der Länder zur inneren Sicherheit ganz oder in wesentlichen Teilen verworfen, nach der gestrigen Eilentscheidung ist klar, dass sich das Gesetz zur Telekommunikationsüberwachung als Nr. 12 zu ihnen hinzugesellen wird. Selbst der Harthörigste sollte inzwischen die Botschaft aus Karlsruhe verstanden haben, dass zwar der Terrorismus das Leben bedroht, aber die Politik der inneren Sicherheit die Lebensform. Der Staat hat beides zu schützen und nicht das eine auf Kosten des anderen. Aber Harthörigkeit ist nicht das einzige Problem, das der Gesetzgeber im Umgang mit der Verfassung hat. Er scheint nicht zu spüren, dass sich das Verhältnis des Bürgers zum Staat schleichend verändert, wenn der Staat jeden Bürger auf Schritt und Tritt misstrauisch beäugt. Er spürt nicht einmal, dass er seine Legitimation gefährdet – mit jedem Gesetz der inneren Sicherheit, das das Bundesverfassungsgericht verwirft.

Die Jury würdigt mit dem „Spezial“ – Preis die Kommentare, Meinungsartikel und Essays von Christian Bommarius. Der hier beispielhaft abgedruckte Kommentar erschien in der „Berliner Zeitung“ am 20. März 2008 unter der Überschrift „Nr. 12“. (Die Redaktion)

Begründung der Jury

Als ich in meiner Redaktion gesagt habe, daß ich heute die Laudatio für Bommarius halte, haben mir ganz viele gesagt: „Mensch, sag ihm, dass wir es mögen, was er schreibt.“ Wenn ich jetzt all die Namen aufzählen würde von Redaktionsleitern, von Kollegen – ich könnte die ganze Laudatio damit füllen. „Sag ihm, dass wir ihn gern lesen. Sag ihm, dass er wichtig ist für die Streitkultur in unserem Land. Sag ihm, dass er so weiter machen soll!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Medienteil der Zeitungen wird neuerdings viel über den Bürgerjournalismus geschrieben. Christian Bommarius war schon ein Bürgerjournalist, bevor es dieses Wort gab. Einer der ganz anderen Art aber. Ein Journalist für Bürgerinnen und Bürger. Einer, der für die Bürgerrechte eintritt und für die Freiheitsrechte. Christian Bommarius ist einer von denen, die dafür sorgen, dass ich meinen Beruf noch immer mag.

Christian Bommarius ist ein glänzender Journalist. Ein glänzender Journalist ist einer, der nicht nur glänzend schreiben, sondern auch glänzend denken kann. Beides ist – Gott sei es geklagt – nicht die Regel. Ich verrate ihnen ein ganz kleines persönliches Geheimnis. Es handelt davon, wie ich jeden morgen Zeitungen lese. Jeden morgen habe ich auf meinen Konferenztisch ein Dutzend Zeitungen liegen. Wie macht man das vor den Konferenzen? Natürlich, in dem man auswählt. Wie wählt man aus? Man hat seine Namen. Die Autoren, die man manchmal und die Autoren, die man immer liest.

Christian Bommarius lese ich immer. Warum? Weil er zu den großen Kommentatoren Deutschlands gehört. Wenn man seine Stücke liest, dann weiß man wieder, warum der Leitartikel einmal als der Diamant des Journalismus galt. Ein Diamant glänzt, ein Diamant funkelt, ein Diamant hat Feuer, er ist hart und er ist wertvoll. So sind die Stücke von Christian Bommarius. Er regt an, viele regt er auf, so soll es sein. Ein Kommentar, der kalt läßt, ist ein schlechter Kommentar.

Es ist ein großes Wort und ich sage es trotzdem: seine Arbeiten erinnern an die von Ossietzky und Tucholsky, er ist ihr wunderbarer demokratisch gefestigter Schüler. Bommarius leistet Widerstand. Ich sage dieses Wort ganz bewußt: Widerstand gegen

den Abbau des Rechtsstaats! In seiner täglichen Arbeit zeigt er, dass man die Verteidigung der Grundrechte, des Rechtsstaats und der bürgerlichen Freiheit wirklich nicht allein dem Bundesverfassungsgericht überlassen darf. Man mag sich ja fragen, was sollen Kommentare. Die Antwort darauf klingt vielleicht ein wenig hochgestochen, aber ich meine es ganz ernst. Kommentare sollen zum Gespräch verhelfen. Es ist eine zutiefst demokratische Aufgabe. Über Kommentare soll man reden, man soll darüber streiten, man soll seine eigene Meinung daran feilen. Christian Bommarius Kommentare sind Kommentare, über die man redet. Deswegen erfüllt er eine demokratische Aufgabe.

Und diese Arbeit leistet Bommarius in der Berliner Zeitung. In einer Umgebung, in einem Verlag, wo sehr viel gespart wird. Wo es erstens um die Rendite geht, wo es zweitens um die Rendite geht und wo es drittens um die Rendite geht. Bommarius zeigt, dass erst einmal etwas ganz anderes wichtig ist: Geist und Haltung. Und wenn es das gibt in einer Zeitung, dann kommt eigentlich die Rendite ganz von selber. Geist und Haltung: Christian Bommarius verkörpert das. Er verkörpert den kritischen Journalismus nicht saueröpfisch, sondern geistreich. Ein Verlag, der das nicht schätzt, ist dumm – Heuschreckendumm.

Heuschrecken fressen alles, auch die Pressefreiheit. Christian Bommarius verteidigt sie. Er steht in der Redaktion der Berliner Zeitung wie einst Roland im Tal von Roncesvalles. Dafür zeichnen wir ihn aus. Und es macht mich stolz, ihn auszeichnen zu dürfen, weil er nicht nur ein kluger, sondern auch ein kultivierter und höflicher Kollege ist und weil er es ist, der uns allen etwas geschenkt hat. Sie haben das Geschenk schon hier im Film gesehen, sie werden das Geschenk demnächst in den Buchläden liegen sehen: eine Biografie des Grundgesetzes. Das Buch erscheint im Januar, und ich hatte das große Vergnügen, es lesen zu dürfen. Es gibt ja ziemlich viele Bücher über das Grundgesetz, und zum 60. Geburtstag im Mai 2009 wird es noch weitere geben. Ich kann ihnen sagen: Ich habe noch nie so ein spannendes Buch über das Grundgesetz gelesen, wie das von Christian Bommarius. Es ist ein Krimi und zugleich ein Buch, das aufrüttelt und begeistert. Das deswegen aufrüttelt und das deswegen so wichtig ist in diesen Jahren, in denen aus Gründen der Sicherheit Grundrechte und Freiheitsrechte zur Disposition gestellt werden, angeblich, weil es Gefahren gibt, wie es sie noch nie gab. Weil er auf-

zeigt, in welcher Situation, in welcher ungeheuer schwierigen Zeit dieses Grundgesetz, diese Grundrechte entstanden sind und auf welch schwankenden Boden die Mütter und Väter des Grundgesetzes diese Grundrechte geschrieben haben. Und da soll noch einmal einer sagen wie Wolfgang Schäuble, dass die alten Zeiten ja irgendwie mit den heutigen und seinen Gefahren nicht zu vergleichen seien. Ich empfehle ganz vielen das Buch von Christian Bommarius, vor allem Wolfgang Schäuble.

Dieses Buch ist sein Geschenk an uns zum Jubiläum des Grundgesetzes. Und jetzt schenken wir ihm unseren Preis, den Otto Brenner Spezial-Preis, mit dem wir seine Kommentare, seine Leitartikel und Meinungsbeiträge würdigen.

Danke für einen ganz wunderbaren, einen geschliffenen, nachdenklichen, aufklärerischen Journalismus. Glückwunsch an den journalistischen Aufklärer Christian Bommarius!

vorgetragen von Dr. Heribert Prantl



Jury-Mitglied Heribert Prantl bei der Laudatio für den Brenner Preis „Spezial“



Kay-Sölve Richter (Moderatorin) im Gespräch mit Christian Bommarius, „Spezial“-Preisträger 2008

RECHERCHE-STIPENDIEN



Veronika Frenzel
Clemens Hoffmann
N.N.



Veronika Frenzel

Moderne Sklaven –
Das Geschäft mit illegalen Einwanderern

Moderne Sklaven – Das Geschäft mit illegalen Einwanderern

Der Bausektor ist in Spanien im vergangenen Jahr nahezu komplett eingebrochen. 2009 werden so wenig Häuser gebaut wie zuletzt im Jahr 1960. Die Zahl der Arbeitslosen steigt jeden Monat und die Spanier, die bisher den Mörtel gerührt haben, sind gezwungen, zum Acker zurückzukehren. Die Landwirtschaft ist jedoch auch die letzte Hoffnung der Immigranten. Sie waren die ersten, die ihre Stelle auf dem Bau verloren haben und sie sind es, die schon Wochen vor dem Erntebeginn auf dem Olivenhain, der Orangenplantage oder dem Erdbeerfeld kampieren, um die Früchte pflücken zu dürfen. Am härtesten kämpfen diejenigen, die keine Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung haben. Sie betteln die Landbesitzer auf den Knien an. Um bessere Bedingungen feilschen sie nicht. Hinter jedem einzelnen steht ein Heer an arbeitslosen Einwanderern, das sie sofort ersetzen würde – ohne Widerspruch. In Sevilla standen Schwarzafrikaner im November 2008 für 15 Euro mehr als zehn Stunden auf dem Feld. Der spanische Agrartarifvertrag legt 45 Euro für sechs Stunden fest.

Auch in den spanischen Industriegebieten ziehen Immigranten frühmorgens durch die Straßen, auf der Suche nach ein paar Stunden Arbeit. Die Solidarität zwischen den Arbeitnehmern geht in dieser Situation verloren. Einwanderer mit Kontakten verkaufen Adressen von potentiellen Arbeitgebern, auch Arbeitsverträge werden feilgeboten. Agenturen vermitteln billig illegale Arbeitskräfte.

Die Rezession in den EU-Mitgliedstaaten, allen voran in Spanien, hat die Situation der illegalen Einwanderer verschlechtert. Der Schwarzmarkt, der ihnen bisher viele Arbeitsmöglichkeiten bot, – die Europäische Kommission schätzt das zwischen 12 und 23 Prozent des Bruttoinlandprodukts der einzelnen Länder aus der Schattenwirtschaft stammen – schrumpft.

In Spanien, wo die Schwarzarbeit den oberen Grenzbereich der Schätzungen der Kommission erreichte, ist der wichtigste Arbeitsmarkt für Einwanderer ohne Papiere weggebrochen, die Baubranche. Und auch in der Landwirtschaft fällt kaum mehr Arbeit ab. Osteuropäer, Chinesen, Schwarzafrikaner, Marokkaner und Südamerikaner konkurrieren jetzt um die wenigen Arbeitsplätze und sind

bereit, immer schlechtere Bedingungen zu akzeptieren. Die Unternehmer bieten ihnen oftmals keinerlei sozialen Schutz.

In den Regionen mit Landwirtschaft (Andalusien und Murcia) schieben sich die Städte gegenseitig den schwarzen Peter zu. Weil es bei der Orangenernte in Sevilla keine Arbeit für die Einwanderer gibt, verteilt die Stadt in den Obdachlosenheimen, Busbahnhöfen und Turnhallen, wo hunderte von Immigranten ihr Nachtlager aufschlagen, umsonst Bustickets in die Ölbaumregion Jaen. Doch auch in den Olivenhaine gibt es keine Arbeit für die ausländischen Arbeitnehmer. Sie sind bereits voller spanischer Arbeitskräfte. Jaen gibt deshalb Gratis-Fahrten nach Córdoba aus, wo ebenfalls die Olivenernte begonnen hat. Córdoba schickt die Arbeitssuchenden in die Erdbeerprovinz Huelva.

Die Mitte Juni dieses Jahres verabschiedete EU-Regel zur illegalen Einwanderung verschlechtert die Lage der Einwanderer ohne Aufenthaltsgenehmigung in Europa weiter. Bis zu 18 Monate lang können sie in Internierungslagern festgehalten werden, bis sie in ihre Heimatländer zurückgebracht werden.

Spanien, das noch vor zwei Jahren für illegale Einwanderer eine Generalamnestie verhängt hatte, trieb die Regelung maßgeblich voran. Immigranten sollen nur dann in ein EU-Land dürfen, wenn ihre Fähigkeiten gerade auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt gebraucht werden.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Die Polizisten drücken den meisten Immigranten ohne Papiere einen Abschiebebescheid in die Hand. Dann lassen sie sie frei. Von den Kanaren, wo der Einwanderungsdruck am stärksten ist, werden die Einwanderer regelmäßig nach Madrid geflogen. Von der Regierung bezahlte Busse transportieren sie von dort an die Orte, an denen es noch Arbeit auf dem Schwarzmarkt gibt. Doch überall wird die Arbeit knapp, die Einwanderer sind verstärkt auf die Hilfe der NGOs angewiesen. Diese arbeiten mit Regierungsgeldern, die den legalen Einwanderern vorbehalten sind. Weit mehr als die Hälfte der Hilfesuchenden kann jedoch keine Papiere vorweisen. Die Vereine müssen eine verdeckte Buchhaltung führen.

Trotz der widrigen Umstände sind auch in diesem Sommer wieder täglich mehrere Boote mit Afrikanern an den spanischen Küsten angekommen und auch im Winter reißt der Strom nicht ab.

Doch während die ausländischen Arbeiter ohne Einwanderungsgenehmigung mit EU-weit geltenden Gesetzen verfolgt werden, gibt es kein gemeinsames Regelwerk, das die Arbeitgeber, die sie beschäftigen, verurteilt. Die Mittelmeernationen der EU unterstützen strenge Maßnahmen gegen Arbeitgeber. Eine Gruppe nördlicher Länder jedoch, die von Deutschland angeführt wird und Finnland, Ungarn, Lettland, Polen, die Niederlande und Schweden umfasst, ist der Ansicht, Strafmaßnahmen seien ungerechtfertigt.

Bei der Recherche will ich am Beispiel der betroffenen Menschen in Spanien, der Einwanderer ohne Papiere, die Arbeitssituation der illegalen Immigration herausarbeiten. Ihre Situation, die an Sklaverei erinnert, soll dabei im Mittelpunkt stehen. Mit Hilfe von Unternehmern aus der Baubranche will ich darüber hinaus die Agenturen ausfindig machen, die mit der Notlage der illegalen Einwanderer Handel treiben. Die Absurdität des Kampfes gegen die illegale Einwanderung ist ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung. Vor allem der zwiespältige Umgang der spanischen Regierung mit den Immigranten ohne Papiere soll ausgeleuchtet werden.

Veronika Frenzel

geboren 1982 in München

Werdegang:

- seit 10/2004 Feste freie Mitarbeit für die deutschsprachige Ausgabe der Wochenzeitung Sur in Málaga
- 06/2006 Magister Artium an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), München
- 10/2001 - 06/2006 Veröffentlichung von Artikeln auf der Jugendseite der Süddeutschen Zeitung (SZ)
- 05/2001 Abitur am Ernst-Mach-Gymnasium, Haar bei München



Moderatorin Kay-Sölve Richter im Gespräch mit Jury-Mitglied Dr. Thomas Leif (netzwerk recherche e. V.)



Clemens Hoffmann

Verkaufte Kinder –
Kinderhandel in der Ukraine

Verkaufte Kinder – Kinderhandel in der Ukraine

Neugeborene verschwinden auf rätselhafte Weise aus Krankenhäusern in der Ukraine. Adoptionswilligen Familien aus Westeuropa und den USA werden von freiberuflichen Vermittlern bebilderte Kataloge mit gesunden „Wunschkindern“ vorgelegt, die gegen einen entsprechenden finanziellen Obolus verfügbar seien. Die Rede ist von 15.000 - 30.000 Euro.

Der Verdacht wiegt schwer: Werden ukrainische Babys verkauft und im In- und Ausland illegal adoptiert? Dies vermutet zumindest die Parlamentarische Versammlung des Europarats in Straßburg in ihrem Untersuchungsbericht von Dezember 2007 („Doc.11461 vom 7.12.07: Disappearance of newborn babies for illegal adoption in Europe“). Berichterstatter des Gremiums hatten betroffene Mütter, Ärzte und Pfleger interviewt und Zeugenaussagen zu einigen besonders haarsträubenden Fällen zusammengetragen.

So hatten sich in einer Kinderklinik im ostukrainischen Charkiw vor einigen Jahren Fälle verschwundener Babys gehäuft. Den Müttern wurde jeweils kurz nach der Entbindung mitgeteilt, dass ihr Kind verstorben sei. Einigen Frauen wurden dabei jedoch Babyleichen gezeigt, die erkennbar nicht ihre eigenen waren. In anderen Fällen bekamen die Eltern das angeblich tote Kind gar nicht zu sehen. Auch gab es erhebliche Widersprüche und Lücken in den medizinischen Aufzeichnungen. Der Europarat berichtet sogar von einer Mutter, die nacheinander zwei Kinder unter mysteriösen Umständen verloren habe. Und mutmaßt: Das Fehlen von Kontrollmechanismen habe zur Bildung internationaler Kinderschmuggel-Netzwerke geführt. Die Öffnung osteuropäischer Grenzen sei dabei ein Teil des Problems.

Auch andere internationale Beobachter wie das Kinderhilfswerk Unicef stellen fest: „Die Kinder armer Familien in (...) osteuropäischen Staaten wie Moldawien, Rumänien, Russland oder Ukraine sind den Machenschaften der gut organisierten Menschenhändler oft wehrlos ausgeliefert.“ Viele Kinder würden entführt oder den Eltern mit dubiosen Praktiken entzogen. Die Grenzen zum Kinderhandel seien fließend. Der Europarat hat zwar an die Ukraine appelliert, die Fälle verschwundener Kinder gerichtlich zu untersuchen. Doch Sanktionsmöglichkeiten hat er nicht.

Dazu kommt: in der Ukraine sind kommerzielle Leihmutterchaften gesetzlich erlaubt. Viele westliche Paare, die keine Kinder bekommen können, nutzen diesen Weg. Inzwischen kümmert sich eine gut ausgebaute Geburtsklinik-Industrie um das lukrative Geschäft. Neukunden werden vor allem über das Internet generiert. Die erforderlichen Dokumente für die „Ausfuhr“ eines Kindes stellen die ukrainischen Behörden problemlos aus: Nach der Geburt wird der Name der Leihmutter aus der Geburtsurkunde gestrichen und der Name der neuen Mutter, die für das Kind bezahlt hat, eingesetzt. Ein Nachweis, dass tatsächlich reproduktive Techniken genutzt werden, wird aber nicht verlangt. Dies öffnet grauen Machenschaften Tür und Tor.

Denn deutschen Behörden ist das Problem bewußt, ihnen sind aber die Hände gebunden: Auch wenn Leihmutterchaft in Deutschland gesetzlich verboten ist, können die deutschen Behörden den Gesetzesverstoß nur schwer erkennen. Schließlich sind die „neuen“ Eltern im Besitz einer gültigen ukrainischen Geburtsurkunde.

Skrupellose Kinderhändler nutzen die lückenhafte Rechtslage, um Kinder mit Papieren versehen, die nicht von einer Leihmutter geboren, sondern der leiblichen Mutter unter mysteriösen Umständen entwendet oder auch abgekauft wurden. Wohin die Kinder mit Hilfe lokaler Schlepper und internationaler Händlerringe geraten, mag man sich kaum ausmalen. Umso mehr tut Aufklärung not. Wie das Geschäft der kommerziellen Kinderhändler in der Ukraine genau funktioniert, soll Gegenstand der Recherche sein. Wie werden solche Deals angebahnt? Wer verdient daran (Mütter, Ärzte, Hebammen, Vermittler)? Wer sind die Hintermänner, wer die Kunden? Welche Dimensionen erreicht dieses schmutzige Geschäft? Natürlich sollen dabei sowohl die ethisch-moralischen als auch die juristischen Probleme (Reform Familien- und Strafrecht, fehlendes Monitoring des Adoptionsprozess, vor allem nach erfolgter Adoption) dargestellt werden. Außerdem wird sich an dem Beispiel die zentrale Rolle der Korruption in der ukrainischen Gesellschaft darstellen lassen.

Clemens Hoffmann

geboren 1970 in Ratingen

Werdegang:

- seit 08/2007 Freier Journalist in der Ukraine. Berichterstattung aus Kiew (unter anderem für DLF, DW, WDR, SWR, WELT, Jüdische Allgemeine, SPIEGEL online)
- seit 08/2004 Freier Journalist für ARD-Hörfunksender in Berlin
- 01/2000 - 03/2000 Redakteur bei der WDR 5-Programmgruppe Zeitgeschehen aktuell
- 10/1999 - 12/1999 Redakteur bei WDR 2 „Mittagsmagazin“ und „Zwischen Rhein und Weser“
- 02/1999 - 09/1999 Politischer Korrespondent für Radio Bremen

Die Vergabe der Recherche-Stipendien und die Betreuung der Stipendiaten erfolgt in Zusammenarbeit mit „netzwerk recherche e. V.“. (Die Redaktion)

Dokumentationen



Die Dokumentationen

nr-Werkstatt:
In der Lobby brennt noch Licht

und

nr-Werkstatt:
Quellenmanagement

können kostenfrei gegen einen adressierten und ausreichend frankierten Rückumschlag (DIN C5, 1,50 Euro) beim netzwerk recherche bezogen werden.

Bezugsadresse:
netzwerk recherche
Walkmühlatalanlagen 25
65195 Wiesbaden

www.netzwerkrecherche.de
info@netzwerkrecherche.de



N.N.

Analyse 'moderner' Lobbystrukturen
in Berlin

Analyse ‘moderner’ Lobbystrukturen in Berlin

Mit dem Regierungsumzug nach Berlin hat sich die PR- und Lobby-Branche massiv ausgebreitet. Neben klassischen Unternehmens- und Verbandslobbyisten tummeln sich heute unzählige Berater um den Reichstag und suchen die Nähe zur Politik. „Nähe ist überhaupt nichts Verwerfliches – man muss sie nur transparent gestalten“, sagt Marcus Ostermann, Leiter der Hauptstadtrepräsentanz von Vodafone Deutschland, in einem Werbefilm, mit dem 2008 im Internet für eine Veranstaltung namens „Seitensprünge“ geworben wurde. Dabei handelte es sich um einen Parcours, der „Einblicke ins Herz politischer Kommunikation“ geben sollte. Die Teilnehmer konnten sich an rund 40 Stationen in Berlin-Mitte informieren – bei Agenturen, Interessenverbänden, Zeitungsredaktionen, Landesvertretungen und beim Bundesgesundheitsministerium. Fraglich ist, ob solche „Seitensprünge“ nicht jene Grenzen einreißen, die eigentlich notwendig sind.

Die Strategie der Grenzverwischung entspricht einem Zeitgeist, der fordert, die Politik an Erfordernissen der Wirtschaft auszurichten. Im politischen Berlin sind die Unterschiede oft schon kaum mehr spürbar. Politiker, Lobbyisten und Medienvertreter treffen sich auf Festen, Galas, Kongressen und Preisverleihungen. PR-Arbeiter schreiben gleichzeitig für Zeitungsredaktionen. Redakteure nutzen ungehemmt das Material, das ihnen Lobby- und PR-Organisationen liefern. Nur ein paar schwarze Schafe? Die Realität sieht anders aus: Bei Fachblättern ist die Koppelung von Anzeigen und redaktionellen Inhalten häufig Usus – und nicht wenige Tageszeitungen vermeiden in vorausweisendem Gehorsam jene Schlagzeilen, die ihren Kunden unangenehm sein könnten – aus Sorge um den Verlust vor Anzeigen. Viele PR-Leute wissen um die Schwäche der Medien – und machen sich diese zunutze, um Werbebotschaften zu platzieren oder kritische Berichte zu verhindern. „Networking“ statt Substanz – so wirkt die Berliner „Käseglocke“ auf viele Beobachter.

Schwindende Distanz und intransparente Lobby-Methoden bevorteilen vor allem ressourcenstarke, wirtschaftsnahe Interessen, die sich den Zugang zu entsprechenden Foren leisten können. Allgemeine Bedürfnisse der Gesellschaft können

dadurch ins Hintertreffen geraten – letztlich mit der Gefahr eines Legitimationsverlustes für die pluralistische Interessenvermittlung insgesamt.

Die Recherche widmet sich Akteuren der Berliner Kommunikationsbranche und spürt den „modernen“ Strukturen der Lobby- und PR-Welt nach. Ziel ist es, Verflechtungen und Grenzüberschreitungen sichtbar zu machen.

Um diese wichtige Recherche und politische Informanten nicht zu gefährden, werden das genaue Thema und der Stipendiat erst nach Fertigstellung der Arbeit bekannt gegeben.
(Redaktion und Jury)

AUSGEWÄHLTE TEXTE UND REDEN



Tom Schimmeck
Jutta Roitsch
Thomas Leif

Tom Schimmeck

Wir sind machtlos, wir Autoren, aber ohnmächtig sind wir nicht.

Heinrich Böll



Tom Schimmeck erhielt 2007 für seine Essays, Kommentare und Meinungsartikel den „Spezial“-Preis der Otto Brenner Stiftung

Rede zum Gründungskongress der „Freischreiber“ am 15. November 2008 in Berlin

*Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Freie!*

Freischreiber! Das klingt doch eigentlich himmlisch. Das müssen wohl Leute sein, die nach LUST und LAUNE schreiben, frei von Zwängen, frei von Deadlines, Pseudoaktualitäten, von Platzmangel, Befehlsketten und diesem ewigen, elenden Druck, schnöden Mammon zu verdienen.

Einigen von uns geht es manchmal wirklich fast so.

Die Organisatoren haben mich gebeten, hier ein paar fröhliche Worte abzusondern, einen „Vortrag“, wie sie es nennen – mit dem scheußlichen Titel „Mut zum Eigensinn: Freie Journalisten im Medieneinerlei“. Nun ja.

FREIE Journalisten. Mit dem Wort „frei“ wird ja ziemlich viel Schindluder getrieben. „Frei“ im Kontext mit Journalisten bedeutet nicht selten „vogelfrei“. Oder „freigesetzt“, wie das im dummen Wirtschaftsdeutsch heißt.

Unsere Sprache kennt Unmengen von Wörtern mit „frei“.

Wohlgeföhlige wie: Freiheit, Freiraum, Freibier, Freistoß.

Und eher düstere wie: Freibank, Freiwild, Freitod. Und Freidemokraten.

Was sind „freie Journalisten“? Sind das nicht diese Latte-schnorrenden Lahm-ärsche, die immer zu spät liefern? Diese freilaufenden Freigeister, die sich in ihrer üppigen Freizeit im Freibad freihändig frei erfundene Storys aus den Fingern saugen, die dann irgendwo nahezu honorarfrei gedruckt werden?

Vielleicht auch. Im Idealfall aber sind es Freigeister, die unabhängig und unbehindert arbeiten wollen. Fröhliche Freidenker, die einfach ihren Kram machen wollen. Die zum Beispiel wenig Lust haben auf Hierarchiespielchen, Dienstpläne, ermüdende Konferenzen. Die sich Zeit nehmen. Ihren Kopf lieber auf das konzentrieren, was Ihnen wirklich am Herzen liegt. Viele verzichten dafür gerne auf feste Bezahlung, geregelten Urlaub, auf Kündigungs-, Mutter-, Väter- und sonstwelchen Schutz.

Klingt gut, oder?

Nur dass die Bedingungen, unter denen dieses freie Schaffen stattfindet, immer verrückter werden. Der Leidensdruck wächst. Deswegen sind wir hier. Die Lage ist ziemlich ernst.

Weil es, erstens, immer weniger Orte für guten Journalismus gibt. Genauer: Für beruflich, also in auch mit einer Erwerbsabsicht ausgeübten, guten Journalismus. Natürlich kann jeder heute hundert Blogs betreiben und die Welt mit allerlei Ergüssen beglücken. Das Internet ist da wirklich schrankenlos. Ein ganzer Romantext ist mit einem Fingerschnippen übertragen. Nur: Broterwerb ist hier vorerst nicht zu erwarten. Journalismus, der mit einer akzeptablen Bezahlung einhergeht, bekommt allmählich Seltenheitswert.

Die sogenannte „Qualitätspresse“, also jenes Eckchen im großen Zeitungsregal, wo gelegentlich noch die Fackel der Aufklärung glimmt, hat schwere Zeiten hinter sich. Und vor sich. Die Zeitungen befinden sich seit den 90ern im langsamen Sinkflug. Anzeigen sind weggebrochen. Gerade schien sich die Lage ein wenig

zu stabilisieren. Doch schon ist wieder Krise angesagt. Die New York Times meldete Ende Oktober, bislang seien die Print-Auflagen in den USA um jährlich etwa zwei Prozent gefallen. Seit Sommer sind es eher vier Prozent.

Unter anderem auch, weil hier immer heftiger gespart wird. Weil Zeitungen immer kleiner, knapper und schlechter werden. Die Suppe wird immer dünner. Die „Qualitätspresse“ missachtet ihre Qualität. Es gibt keine Verleger mehr. Nur noch Erbsenzähler. Publizistik besteht heute darin, dass Gruner und Jahr die Zeitschrift „dogs“ herausgibt. Und die WAZ-Gruppe mit dem neuen Titel „Dogs today“ kontert.

Die Roland Bergers und McKinseys sind in den letzten Jahren durch ziemlich alle Redaktionsflure dieser Republik gestolpert. Dabei sind eine Menge „Freie“ entstanden, die freiwillig gar nicht hätten „frei“ werden wollten. Die Redaktionen sind längst völlig überfordert – weil dort immer weniger Leute immer mehr leisten müssen. Man kann das in fast allen Zeitungen täglich nachlesen. Man hört es im Radio. Im Fernsehen sieht man’s sowieso.

Ja, es gibt noch Inseln im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Aber die scheinen immer winziger zu werden. Manchmal fühle ich mich an diese Bilder von Eisbären auf schmelzenden Schollen erinnert.

Das zweite Kernproblem: das Geld. Gewiss: Autoren wurden in der Geschichte selten bis nie anständig bezahlt. Schon Friedrich Schiller hat auf Pump gelebt, das Geld versoffen, seine Freundinnen und Freunde gemolken. Und jeder kennt das Klischee-Bild vom armen Poeten, der unterm Regenschirm in der Dachkammer liegt.

Heute aber sparen sich die Verlage – und die Anstalten – regelrecht zu Tode. Sie schreddern den Ast, auf dem sie – und wir alle – sitzen. Sie brauchen immer mehr und mehr und mehr „Freie“, damit der Laden überhaupt noch läuft. Zugleich ruinieren sie durch immer neue Spartricks deren Existenz. Freigiebig sind sie nun wirklich nicht. Und von Anstand ist auch zu selten die Rede.

Warum überhaupt noch Journalisten? Warum lassen sich die Verlage ihre Texte nicht gleich von Kindern in Asien knüpfen? Weil es da noch ein Sprachproblem gibt.

Die Gürtel werden gerade auch bei erfolgreichen Qualitätsprodukten derart eng geschnallt, dass uns kaum noch Luft bleibt. Den „Freien“ geht es in aller Regel zuerst an den Kragen. Weniger Honorar, noch weniger Spesen, noch mehr Rechte für den Verlag. Sie alle, liebe Freie, kennen diese ellenlangen Verträge, mit denen sich deutsche Verlagshäuser immer mehr Rechte an ihren Schöpfungen sichern wollen. Offline und online, verfilmt und gesungen. Für mindestens hundert Jahre. Und natürlich weltweit. Das ist, mit Verlaub, einfach widerlich.

Selbsterkenntnis: Da sind wir verdammt spät dran. Unseren Fotografenkollegen zum Beispiel mindestens zehn Jahre hinterher. Schön blöd.

Vorgestern kamen die neuen Tabellen vom DJV:

Ein Volontär im 2. Ausbildungsjahr bekommt 2034 Euro.

Ein erfahrener Redakteur an Tageszeitungen verdient immerhin um die 5000 Euro im Monat. Auf „Mediaphon“ habe ich mir sodann die Zeilenhonorare deutscher Zeitungen angeschaut:

Mannheimer Morgen 46 Cent.

Münchner Merkur 41 Cent.

Augsburger Allgemeine 20 Cent.

Deister-Leine-Zeitung 15 Cent.

Westfälische Rundschau 15 Cent.

Offenbacher Post 12 Cent.

Norddeutsche Rundschau 11 Cent.

Marburger Neue Zeitung 10 Cent.

Ja, da lacht der Freie: Da braucht er nur jeden Monat einen Text von ungefähr der Länge der Bibel zu verfassen, um auf einen anständigen Lebensunterhalt zu kommen.

Im Ernst: Das grenzt doch an Körperverletzung.

Die neusten Nachrichten von hier, aus Arm-aber-sexy-Berlin, wo ich (zum Glück) nicht wohne, sind auch nicht besser: Radio Multikulti wird eingestellt, PolyLux auch, die Netzzeitung ausgedünnt, die Berliner Zeitung auch. SAT1 geht nach München. OK, das ist journalistisch wohl nicht der GAU. Aber es sind Jobs. Bei der Berliner Zeitung fährt übrigens gerade der Turbokapitalismus an die Wand. Der Inhaber, die britische Mecom Gruppe, hat mittlerweile 587 Millionen Pfund Schulden. In der gegenwärtigen Lage wohl ziemlich tödlich. Die Aktie ist um 97,43 Prozent gefallen. Derzeitiger Stand in London: 1,86 Pence. Und es wird weiter gespart und gefeuert.

Die gute Nachricht: Von einer 11-Zeilen-Meldung in der Marburger Neuen Zeitung können sie sich jetzt fünf Mecom-Aktien kaufen.

Sicher: Andere Berufe sind auch hart. Der des Bankers zum Beispiel. Die müssen in den USA selbst nach dem Absturz noch das große Rad drehen, las ich neulich. Weil ihre Anwälte 700 Dollar kosten. Und ihre Psychiater mindestens 250 Dollar. Pro Stunde, versteht sich. Soviel zum auf www.freischreiber.de diskutierten Mindest-Tagessatz.

Ja, das Geld. Arno Schmidt, einer meiner Lieblingsschriftsteller, machte Ende der 50er Jahre eine Notiz über seine „persönlichen, ganz speziellen Schwierigkeiten“: „Eine davon heißt eben, so schockierend es kunstsinnigen Langohren auch klingen mag: GELD! Die Einnahmen aus meinen bis jetzt zehn Büchern sind so gering, daß ich davon allein durchschnittlich einen, höchstens zwei Monate im Jahr existieren könnte; folglich muß ich – da ich weder ‚Gottsucher‘ zu werden, noch vom ‚Primat des Arbeiter- und Bauernstandes‘ zu schwärmen gedenke – in größtem Stil Brotarbeiten annehmen.“

Womit wir direkt beim Thema PR wären:

Das ist eine seit Jahren tobende Debatte, die auch auf unserer Website intensiv geführt wird. Wie es überhaupt sehr interessant ist, diese Debatten zu verfolgen.

Weil man studieren kann, wie bunt sie sind, diese „Freien“. So viele Egos, Erfahrungen, Wünsche, Haltungen. Ist ja auch logisch. Wir stammen aus diversen Generationen. Unsere Lebenslagen sind mannigfaltig. Die einen schreiben über Kosmetik, die anderen über den Kongo. Das ist in Ordnung. Die Auftrag heute lautet: Herauszufinden, was wir gemeinsam haben. Welche Probleme? Welche Mindest-Standards? Was wir zusammen ändern können.

Zum Thema PR etwa schrieb neulich jemand auf freischreiber.de: „Eine klare Trennung gibt es doch nicht einmal mehr innerhalb der Redaktionen. Wenn man sich ansieht, wie viele Redakteure auf Firmenveranstaltungen moderieren, welche gemeinsamen Veranstaltungen es zwischen Zeitschriften und Lobbyisten gibt und wie es klare Absprachen zwischen manchen Redaktionen und ihren Anzeigenkunden gibt, im redaktionellen Teil das unterzubringen, wofür man hierzulande nicht werben darf, dann wird einem schwindelig. Und ich frage mich: Warum sollten wir als Freie da eigentlich päpstlicher sein als der Papst?“

Ja, warum eigentlich? Ich gebe zu: Ich hab's auch nicht so mit dem Papst. Und auch von mir sind schon Texte in Firmenzeitungen erschienen. Die zahlen deutlich anständiger. Und sie zahlen sogar die Reisekosten.

PR und Journalismus vermischen sich immer mehr. Wobei es sich eher um eine Unterwerfung der Presse handelt. Wir können nur billig, sagen die Verlage. ARD und ZDF sagen es auch immer öfter. Schon ökonomisch liegen derzeit alle Trümpfe bei der PR. Viele finden das wunderbar. Und wechseln lustig hin und her. Dieser Tage las ich zum Beispiel wieder von Michael Inacker. Der war einst beim Verteilungsministerium. Danach beim „Rheinischen Merkur“. Er wurde Meinungschef der „Wams“. Danach Leiter des Planungsstabs von DaimlerChrysler-Chef Schrempf. Dann ging er zur FAZ. Und zurück zu Chrysler. Dann war er stellvertretender Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“. Und bald übernimmt er die Leitung des Bereichs Corporate Communications & Public Affairs bei Metro in Düsseldorf. Sein Ex-WiWo-Chefredakteur Stefan Baron wurde übrigens 2007 Kommunikationsschef der Deutschen Bank.

Das ist doch ganz herrlich. Und immer stimmt die Kasse. Diese Jungs haben ein vollkommen anderes Verständnis von Journalismus. Die vermengen sich mit dem Gegenstand ihrer Betrachtung, der Wirtschaft. Überhaupt scheint mit der Wirtschaftsjournalismus derzeit so etwas wie der Rotlicht-Bezirk unseres Metiers zu sein.

Sie ahnen schon: Ich finde das fürchterlich. Ich will so schnell wie möglich zu einem Zustand zurück, da ein freier Journalist keinerlei PR braucht, um eine bescheide, aber würdevolle Existenz fristen zu können. Hier, finde ich, sollten die „Freischreiber“ als Freibeuter agieren. Als Freischärler.

Denn: Mehr Anstand im Umgang mit Freien wird nicht durch Betteln zu erreichen sein. Vielleicht muss man es den Verlagsmanagern einmal ganz deutlich sagen: Wer andere auf den Strich schickt, ist per Definition ein Zuhälter.

Gerade in Zeiten, da Verlage nur in Rendite-Kategorien denken, müssen wir Freisinn zeigen. Unseren Stolz mobilisieren. Ein Berufs-Ethos formulieren. Auch wenn das schwierig ist.

Im „Freitag“ fand ich dazu eine kluge Passage: „Heute ist das Berufsethos des Journalisten vor allem sein Bewerbungsprofil auf dem Arbeitsmarkt: Ich kann etwas, das nicht jeder kann, aber dafür muss ich unabhängig sein. Dieses Berufsethos ist in gewisser Weise auch der nachvollziehbare Widerstand gegen die Sinnentleerung – Marxisten würden sagen: bloße Tauschwertorientierung – der Arbeit. Man will Qualität abliefern, also einen hohen Gebrauchswert sicherstellen.

Da gibt es eine gewisse Ähnlichkeit der Arbeit des Journalisten mit der des Kochs, der sich Mühe gibt, selbst aus den billigsten Zutaten und unter den miserabelsten Umständen noch ein gutes Gericht zu zaubern.

Nicht unsympathisch, wie gesagt. Dieses Selbstverständnis hat aber den Nachteil, dass es die Möglichkeit vermindert, seine Rechte durchzusetzen. Was andernorts

eine probate Arbeitskamppform ist, der Dienst nach Vorschrift, passt dem Journalisten nicht in den Kram: Schlechte Artikel, unter denen der eigene Name steht, will keiner durchgehen lassen. Außerdem gefällt sich der Journalist, zumal der Feuilletonist und der Kommentator, in der Vorstellung, sein geschriebenes Wort könne den Weltenlauf verändern“

Gut beobachtet. Und wir sollten es im Kopf behalten bei der Diskussion darüber, was wir wollen und was erreichbar ist. Zumal, wenn uns Solisten mal wieder unser schräger Individualismus in die Quere kommt.

Die beste Nachricht. Wir sind schon ziemlich viele. Als ich diese Woche nachschaute, hatte sich gerade Nummer 900 registriert. Wobei anzumerken ist, dass die User ID Nummer 1 ist nicht vergeben ist – aus Bescheidenheit vermutlich. Die Nummern 3-6 übrigens auch nicht. Die sind wohl für künftige Ehrenpräsidenten reserviert.

Aber egal. Wir haben das Zeug, ein anständiger deutscher Verein zu werden. Wir verfügen derzeit über 4 Bernhards, 5x Klaus, Jens und Alexander, 6 Holgers, Günters und Floriane, 7 Mathiasse, 8 Christophs, 9 Peters, 10 Stefans – von denen sich 20 Prozent mit ph schreiben, 11 Martins, 14 Michaels und 17 Thomasse. Sowie über 4 Alexandras, je sieben Martinas und Anjas, 8 Barbaras und Annettes, 9 Beates, 10 mal Katrin und Julia, 12 Sabines, 12 Andreas. Und genauso viele Andreasse.

Sogar der sagenhafte Hajo Schumacher ist dabei. Neulich las ich, dass er hier in Berliner Hotels Seminare für PR-Führungskräfte gibt: „Effizient kommunizieren. Der Umgang mit der Presse“. Für die „Deutsche Presseakademie“. Ein Outfit im emsigen Umfeld der Firma Helios. Da kann der PR-Mensch an einem Tag lernen, wie man mit Journalisten fertig wird. Für 1070 Euro pro Nase. So weit meine zweite Anregung zum Thema Tagessatz.

Zum Schluss eine Strophe aus einem schönen, kitschigen, leicht betagten Song von Xavier Naidoo. Mit dem Titel: Frei sein:

Glaubst du, dass der Wind weht,
Weil irgendjemand sagt: »Wind weh' jetzt!«?
Glaubst du, dass die Sterne, die am Himmel stehen, leuchten,
Weil irgendwer sie anknipst?
Glaubst du, dass die Elemente tun was die sollen
Und nicht was sie wollen?
Wenn du das glaubst,
Dann wirst du nie sehen und verstehen
Was ich mein', wenn ich sag':
Ich will frei sein – nur frei sein.

Informationen über die bisherigen Preisträger und Dokumentationen der Preisverleihungen (mit Reden, Jury-Begründungen, Bildern usw.) finden Sie auf der Homepage:
www.otto-brenner-preis.de

Jutta Roitsch

„Profil macht angreifbar.“
Rita Süßmuth, Frankfurt, 2008

*Jutta Roitsch, Politikwissenschaftlerin und Bildungsexpertin,
war von 1968 bis 2002 Redakteurin der „Frankfurter Rundschau“*



Die Medienkampagne in Hessen und der Fall Ypsilanti(s)

Märchen, auch wenn sie mit Tränen enden, beginnen: Es war einmal. So beginnt auch das Märchen einer Frau, die auszog, in Hessen eine andere politische Kultur und einen tiefgreifenden ökonomischen wie ökologischen Umdenkprozess anzustoßen: Es war einmal im Sommer 2005 auf einer Tagung der sozialdemokratischen Linken im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Wie stets bei solchen Veranstaltungen spulten vorne am Podium die Redner ihre Statements ab, die Bundestagsabgeordneten kamen und gingen, die Journalisten tummelten sich an der Kaffeebar im dunkleren, hinteren Teil des Raums. An einem Stehtisch entdeckte ich meinen geschätzten Berliner Kollegen im Gespräch mit einer kleinen, zierlichen Frau mit wachem Blick und einem charmanten Lachen. Sie stockte, als ich mich an den Tisch gesellte, doch mein Kollege winkte in seiner trockenen Art ab: „Der kannst du vertrauen“. In dem Gespräch versuchte mein Kollege Andrea Ypsilanti, damals bereits SPD-Vorsitzende des hessischen Landesverbandes, davon zu überzeugen, dass sie zu den nächsten Landtagswahlen als Spitzenkandidatin antreten müsse. Nur mit profilierten politischen Positionen, klaren Wahlaussagen für eine rot-grüne Koalition und attraktiven Personen sei ein ausgefuchster Politiker wie Roland Koch zu schlagen. Sie könne das, Jürgen Walter, der damals schon in den Medien hochgehandelte „Hoffnungsträger“ der hessischen SPD, nicht. An dem Nachmittag räumte mein Kollege die lebhaften Zweifel der Andrea

Ypsilanti nicht aus. Noch nicht, aber wir wissen heute, wie die Geschichte weiter- und im Januar 2009 ausgegangen ist.

Hier einige Erinnerungsschritte:

1. Am 2. Dezember 2006 setzte sich Andrea Ypsilanti im 2. Wahlgang knapp mit 175 gegen 165 Stimmen gegen den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Jürgen Walter als Spitzenkandidatin durch. Mit hohem Einsatz hatten beide Kandidaten in der Partei für sich geworben. Der „bundesweit unbekanntem, linken, ehemaligen Stewardess“ hatten die Medien wenig Chancen eingeräumt.

2. Der Wahlkampf 2007 entwickelte eine eigene Dynamik, Andrea Ypsilanti mobilisierte die eigene Mitgliedschaft, löste Zuneigung und eine Mitmachbegeisterung vor allem bei jüngeren Sozialdemokraten aus, die es so seit Jahrzehnten in Hessen nicht mehr gegeben hatte. Das rote Y und der Slogan „Hessens Weg in die soziale Moderne“ zogen, sehr zur Überraschung der Wiesbadener Medienvertreter, die alle auf Jürgen Walter gesetzt hatten. Ab November 2007 verschoben sich die Akzente in der Berichterstattung leicht: mit Erstaunen registrierten die Journalisten, dass die Themen zum Politikwechsel und zur „sozialen Moderne“ ankamen, obwohl diese in ihren Zeitungs- oder Rundfunk-Redaktionen überwiegend scharf abgelehnt wurden. Das galt insbesondere für das „Haus der Bildung“, den „Mindestlohn“, die „Abschaffung der Studiengebühren“ und vor allem die „Energiewende“, für die im Ypsilanti-Team der Baden-Württembergische Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer stand. Der Gastbeitrag des ehemaligen SPD-Superministers Wolfgang Clement in der „Welt am Sonntag“, lanciert eine Woche vor den Landtagswahlen, war der Versuch eines einflussreichen, konservativen Mediums, mit einem „Zeugen aus den eigenen Reihen“ die SPD und ihre möglichen Wähler noch einmal gründlich zu verunsichern und die „soziale Moderne“ mit Angst und Schrecken, dem Verlust von Industriestandorten und Arbeitsplätzen zu besetzen. Die heftige Reaktion in der hessischen SPD und darüber hinaus berührte nicht nur den parteischädigenden Regelverstoß, die eigene Partei und ihre Spitzenkandidatin für nicht wählbar zu erklären, sie enthält auch ein Element der Unsicherheit über diese „soziale Moderne“, deren Konsequenzen

über Wahlkampflogans hinaus weder in der Partei noch in der Öffentlichkeit vermittelt worden sind.

3. Als zugkräftigeres Reizthema, mit dem sich Ängste gegen die SPD und ihre Spitzenkandidatin schüren ließen, erwies sich für die Medien die Koalitionsaussage, die Andrea Ypsilanti noch fünf Tage vor der Wahl wiederholt hatte: „Es gibt keine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit den Linken“. Die SPD setzte mit dieser Festlegung auf die Taktik, mit der Oskar Lafontaine einst im Saarland die Grünen unter der Fünfprozenthürde gehalten hatte: Wählt uns, wir sind fortschrittlich und links genug, da brauchen wir die Linke nicht! Die Taktik ist nicht aufgegangen, weil die Linke in Hessen, anders als die Grünen im Saarland, bereits in der einstigen traditionellen SPD-Kernmitglied- und Wählerschaft, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern, zu stark verankert war. Ob bei der wahltaktischen Koalitionsaussage mitbedacht worden war, dass es unter Sozialdemokraten der älteren Generation nach wie vor einen tiefsitzenden Antikommunismus und Vorbehalte gegen alles Grün-Linke außerhalb der SPD gibt, darf bezweifelt werden.

4. Der euphorischen Reaktion der SPD am Wahlabend 2008 fehlte die Basis. Die eigentliche Sensation dieser Wahl waren die hohen Verluste der CDU, die Einbrüche bei den Grünen in den Städten und der Einzug der Linkspartei in den Landtag. Dennoch lag der Auftrag, über Koalitionen zu verhandeln, zunächst bei der CDU. Bis heute ist nicht entschlüsselbar, warum sich Ypsilanti und die SPD-Spitzenfunktionäre selbst unter Handlungsdruck sahen und sich nicht die notwendige Zeit genommen haben, um die Ergebnisse zu sichten und mit Experten zu bewerten. Zu einem hilfreichen Krisen- und Beratungsmanagement sah sich die Bundes-SPD nicht in der Lage. Sie streute stattdessen über die Medien den Vorwurf der Beratungsresistenz der Hessen im allgemeinen und Andrea Ypsilantis im besonderen.

5. In diese Phase fiel die Entscheidung der Spitzenkandidatin, für eine mögliche Regierungsübernahme die Koalitionsaussage zu korrigieren, „Wortbruch“ zu

begehen. Sie traf diese folgenreiche und schwerwiegende Entscheidung ohne Rückkoppelung mit der Parteibasis und ohne Rückendeckung durch einen Parteitag. Sie lieferte damit den Medien den Stoff, von dem sie heute leben: die Personalisierung einer politischen Frage. Ypsilanti löste eine Medienkampagne ohne Beispiel aus, an der sich Journalisten und Journalistinnen, Kabarettisten, aber neben Clement immer wieder auch Sozialdemokraten wie Klaus von Dohnanyi oder Klaus Bölling (die SPD in Hessen sei „irgendwie von Andrea Ypsilanti verhext“) beteiligten. Vom gescheiterten ersten Anlauf im März bis zum gescheiterten zweiten Anlauf zur Regierungsbildung im November war allerdings die Reaktion in der Partei entgegengesetzt: Je maßloser und vernichtender die Urteile ausfielen, um so mehr schlossen sich die Parteireihen hinter Andrea Ypsilanti, so groß die persönlichen Zweifel an einer rot-grünen Regierung unter Tolerierung der Linken gewesen sein mögen.

6. Auch nach dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur unter Beibehaltung des SPD-Landesvorsitzes und in dem kurzen Wahlkampf mit dem neuen Spitzenkandidaten Thorsten Schäfer-Gümbel behielt Ypsilanti die Zuneigung in der großen Mehrheit der Partei trotz der andauernden Attacken durch die Medien, die Schäfer-Gümbel zum Schattenmann der Ypsilanti degradierten. Eine Karikatur in der Süddeutschen Zeitung zeigte Ypsilanti als Hexenmeisterin, die an ihren langen Fingern die Marionette Schäfer-Gümbel zappeln lässt. Doch eine „Jetzt erst Rechts-Kampagne“ kam nicht in Schwung, Sozialdemokraten und/oder Sympathisanten blieben der Wahl 2009 fern. Über 200 000 Stimmen verlor die SPD in einem Jahr an die „Partei“ der Nichtwähler: mit rund 40 Prozent die größte „Partei“ im übrigen.

7. Die Neuwahl am 18. Januar 2009 beendete auf dramatische Weise die politische Karriere Andrea Ypsilantis. In ihrem Wahlkreis in Frankfurt, den sie ein Jahr zuvor erstmals mit 41 Prozent der Stimmen direkt gewonnen hatte, stürzte sie auf 20 Prozent ab. Nicht nur SPD-Wähler verweigerten ihr die Erst-Stimme: die Wählerinnen und Wähler der Grünen wie der Linken kreuzten bei der Erststimme ihre jeweiligen Kandidaten an und versagten Ypsilanti so eine, wenn auch nur demonstrative Unterstützung ihres Kurses. Mit diesem Detail lässt sich belegen,

dass das linke sozialdemokratische Projekt einer „sozialen Moderne“ in Zusammenarbeit mit den Grünen und der Linken, für das Andrea Ypsilanti stand, gescheitert ist.

Nach den sieben Erinnerungsschritten möchte ich nun einige Erkenntnisschritte wagen:

- Über „Frau und Macht“, so berichtet Wikipedia, schrieb die Soziologin Andrea Ypsilanti ihre Diplomarbeit. Theoretisch dürfte sie gewusst haben, was in einer Mediengesellschaft bevorsteht, die keinerlei Grenzen und Hemmschwellen mehr kennt. In der Praxis ist der Boulevard-Journalismus, der sich alles herausnimmt (etwa der „Stern“: „Sind Sie machtgeil, Frau Ypsilanti“?) oder Zumutungen verlangt (z. B. das Posieren in einem roten Abendkleid, das die „Bunte“ mitgebracht hatte), schwer auszuhalten. Doch den Fall Ypsilanti auf die Frauenfrage zu reduzieren, führt in die Irre. Denn eine andere Politikerin in Deutschland, die mindestens so ehrgeizig und stur-zielbewusst ist, erfährt eine völlig andere Behandlung durch die Medien. Die Christdemokratin Ursula von der Leyen, Tochter des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht und gerade einmal ein Jahr jünger als Andrea Ypsilanti, ist der gehätschelte und umworbene Star der Berliner Bundespressekonferenz und der gesamten Regenbogenpresse. Kritik an ihrer oftmals rein populistischen Politik fällt praktisch aus. Ihr „Politikwechsel“ zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Beispiel, den sie nach der Föderalismusreform im gesamten Bildungsbereich nur anstoßen, aber nicht umsetzen und gestalten kann, wird auf Risiken und Nebenwirkungen nirgends gründlich geprüft. Es gibt demnach akzeptierte und nicht akzeptierte Politikwechsel.
- Der „Wortbruch“ der Andrea Ypsilanti und ihr Versuch, sich im Landtag mit Hilfe der Linken zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen, ist – 18 Jahre nach der deutschen Vereinigung – mit allen politischen und medialen Möglichkeiten für den Westen Deutschlands, d. h. die alte Bundesrepublik zum „Tabubruch“ überhöht worden. Koalitionsaussagen in Wahlkämpfen sind immer gemacht und nach dem Entscheid des Wählers nicht eingehalten worden.

Der angebliche Tabubruch bezog sich auf Kommunisten in der „Linken“, die früher einmal bei der DKP oder ähnlichen orthodox-marxistischen Gruppierungen – oder auch in der SPD – waren. Kommunisten aller Schattierungen und Varianten von den Trotzlisten bis zu den Maoisten gab es aber zuhauf bei den „Grünen“ in den frühen achtziger Jahren, von denen sich Holger Börner zum ersten Ministerpräsidenten einer rot-grünen Koalition in Westdeutschland wählen ließ. Von einem „Tabubruch“ war damals nicht zu lesen. Aber der Nordhesse Holger Börner gehörte zur Parteirechten, Andrea Ypsilanti nicht. Den vor allem bei älteren Sozialdemokraten tief sitzenden Ängsten und Erfahrungen mit kommunistischen Parteien und Gruppierungen konnte sie nicht begegnen. Ein Machtpolitiker wie Roland Koch kannte diese Schwachstelle der SPD und wusste sie zu nutzen. Am 18. Dezember, als für ihn alles in seinem Sinne gelaufen war, sagte er in einem Interview: „Die Frage, ob die SPD geschlossen ist oder nicht, war letztlich nicht durch mich zu beeinflussen. Ich habe aber in Kauf genommen, dass sich der Gärungsprozess innerhalb der SPD beschleunigt hat. An dieser Beschleunigung hatte ich ein strategisches Interesse, auch wenn sie vielen in meiner Partei Sorgen gemacht hat.“ (Süddeutsche Zeitung vom 18. Dezember 2008, S.5) Das strategische Interesse des Roland Koch war, dem „Wortbruch“ eine solche Dimension in der politischen Auseinandersetzung zu geben, dass der von Andrea Ypsilanti angestrebte Politikwechsel dahinter verschwindet. Diese Rechnung ist aufgegangen, wenn auch nicht zu Gunsten der hessischen CDU, für die sich weniger Wählerinnen und Wähler entschieden haben als ein Jahr zuvor. Der opportunistische Slogan der FDP: „Unser Wort gilt“ bescherte ihr ein historisches Rekordergebnis und weckte Erwartungen als CDU-Korrektiv, die die profitlosen hessischen Liberalen unter dem Koch-Freund Jörg-Uwe Hahn nicht einzulösen vermögen: Ihr einstiger sozialliberaler Flügel unter Karl-Hermann Flach, Wolfgang Mischnick und Hans-Herbert Karry ist seit Jahrzehnten spurlos verschwunden und politische Köpfe fehlen. Aber Kochs „strategisches Interesse“ an der Neuauflage des schwarz-gelben Bündnisses richtet sich ohnehin auf die Bundestagswahl. Der „Wortbruch“ lässt sich in den alten Bundesländern weiterhin instrumentalisieren: für „bürgerliche Verhältnisse“ sowie eine

klare Koalitionsaussage der CDU zugunsten der FDP und zum Weitertreiben des „Gärungsprozesses“ in der SPD, die sich ohne klaren Kurs und Inhalte zwischen den Grünen und der Linken selbst marginalisiert. Mit Hilfe der Medien und der Meinungsforscher dürfte auch diese Rechnung des Roland Koch aufgehen.

- Die Furcht vor einem tatsächlichen, „linkeren“ Politikwechsel in der Bundesrepublik ist groß, die Medien und die mindestens zur oberen Mittelschicht gehörenden Journalisten transportieren sie. Die Einlösung von sozialer Gerechtigkeit auf dem Gebiet der Bildung, der Ausbildung, der „guten Arbeit“, des erfüllten Lebens, des schonenden Umgangs mit der Natur, der Umwelt und der nächsten Generationen kostet nicht nur Geld sondern bisherige Privilegien, Abstriche am „Traum immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz). Mehr kulturelle und demokratische Teilhabe für alle, die hier leben und aufwachsen, kostet Zuwendung zu den Einwanderern, die wir Migranten nennen, und Anerkennung, dass sie unserer Kultur etwas Neues hinzufügen und sie damit verändern. Mehr Arbeit für alle, von der Männer, Frauen und Familien auch leben können, bedeutet nicht nur Umverteilung, sondern auch eine Neubewertung von Arbeit, zum Beispiel der Erzieherinnen oder der Altenpfleger. „Hessen vorn“, der alte sozialdemokratische Slogan aus der Ära Zinn hätte einen neuen, modernen Klang bekommen können.
- Der erste Versuch eines tiefgreifenden Politikwechsels in Hessen fand vor vierzig Jahren statt: mit Politikern wie Hildegard Hamm-Brücher (FDP) und Ludwig von Friedeburg. Er zielte auf die Chancengleichheit in Schule und Hochschule und war verbunden mit der integrierten Gesamtschule und neuen Unterrichtsinhalten, niedergelegt in Rahmenrichtlinien. Gegen den ersten Politikwechsel von 1969 bis 1974 liefen die Medien, angeführt von der FAZ und dem dpa-Redakteur Konrad Adam, mit einem beispiellosen Kulturkampf Sturm. Auch damals lieferten die Wiesbadener Korrespondenten weitgehend gleichförmige Texte und Kommentare an ihre Zentralen und Redaktionen: Friedeburg, der Ideologe der Einheitsschule, muss weg. Gegen den Meinungs-

strom zu schwimmen, war in dem engen Wiesbadener Politikgeschäft zwischen Landtag und Stammkneipe kaum auszuhalten. Mein damaliger Wiesbadener Kollege Bernd Jasper war keine Ausnahme, aber er respektierte mein massives Gegenhalten, das von der Chefredaktion getragen und ge-stützt wurde. Verloren ging der erste Versuch zu einer tiefgreifenden Demokratisierung des Bildungswesens in Hessen dennoch durch eine Forderung der FDP: In den sozialliberalen Koalitionsverhandlungen 1974 in Bad Orb opferte die SPD Ludwig von Friedeburg und das bildungspolitische Ziel einer demokratischen Schule für alle dem Machterhalt. Aber es blieben Spuren übrig, denn in und um die SPD herum hatten sich Initiativen wie der Elternbund oder die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule oder die Juso-Hochschulgruppen gebildet, die ein Stück weit die Ideen weiter getragen haben.

- Der zweite Versuch zielte darauf, die Protest-, Antiatom-, Frauen- und Friedensbewegung, kurz die neuen sozialen Bewegungen, in staatliche Politik einzubinden. Hessen wurde in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zum Vorreiter der rot-grünen Koalitionen: gegen medialen Gegenwind, aber mit einem starken Unterstützer-Milieu vor allem in Frankfurt und in den Universitätsstädten. Die politischen Anstöße aus den sozialen Bewegungen nahm die hessische SPD unter Holger Börner aber nur halbherzig auf, so dass sich letztlich die Öffnung gegenüber den Grünen für die Sozialdemokratie und ihre Programmatik selbst weniger auszahlte.
- Der dritte Versuch zu einem tiefgreifenden Politikwechsel in Hessen zielte auf den Bereich der Ökologie und der Ökonomie, sollte die Energiewende ebenso einbeziehen wie ein Konzept der „guten Arbeit“, für das der hessische DGB wirbt. Die Köpfe dazu waren in Ypsilantis Wahlkampfteam Hermann Scheer, der „Solar-Papst“ und Träger des alternativen Nobelpreises, aber auch Rainer Domisch, der die Schulreformen in Finnland begleitet und umgesetzt hat. Hinzu kam die offene Unterstützung durch den hessischen DGB-Vorsitzenden und den IG Metall-Bezirksleiter. Mit dieser Konstellation wurde im hessischen Wahlkampf schnell klar, dass mit „sozialer Moderne“ etwas anderes gemeint

war als eine Verfeinerung von Hartz IV oder der Agenda 2010, d. h. etwas anderes als die Modernisierungspolitik eines Gerhard Schröder und Wolfgang Clement. Was aber genau gemeint war oder sein könnte, blieb in Kurzformeln nebulös, auslegbar durch die Linke, die erklärtermaßen die Interessen älterer Gewerkschafter und Rentner bedient. Eben dies löst bei der heutigen Generation der Journalisten Abwehr, aber auch bei den Angehörigen in der 30 bis 50-jährigen erwerbstätigen Mittelschicht Ängste aus. Eine gewerkschaftsnahe Politik, gar der inzwischen seltene demonstrative Schulterchluss zwischen SPD und Gewerkschaften stoßen in den so genannten Leitmedien von ARD und ZDF bis zu Spiegel und SZ auf nahezu einhellige Ablehnung: die durchgehende Akademisierung des Journalistenberufs und die Selbstzuordnung zu den höheren gesellschaftlichen Schichten hat zu dieser Entwicklung beigetragen und die mediale Einstufung der Gewerkschaften als rückwärtsgewandte Traditionalisten, die rücksichtslos ihre Mitgliederinteressen verfechten, ebenso.

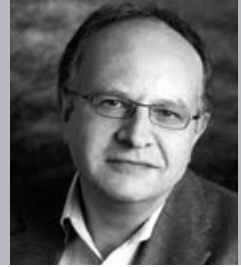
- Auch eine 95-prozentige Unterstützung auf Parteitag kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die hessische SPD tief gespalten ist: 172 zu 172 ging schließlich der erste Wahlgang zwischen Ypsilanti und Jürgen Walter aus. Gespalten war sie in den vier Jahrzehnten, in denen ich diese Partei beobachtet und journalistisch begleitet habe, immer. Nicht von ungefähr gründeten sich die beiden Kreise, die die Spannweite in der SPD zwischen rechts und links markieren, in Hessen: Der „Seeheimer Kreis“ um Günter Metzger und der „Frankfurter Kreis“ um Karsten Voigt. Nur: als die SPD noch Staatspartei war, wie einst in Bayern die CSU, funktionierte die Balance zwischen rechts und links, zwischen Nord und Süd über Posten und Machtausgleich: Hans Eichels politische Grundsatzreferentin in der Wiesbadener Staatskanzlei hieß schließlich Andrea Ypsilanti. Das ist lange vorbei. Die „Seeheimer“ sind geblieben, die „Frankfurter“ haben sich verflüchtigt. Was heute fehlt, ist eine intellektuelle Fundierung und eine breite gesellschaftspolitische Verankerung dessen, was im Wahlkampf als „soziale Moderne“ bezeichnet worden ist. Das intellektuelle Format der gegenwärtigen politischen Klasse der SPD (nicht nur in Hessen) ist eher dürftig. Über Politik als Beruf müsste dringend neu nachgedacht

werden: Eloquenz, Trickreichtum und Chuzpe reichen als Qualifikation nicht, sondern stärken eher die öffentlichen Vorbehalte. Zwar zeichnet es die Demokratie als Gesellschaftsform aus, auch mit menschlichem Mittelmaß fertig werden zu können. Was aber fehlt, ist die öffentliche intellektuelle Einmischung von interessierten Wissenschaftlern/innen, von Gruppen der viel zitierten Zivilgesellschaft, von engagierten Bürgern: es fehlt der verzweigte und vielfältige öffentliche Diskurs über die Zukunft des Gemeinwesens. Ohne eine solche Unterstützung kann ein Politikwechsel, der anstrengend und voller Widerstände ist, nicht funktionieren. Und diese Unterstützung hat im vergangenen Jahr gefehlt, von wenigen Ausnahmen wie Hans Mommsens Kommentar im Deutschlandfunk zu den Kommunisten oder Franziska Augsteins Analyse im SZ-Feuilleton zur Gewissensfrage der vier SPD-Abgeordneten abgesehen.

- Zum Schluss ein Blick über den hessischen Zaun: Die Frage, wie die soziale Moderne im 21. Jahrhundert aussehen könnte, hat noch keine europäische Sozialdemokratie beantworten können. Weder in Frankreich, noch in England, Holland oder gar Italien haben die Sozialisten oder Sozialdemokraten Visionen und Programme entwickelt, die die Wählerinnen und Wähler überzeugen. Im Gegenteil: Die innerparteilichen Auseinandersetzungen über Personen und Programme laufen auf „hessischem Niveau“, wie ein Blick in den französischen, italienischen oder amerikanischen Blätterwald bestätigt. Hillary Clinton ist von konservativen Zeitungen schlicht als „the bitch“, die Hexe, tituliert worden. Und Martine Aubry wird von Pariser Journalisten ebenso genüsslich, verächtlich und hämisch als Traditionalistin seziert wie die hessischen Sozialdemokraten von den Wiesbadener Korrespondenten der taz oder FAZ. Politische Aufklärung, Nachdenklichkeit und Reflexion verschwindet Schritt für Schritt aus den Medien und weicht einer Boulevardisierung mit bunten Bildern und locker-flockigen Texten. Eher düstere Aussichten für die „soziale Moderne“. Soll es wirklich dabei bleiben?

Erweiterte und aktualisierte Fassung eines Vortrages, den die Autorin im Dezember 2008 in Marburg hielt.

*Dr. Thomas Leif, Chefreporter Fernsehen SWR Landessender Mainz;
Vorsitzender netzwerk recherche (nr) und Mitglied der Jury des
Otto Brenner Preises*



„Zuviel Recherche macht die Geschichte kaputt“ – Chancen und Risiken des Recherche-Journalismus

„Man wundert sich. Darüber, dass der Journalismus in Deutschland offenbar so gleichgeschaltet ist, dass sich jeder alles gefallen lässt.“ So lautete der derbe Kommentar von Michael Schmatloch, Chefredakteur des Donaukuriers in Ingolstadt, zu den insgesamt zurückhaltenden Reaktionen der Medien auf die Vorratsdatenspeicherung. Der Protest der bayerischen Regionalzeitung war unübersehbar. Am 3. November 2007 erschien der Donaukurier mit einer schwarzen Titelseite und einem pointierten Leitartikel zur zunehmenden Gefährdung der Pressefreiheit.

Ingolstadt war eine Ausnahme. Mitte April 2007 beklagte der frühere Innenminister und Bundestagsvizepräsident, Burkhard Hirsch (FDP), das „Schweigen im Blätterwalde“ (message, 2/2008): „Es scheint so, als ob der Berufsstand in kollektive Schreckstarre verfallen ist.“ Dabei war allen klar, welche fundamentale Freiheitseinschränkung mit der Daten-Sammelflut des Staates verbunden ist. Georg Mascolo, neuer Chefredakteur des Spiegel, spricht von einem „Kollateralschaden, dessen Ausmaß noch unübersehbar ist.“ „Die Vorratsdatenspeicherung bedroht die Pressefreiheit vermutlich mehr als die meisten aller Gesetze wie etwa der so heftig umstrittene Große Lauschangriff.“ (message 2/2008)
Die gesetzlich abgesicherte Sammelwut des Staates sieht eine sechsmonatige Speicherung aller Telekommunikations-Verbindungsdaten vor. Nummern, Dauer,

Datum und Uhrzeit werden gespeichert. Bei Mobilfunknutzern wird sogar der Standort bei Gesprächsbeginn registriert, aber auch die Identifikationsnummern der Handys und des jeweiligen Teilnehmers sowie SMS-Verbindungsdaten. Polizei und Justiz dürfen im Fall „schwerer Straftaten“ auf die Daten zurückgreifen. Die Speicherung der Daten müssen die Telekommunikationsfirmen übernehmen.

Zuständig für diese „Dienstleistung“ ist unter anderem die Deutsche Telekom, die selbst mit grossem Aufwand Aufsichtsräte des Unternehmens und Journalisten über Jahre ausspionieren ließ. Auf einzelne Wirtschaftsredakteure sollen sogar Spitzel angesetzt worden sein. (vgl. Der Spiegel, 23/2008: 20 f.) Um den grössten Skandal der Firmengeschichte aufzuarbeiten, wurde der frühere Vorsitzende des Bundesgerichtshofes Gerhard Schäfer, als „Chefaufklärer“ angeworben. Schäfer hat sich bereits als unabhängiger Ermittler bei der Aufarbeitung der BND-Affaire einen Namen gemacht. Im sogenannten 175-seitigen „Schäfer-Bericht“ vom April 2006 ist genau nachzulesen, wie der Geheimdienst Journalisten systematisch ausforschte und warum bestimmte Journalisten mit dem Geheimdienst kooperierten. Man darf also gespannt sein auf die internen Ermittlungen von Schäfer im Telekom-Konzern und die Leistungsbilanz der Staatsanwaltschaft in Bonn.

Anfang August 2007 sorgte ein weiterer staatlicher Übergriff für Furore. Gegen 17 Journalisten wurde ermittelt, weil sie aus Geheimakten des BND-Ausschusses zitiert hatten und sich damit des Geheimnisverrats mitschuldig gemacht haben sollen. Der Vorsitzende des BND-Ausschusses, Siegfried Kauder (CDU), wollte ein Exempel statuieren: „Für mich war wichtig, die Schotten dicht zu halten im Ausschuss, weil die Ausschussarbeit deutlich behindert war.“ Ziel des Ermittlungsverfahrens sei es, herauszufinden, „wo die undichten Stellen sind, und sicherzustellen, dass es in Zukunft so nicht läuft.“ (SZ, 4./5.8.2007) „Freie Presse im Fadenkreuz“ titelte die Frankfurter Rundschau; sogar die Chefredakteure der betroffenen Medien verfassten eine Empörungs-Erklärung. Wie absurd und doppelbödig diese Intervention des Staates war, zeigt, dass im BND-Ausschuss selbst Zeitungsartikel als „geheim“ eingestuft wurden. Zudem ist jedem Politiker bekannt, dass in jedem Untersuchungsausschuss einzelne Informationen und

„vertrauliche Papiere“ gezielt an Journalisten weitergeleitet werden. Im sogenannten „Visa-Untersuchungsausschuss“ gegen Joschka Fischer wurde die Instrumentalisierung der Medien zur Perfektion getrieben. Im Hintergrund bündelte ein Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion die gesamte Pressearbeit und führte Journalisten mit seinen Informationen wie Marionetten. Im Lichte dieser gängigen Praxis wirkt dieses publizistisch aufgeblasene „Ermittlungsverfahren“ in der Rückschau etwas sonderbar. Ein Lehrstück im Fach ‘negative campaigning’.

Nur ein halbes Jahr zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht mit einem Urteil erneut die Pressefreiheit gestärkt. Die Richter erklärten die Durchsuchungsaktion beim Magazin Cicero und in den Privaträumen eines Autors für verfassungswidrig. Cicero hatte im April 2005 aus einem „vertraulichen“ BKA-Dokument zitiert. In ihrem Urteil vom 27.2.2007 stellten die Richter fest, dass der Staat auch nicht über den Umweg der Durchsuchungsaktion an die „undichten Stellen“ herankommen dürfe. „Auch wenn die betreffenden Angehörigen von Presse oder Rundfunk selbst Beschuldigte sind, dürfen in gegen sie gerichteten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Beihilfe zum Dienstgeheimnisverrats Durchsuchungen sowie Beschlagnahmungen zwar zur Aufklärung der ihnen zur Last gelegten Straftat angeordnet werden, nicht aber zu dem Zweck, Verdachtsgründe insbesondere gegen den Informanten zu finden,“ heisst der Leitsatz des sogenannten „Cicero-Urteils.“

Ogleich dieses Urteil in seiner Eindeutigkeit den zentralen Mitarbeitern deutscher Sicherheitsbehörden bekannt sein dürfte, kommen sie in der täglichen Praxis offenbar immer noch zu einer anderen Güterabwägung. Die Aushebelung des Informantenschutzes und die Identifikation von Hinweisgebern in den Behörden hat für viele Spitzenakteure in Ministerien und Sicherheitsbehörden offenbar immer noch einen höheren Stellenwert, als die Akzeptanz von Schutzrechten der Medien.

Im Juni 2007 wurde bekannt, dass im Saarland sogar die Telefonanschlüsse von Oppositionspolitikern und Journalisten ausgespäht wurden. Die damalige Innenministerin wurde frühzeitig über diesen Vorgang informiert. (Der Spiegel, 27/2008 : 34 f.)

Auch der BND zog offenbar weder aus dem BVG-Urteil vom Februar 2007 noch aus den Ergebnissen des „Schäfer-Berichts“ ernsthafte Konsequenzen. Denn bereits kurz nach Vorlage dieser Expertise wurde der e-mail-Verkehr der Spiegel-Journalistin Susanne Koelbl mit dem afghanischen Handelsminister Amin Farhang überwacht. Besonders pikant: Eine Konsequenz des Schäfer-Berichts war eine Weisung des Bundeskanzleramtes an den BND, Journalisten in Zukunft weder auszuspähen noch als Mitarbeiter anzuheuern. Der Fall Koelbl legt die Interpretation nahe, dass Nachrichtendienste ein unkontrollierbares Eigenleben – jenseits der Hausleitung und jenseits der parlamentarischen Kontrolle – führen. Vor diesem Hintergrund gibt es begründete Zweifel an der BND-Theorie der vielen „Einzelfälle.“ Die Fülle der Einzelbeispiele, die hier nur exemplarisch präsentiert werden können, legt einen Schluß nahe: Sicherheitsbehörden agieren bei der Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit oft im rechtsfreien Raum. Zum Teil agieren sie freihändig, zum Teil aber auch von jeweils verantwortlichen Politikern gestützt. Sie verfolgen mit Ihren rechtswidrigen Aktionen zwei zentrale Ziele: Erstens wollen sie die Informanten und ihr Kommunikationsnetz identifizieren, um hier interne Sanktionen zu veranlassen und das Leck „dicht zu machen.“ Zweitens wollen sie durch zum Teil bewusst spektakuläre, öffentliche Aktionen – etwa im Fall des BND-Untersuchungsausschusses – potentielle Informanten in den Behörden abschrecken. Die Kombination der beiden strategischen Ziele soll helfen, staatliches Handeln vor allem in der Grauzone von Geheimdiensten, Polizei und privaten Dienstleistern des Sicherheitsgewerbes von öffentlicher Berichterstattung fernzuhalten. Angestrebt wird ein kontrollfreier Handlungskorridor des Sicherheitsapparates, der schon heute – im Fall der Geheimdienste – von einer parlamentarischen Kontrollkommission begleitet, aber nicht effizient kontrolliert wird. Da dieser Befund von den Kontrolleuren selbst geteilt wird, erscheint eine freie Presse die letzte Instanz zu sein, die überhaupt ein Minimum an Transparenz auf dem Terrain der Sicherheitsbehörden garantieren könnte. Die Kritik- und Kontrollfunktion können die Medien jedoch nur einlösen, wenn sie sich auf ein fachlich fundiertes Informantennetz stützen können. Dies ist den Akteuren in den Diensten bekannt. Deshalb focussieren sie ihre Aktivitäten auf die Abschreckung von Informanten.

Die privilegierte Sonderstellung von Informanten

Kein relevanter Skandal der Nachkriegsgeschichte wäre ohne die Mitwirkung von Informanten ans Tageslicht gekommen. Oder umgekehrt: die Medien können ihre rechtlich geregelte Sonderstellung als „Vierte Gewalt“ beziehungsweise als wirksame Kontrollinstanz in der Öffentlichkeit nur wahrnehmen, wenn sie auf das Wissen und die Quellen von Informanten zurückgreifen können. Informanten sind das Herz-Kreislauf-System für guten Journalismus. Ohne Informanten mit relevanten Informationen, die eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind, würde der Journalismus auf ein „Generalanzeiger-Niveau“ zurückfallen und seine Aufgaben im demokratischen Gemeinwesen nicht mehr erfüllen können. Die Privilegien der Medien, vor allem das Zeugnisverweigerungsrecht, verlieren ihren Sinn, wenn der Schutz von Informanten im Kern von staatlichen Stellen nicht mehr akzeptiert wird.

Informanten verhalten sich wie 'scheue Rehe'. Ihre Quellen versiegen, sobald sie nur die Spur einer Gefahr wittern oder das Vertrauen zu ihren Kooperationspartnern im Journalismus verlieren. Der skizzierte Maßnahmenkatalog – von der Vorratsdatenspeicherung über Razzien bis hin zu Abhöraktionen – kann in diesem Sinne als gross angelegte Treibjagd auf Informanten gewertet werden. Gute Informanten mit substantiellen Informationen verstehen diese Signale und ziehen sich ins Unterholz der Bürokratie zurück. In diesem Sinne müssen die permanenten Abschreckungs-Rituale von Politik und Verwaltung als effizient, aber auch als schädlich für die Demokratie eingeschätzt werden.

Das Motivationspektrum von Informanten ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Oft geht es um fachliche und moralische Motive. Viele Informanten sind getrieben von einem Gerechtigkeitsgefühl. Sie können es offenbar nur schwer ertragen, wenn Willkür, Korruption, oder Rechtsverstöße etc. „einfach so durchgehen.“ Intern können sie Missstände aller Art kaum artikulieren, ohne Gefahr zu laufen, ihren Arbeitsplatz oder zumindest ihre Karriere aufs Spiel zu setzen. Zudem wissen sie, dass interne Kritik den Akteuren oftmals Gelegenheit gibt, Spuren zu vertuschen, die Verantwortung zu diffundieren oder Missstände rasch präventiv zu regulieren. Medienresonanz – so das Gefühl zahlreicher seriöser Informanten – ist die einzige Ressource, die überhaupt noch etwas bewegt. Da formal zuständige

Kontrollgremien ihre Aufsichts- und Überwachungsfunktion oft nur auf dem Papier, aber selten wirksam durchführen, ist das Vertrauen in diese Institutionen nur begrenzt.

Sicher gibt es für Informanten auch andere Motive. Rache-Bedürfnisse auf Grund von (ungerechtfertigten) Sanktionen, Karriere-Blockaden oder gar Mobbing-Aktionen können Triebfedern sein. Sicher spielt gelegentlich auch Rivalität eine Rolle; mitunter mögen auch wirtschaftliche Interessen im Spiel sein. (Verkauf von Daten wie im Fall Liechtenstein). Einzelne PR-Agenturen haben sich zudem darauf spezialisiert, relevante Medien mit negativen Informationen im Sinne ihrer Auftraggeber zu füttern. Marktvorteile erreicht man heute zum Teil auch durch die Verbreitung von „heiklen“ Informationen über die entsprechenden Akteure. In der Politik steht das Wachstums-Modell „negative campaigning“, inszeniert von PR-Agenturen oder professionellen „Gegner-Beobachtern“ vor einem Konjunktur-Hoch. Im Bundestagswahlkampf 2005 wurden wichtige „Kampagnen-Themen“ von den Parteien über ausgewählte Journalisten erfolgreich in die Medien geschleust. Diese Aktionen werden mit Hilfe von „Informanten“ gesteuert. Der Umgang, die Kontrolle, Pflege und der Schutz von Informanten gehören also zu den Kernaufgaben professioneller Journalisten. Sie müssen vor allem die Motivlage sauber sezieren, Daten und Fakten intensiv prüfen und vor allem in jedem Fall einem aufwändigen Gegencheck unterziehen. Dies gilt ganz besonders für die vorsätzlich selektive Informantenarbeit von Fraktionsmitarbeitern in den Untersuchungs-Ausschüssen. Diese Informanten wissen mittlerweile, wie man „investigativen Journalismus“ inszenieren kann, welche Medien (Autoren) die Funktion von Leitmedien wahrnehmen und wie die Verwertungsketten von Informationen über Agenturen etc. tatsächlich laufen. Zunehmend werden Autoren von ihren Vorgesetzten „angehalten“, ihre Informanten zu nennen, sozusagen als Qualitätsnachweis ihrer Recherchen. Allen Journalisten müsste bewusst sein, dass diese Methode der Anfang vom Ende eines Vertrauensverhältnisses mit Informanten wäre. Im Umkehrschluß suchen sich professionelle Informanten auch „ihre Journalisten“ und „ihr Medium“. Der potentielle Wirkungshorizont einer „Geschichte“, die Mechanik ihrer Verwertung, die Garantie der Anonymität, langjähriges Vertrauen sind nur einige Kriterien, die die Zusammenarbeit prägen

oder ausschließen. Die Faustregel lautet: je relevanter das Informanten-Material, um so vorsichtiger der Informant. Mit Blick auf die eingangs geschilderten staatlichen Maßnahmen heisst dies: die gängige Kommunikation über Telefon und Internet ist nicht mehr sicher, sie gefährdet den einst geschützten Kommunikationsraum zwischen Journalisten und Informanten.

Eine Antwort: besseres Quellenmanagement und intensivere Recherche

Man kann die skizzierten Eingriffe beklagen, man kann – wie im Fall Koelbl – rechtlich gegen Überwachungsmaßnahmen vorgehen. Den Rückzug von Informanten muss man registrieren. Dies beeinträchtigt die Recherche-Möglichkeiten, sollte aber gleichzeitig Ansporn sein, alle Anstrengungen bei der Informationsbeschaffung zu verstärken. Denn viele Journalisten kommen offenbar auch ohne Informanten aus. „80 Prozent der Journalisten haben gar keinen echten Informanten – sie glauben, der Pressesprecher sei ein Informant.“ Diese nüchterne Lageeinschätzung von Kuno Habermus (NDR) in der Welt am Sonntag (11.6.2008), mit der Textzeile „Redaktionsleiter von Zapp kritisiert die Faulheit deutscher Journalisten“ zugespitzt, rührte eigentlich an einem Tabu. Aber – die pointierte These provozierte keine Gegenreaktionen, sondern wurde als Schlüsselzitat immer wieder kommentarlos nachgedruckt. Habermus weist auf Missstände im Journalismus hin, die auch der Medienforscher Lutz Hachmeister bei der Wächterpreis-Verleihung der „Stiftung Freiheit der Presse“ Anfang Mai in Frankfurt in einer bemerkenswerten Rede analysiert hat. Guter Journalismus müsse unabhängig von Ökonomie sein, unabhängig von Public Relations und den Standpunkten der eigenen Medienunternehmen sein. Guter Journalismus für alle Medien beruhe auf den „vier Faktoren Zeit, Geld, Recherche und Stil.“ (dpa, 7.5.08) Weiter führte Hachmeister aus: die „ungesunden Beschleunigungstendenzen im Online-Journalismus“ seien fühlbar, „auch die verschärfte Konkurrenz um Pseudo-Nachrichten in der Hauptstadt, wo die wirklich entscheidenden politischen und legislativen Prozesse, die sich auf der Ebene von Ministerialbeamten und Lobbyisten abspielen, zu selten reportiert werden.“ Die Säulen „Zeit. Geld. Recherche. Stil.“, die in der Frankfurter Rede aufgegriffen wurden, könnten noch durch eine fünfte Säule ergänzt werden. Von grosser

Bedeutung sind natürlich die Quellen von Journalisten, ohne die wahrscheinlich kein einziger Skandal von Relevanz in der Nachkriegsgeschichte die Öffentlichkeit erreicht hätte.

„Quellen hat man, aber über Quellen redet man nicht.“ Diese Journalisten-Weisheit hat leider auch ihre Gültigkeit, wenn die Informanten möglicherweise mit zweifelhaften Material hantieren. Darüber schreibt etwa Bernhard Honnigfort. In seinem bitteren Text „Kein Sumpf, nirgends. Die ‘sizilianischen Verhältnisse’ in Sachsen gab es nicht. Staatsanwälte stellen Ermittlungen ein.“ (FR 30.4.2008) Wir erinnern uns: vor etwa einem Jahr berichtete nicht nur der Spiegel vom „Sächsischen Sumpf“; die Leipziger Volkszeitung war von „Kriminellen Verstrickungen bis in höchste Kreise“ alarmiert; und sogar renommierte Medien- und Politikmagazine ließen den „mafiösen Sumpf“ von einem „Top-Experten“ ausführlich vermessen. Nur: der angebliche Sumpf war eine Erfindung von wenigen Verfassungsschutz-Mitarbeitern. Teile eines 10 000 Seiten Konvoluts, das zwischen 2003 und 2006 zusammengetragen wurde, diente den „Experten“ als Vorlage für „Hysterie und Leichtfertigkeit.“ Der FR-Korrespondent schreibt: „Roth und weitere Journalisten haben zwischenzeitlich strafbewehrte Unterlassungserklärungen bzw. eine entsprechende Presseerklärung abgegeben oder sich telefonisch bei dem betroffenen früheren Staatsanwalt entschuldigt.“ Der ausführliche Bericht unabhängiger Experten zum „Sachsen Sumpf“, aber auch der sogenannte „Schäfer-Bericht“ zur Bspitzelung und Kooperation von Journalisten mit dem BND sind wertvolle Dokumente für alle Journalisten, die sich mit dem Dunst der Dienste umgeben. Desinformation gehört in diesem Milieu offenbar zur Innenausstattung einer Profession. Die Problematik von (vermeintlichen) Experten als Quellen wird unter Journalisten oder auf Medienfachtagungen selten reflektiert. Zu diesem journalistischen Tabu-Thema gibt es eine hoch interessante interne Anleitung der Nachrichtenagentur AP zum „Umgang mit Quellen“. (FH/Letzte Aktualisierung 02.10.2006) Hier werden alle Mitarbeiter auf die Regeln bei der Quellenprüfung, auf die Problematik von Blogs und Quellen im Internet, auf die Quellenaufbewahrung und Quellenhinweise aufmerksam gemacht. Besonders aufschlussreich ist das Kapitel „Experten/Schwarze Liste“. Hier heisst es: „In dieser – bislang noch sehr unvollständigen – Liste aufgeführte Experten oder

Institutionen haben uns aus unterschiedlichen Gründen schon Probleme bereitet und werden daher in der AP-Berichterstattung nicht berücksichtigt. Alle AP-Mitarbeiter, die schlechte Erfahrungen mit Experten/Institutionen gemacht haben, mögen diese bitte per Mail an (...) mailen, damit wir sie ggf. in diese Liste aufnehmen können.“

Die interne Liste der Nachrichtenagentur AP ist eine sehr wertvolle Quelle. Gleichwohl müssten nicht nur die grossen Nachrichtenredaktionen diese Sensibilität pflegen, wenn interessengebundene „Rentenexperten“ oder „Automobilexperten“ die jeweilige Marktlage aus ihrer PR-Perspektive erklären.

Informanten und Skandale

Skandale beschäftigen die Medien oft monatelang, die Geschichten im Umfeld von Amtsmissbrauch und Korruption werden nicht immer von Journalisten ‘ausgegraben’, sondern von gut präparierten Informanten ‘gesetzt’.

Rudolf Scharpings’ verhängnisvolle Verbindung mit dem Waffen-Lobbyisten und PR-Mann Moritz Hunzinger wurde zunächst dem Spiegel offeriert; erst danach dem Stern, für den sich der Deal schliesslich auszahlte.

Ernst Weltekes Adlon-Ausflug zur Euro-Taufe mit familiärer Entourage wurde von seinen Konkurrenten und einstigen Weggefährten im Finanzministerium mit Hilfe von Rechnungsbelegen skandalisiert. Wie im Fall der RWE-Lobbyisten Laurenz Meyer und Hermann-Josef Arentz kannten die professionellen Informanten die Medien-Dynamik und bauten auf geschicktes Timing, kalkuliertem Dementi, dosierter Materialergänzung – und schliesslich öffentlichem Abgang.

Oft wird in solchen Fällen mit grossem Aufwand versucht, die „Nestbeschmutzer“ (Informanten) zu finden, um die undichten Löcher zu schliessen. Im Fall Florian Gerster lancierten interessierte Referenten sogar einen FAZ-Artikel. Ganz unverhohlen wurde die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefer an den Informanten-Pranger gestellt: „Die Hauptverdächtige Engelen-Kefer ist unterdessen auf Tauchstation ...“ hiess es lakonisch. (FAZ 29.11.2003) Der „Feldherr“ wollte damit nicht nur die „Teflon-Frau“ treffen, sondern alle potenziellen Informanten in der Bundesagentur für Arbeit. Die Medien veröffentlichten in diesem Fall zwar das Material der Konkurrenten, aber sie bohrten nicht nach: die wirklichen Skan-

dale um die freihändige Vergabe und mangelhafte Durchführung von millionenschweren Beratungs-Projekten der BA im IT-Bereich sind bis heute nicht aufgedeckt. Das gleiche Prinzip ist im Fall der RWE-Konzernkommunikation zu besichtigen. Zwar gibt es interne Ermittlungen nach den undichten Stellen im Controlling. Aber RWE – als Finanzier von Politikern auf Bundes-, Landes- und auf Kommunalebene – blieb bis heute weitgehend ungeschoren. Noch bis in den frühen Januar meldeten selbst seriöse Nachrichtensendungen: Meyer und Arentz hätten ihre Zahlungen *ohne* Gegenleistung bekommen. Bis heute hat sich kaum jemand dafür interessiert, *welche* Dienste die Geldempfänger für ihre Tätigkeit geleistet haben. Den Medien reichen offenbar spektakuläre Rücktritte, die Strukturen und die wahren Motive für die Rücktritte bleiben meist im Dunkeln. Es reicht, wenn die vorliegenden Informationen plausibel erscheinen.

In Fall RWE ist den Kommunikations-Experten ein genialer Coup gelungen. Politiker haben im grellen Scheinwerferlicht die politische Bühne verlassen. Die Rolle des RWE-Managements wurde bis heute nicht hinterfragt. Dies liegt auch daran, dass die Pressestelle Medienanfragen konsequent unbeantwortet liess. Einen Informations-Anspruch gegenüber Unternehmen gibt es für Journalisten nicht. Eigentlich ein Thema für die zahlreichen Berufsverbände der PR-Industrie, den Bundesverband der Pressesprecher oder den Deutschen Presserat. Aber auch Chefredakteure könnten sich gegen die als naturgegeben wahrgenommene Informationssperre wehren. Ähnlich wie bei der Kampagne zur „Autorisierungszensur von Politiker-Interviews“ oder der Beschränkung von Prominenten-Fotografen („Caroline“) könnte man die „Schweige-Zensur“ von betroffenen Unternehmen ähnlich vehement thematisieren.

Wer schweigt, der bleibt – Informationsblockaden staatlicher Stellen

Formal sieht die Lage gegenüber Behörden und staatlichen Stellen zwar besser aus. Der überall gültige Informationsermittlungsanspruch leitet sich aus der Presse- und Rundfunkfreiheit ab. Der Grundkonsens: „Die Presse erfüllt eine öffentliche Aufgabe. Insbesondere dadurch, dass sie Nachrichten beschafft und verbreitet, Stellung nimmt, Kritik übt und auf andere Weise an der Meinungsbil-

„... mitwirken.“ In fast allen Landespressegesetzen gibt es dementsprechend eine ausdrückliche Normierung: „Die Behörden sind verpflichtet, den Vertretern der Presse die der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben dienenden Auskünfte zu erteilen“, heisst es etwa im § 4 Landespressegesetz NRW.

Doch diese Auskunftspflicht der Behörden entwickelt sich in der Praxis immer mehr zu einer Farce. Ministerien und Behörden mauern immer dann, wenn es heikel wird.

Die Ausnahmeregeln kennen die Pressesprecher auswendig. Schwebendes Verfahren, Vorschriften über die Geheimhaltung, Datenschutz oder schutzwürdige Interessen. Die Abschottung und die von manchen Ministerien sogar öffentlich eingeräumte „Auswahl“ von Informationen amputiert gezielt die Pressefreiheit und züchtet einen „Generalanzeiger-Journalismus.“ Ein Beispiel: Immer wieder wurde die Öffentlichkeit zum Thema „NPD-Verbot“ gezielt desinformiert. Führende Politiker versuchen, den Konflikt mit dem Bundesverfassungsgericht allein auf die Rolle der zahlreichen NPD-V-Leute zu reduzieren. Tatsächlich haben aber die beiden von den Innenministerien eingesetzten Arbeitsgruppen von Verfassungsschützern und Staatsrechts-Experten gewichtige andere Gründe gegen ein NPD-Verbot aufgelistet. Sie haben die jahrelang abwartende Rolle der Politik kritisiert, die Gewaltbereitschaft der NPD in Frage gestellt und die hohen Hürden des Parteienverbots begründet. All diese Argumente werden zur Zeit aus dem öffentlichen Diskurs ausgeblendet, auch weil die Behörden die dichten Berichte der beiden Beratungs-Gremien nicht herausgeben. Desinformation durch Informationsverweigerung und gezielte Auslassung. Diese Technik funktioniert auch, weil zu viele Journalisten sich zu schnell von den Behörden abweisen lassen. Oft hilft in Konfliktfällen schon die Forderung einer schriftlichen Begründung für die Informations-Blockade. Solche Ablehnungen – (die meist verweigert werden) – könnten Journalisten sammeln und öffentlich machen. Dies wäre die beste Medizin gegen die Informationsverhinderung von Pressesprechern. Denn ihr Bild von einer funktionierenden Presse ist ganz einfach. Die Medien sollen das veröffentlichen, was die Pressestellen ihnen mitteilen. Rückfragen überflüssig, Nachfragen unnötig. Das rheinland-pfälzische Innenministerium sieht Medien sogar in der Rolle eines ausführenden Organs, wie ein entsprechendes Dokument belegt.

Wenn diese Praxis aber weiter klaglos hingenommen wird, verkümmert die Auskunftspflicht der Behörden bald und wird so praktiziert wie die rigide Informationspolitik der Unternehmen. Sie verfahren nach dem Motto des Broadway-Kolumnisten Walter Winchell, der den PR-Leuten aus dem Herzen sprach: „Zu viel Recherche macht die schönste Geschichte kaputt.“ Der restriktive Umgang mit dem Informationsfreiheitsgesetz auf Bundes- und Landesebene illustriert – bezogen auf das Informationsverhalten – das Klima des überholten Obrigkeitsstaates. Veröffentlicht wird nur das, was mit Hilfe der Ausnahmeregelungen nicht verhindert werden kann. Aber auch hier muss eingeräumt werden, dass nur wenige Journalisten an diesem Instrument der Informationsbeschaffung interessiert sind.

Das süße Gift der PR – Die Technik der gekauften Kommunikation

Nick Davies, erfahrener Sonderkorrespondent der britischen Tageszeitung „The Guardian“ hat die britische Qualitätspresse einem aufwändigen Test unterzogen. Seine Ergebnisse sind niederschmetternd und vielleicht eine Folie für deutsche Kommunikationswissenschaftler, die ähnliche Tendenzen in der deutschen Medienlandschaft bislang nicht erkannt haben. „Ich war gezwungen mir einzugestehen, dass ich in einer korrumpierten Profession arbeite,“ so das Fazit des 400-seitigen Werks mit dem Titel „Flat Earth News.“ „Die Journalisten seien im ‘professionellen Käfig’ ihrer ‘Nachrichtenfabriken’ gefangen und zu ‘Churnalisten’ verkommen. (nach ‘to churn out’: auswerfen). Sie schrieben Pressemitteilungen oder Agenturmeldungen nur noch schnell um, ohne selbst nachzuforschen. Dieser Zustand mache die Massenmedien äußerst anfällig für die Verbreitung von Falschmeldungen, irreführenden Legenden und Propaganda.“

In seiner Buch-Rezension zitiert Henning Hoff in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (www.faz.net) schockierende Zahlen einer empirischen Untersuchung von 2000 Berichten (im Frühjahr 2006) der britischen Qualitätspresse. „Sechzig Prozent bestanden ausschließlich oder hauptsächlich aus PR-Material oder Berichten von Nachrichtenagenturen, die aber auch nur bei zwei Prozent als Quelle angegeben worden waren. (...) Nur zwölf Prozent der Texte ließen auf eigene Recherchen schließen.“ Die Ursache für diese Entwicklung – die wohl keine

britische Spezialität ist – sieht Davis so: „Das Grundproblem ist, dass eine kommerzielle Logik die journalistische abgelöst hat.“ Nicht nur im Online-Markt wird heute nicht mehr von Journalismus, sondern von „Geschäftsmodellen“ gesprochen. Journalismus als Ware, die mit möglichst geringen (personellen) Aufwand hergestellt werden soll?

Nick Davies erschütternde Analyse endet nicht mit einer erschütternden Botschaft: „Ich fürchte, ich beschreibe nur den Tumor, der uns umbringt, ohne eine Therapie anbieten zu können.“

Auswege: Recherche-Journalismus als Qualitäts-Katalysator

Al Gore – der bekannteste Weltklima-Kämpfer – hat vor kurzem „Belanglosigkeiten und Unsinn“ in den Medien kritisiert. „Die Grenze zwischen Nachrichten und Unterhaltung“ werde zerstört. Die Vereinigten Staaten seien „anfällig für massenhafte und dauerhafte Zerstreung.“ Nicht nur beim Klimawandel würden die Tatsachen genauso „beiseite gewischt und missachtet“, weil sie unbequem seien, wie es bei den Tatsachen zum Irak-Krieg geschehen sei. Al Gore sieht in dieser Entwicklung einen „Angriff auf die Vernunft.“ Aber der Friedensnobelpreisträger geht einen Schritt weiter und appelliert an die konsumfreudigen Bürger. Sie sollten sich weniger mit Klatsch und Tratsch beschäftigen, sondern mit wichtigeren Themen. Wie könne es sein – so seine Frage- „dass wir viel mehr Zeit damit zubringen, über Britney Spears’ Glatze und Paris Hiltons Gefängnisaufenthalt zu reden?“ Diese unbequeme Frage nach den Konsumgewohnheiten der Mediennutzer gilt nicht nur für die USA, sie wird auch in Deutschland noch tabuisiert. Die Kritik wirft die Frage nach dem Stellenwert des Qualitätsjournalismus und den Chancen der Recherche auf.

Die prominent präsentierte Kritik aus der jüngsten Zeit ist im Prinzip nicht neu: das Spannungsverhältnis zwischen vernachlässigten ernsthaften Themen und belangloser Berichterstattung wurde schon vor einem Jahrzehnt in vielen Facetten analysiert. Postmans Kritik, unter dem Titel „Wir amüsieren uns zu Tode“ erschienen, hat zum Teil den engen Kreis der professionell mit Medienfragen beschäftigten Akteure überschreiten können.

Aber – man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass die Kluft zwischen dem Einfluß der Medien in der Demokratie einerseits, der Analyse ihrer Arbeitsweise, Wirkungsmechanismen und Defizite andererseits, grösser geworden ist. Die Wirkungen der Medien auf Wirtschaft und Gesellschaft wachsen, Medienkritik und Medienanalyse bleiben aber eine Orchideen-Disziplin, oft eingeeht im Interessengeflecht von Verlegern.

Aber was ist Qualität im Journalismus? Bei der Definition kommt es darauf an, wer sich wie zu diesem Thema äussert: drei Definitionsansätze illustrieren das enorme Spektrum der Sichtweisen

- „Qualität ist für uns Quote. Wenn Qualität keine Quote bringt, ist für uns das Spiel vorbei.“ Dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der ProSiebenSat.1 Media AG, Guillaume de Posch, ist für diese Definition seiner Programmausrichtung zu danken, die er Mitte Oktober 2007 vor dem Club Hamburger Wirtschaftsjournalisten vorgetragen hat. (dpa, 16.10.07) Diese ehrliche Maxime gilt, ganz gleich wer de Posch noch folgen wird. Der Medienmanager spricht aus, was die meisten seiner Kollegen über „Qualität“ denken, aber so nicht aussprechen würden.
- Eine Führungskraft in der Weiterbildung der öffentlich-rechtlichen Konkurrenz analysierte genauso treffend den mainstream der Programmverantwortlichen in seiner Welt: „Qualität gibt es auf jedem Niveau.“ Er ließ keinen Zweifel daran, dass die beliebige Bandbreite seiner Qualitäts-Definition jeden Tag in den Programmen neu ausbalanciert wird. Quotenverlauf, Konkurrenz-Vergleich, Umschaltzeiten, Altersdurchschnitt. Das sind die „harten Daten“, die das innere Geländer der Programm-Macher stützen. Der Rest ist Geschmackssache.
- Frank Schirrmacher – Exponent des Print-Journalismus und einer der FAZ-Herausgeber – nutzte Ende Oktober (SZ, 29.10.07) eine Dankesrede zum „Jacob Grimm Preis Deutsche Sprache 2007“ zu einer ungewöhnlichen Prognose: „Jeder, der Augen hat zu sehen, wird erkennen, dass das nächste Jahrzehnt das Jahrzehnt des Qualitätsjournalismus sein wird; er schafft die

Bindekräfte einer medial disparaten Gesellschaft. (...) Die, die sich nicht anstecken lassen, die ihre Qualität, also ihre Inhalte, unverändert lassen, werden sein, was diese Gesellschaft dringender benötigt den je: der geometrische Ort, an dem die Summe des Tages und der Zeit gezogen wird.“ Der Blick in die Zukunft vermeidet die Sicht auf die Gegenwart. Auch diese optimistische Unschärfe belegt, dass der Qualitäts-Diskurs offenbar auf analytisch unbefestigtem Gelände stattfindet.

Relevante Inhalte, überprüfte Informationen, Quellenvielfalt, das Interesse an Aufklärung, eine reflektierte Haltung zum Beruf sind aus meiner Sicht Klammern für einen Qualitätsjournalismus, der demokratische Teilhabe ermöglichen und gesellschaftliche Integration fördern kann. Qualitätsjournalismus in diesem Sinne ist der Kitt, der eine demokratische Gesellschaft zusammenhält und einen Diskurs über wichtige Entscheidungen für das Zusammenleben der Menschen in Rede und Gegenrede vorantreibt. Dieser Qualitätsjournalismus wird in Deutschland in vielen Medien täglich – wenn auch in Nischen-Programmen und Publikationen – praktiziert, aber unzureichend genutzt. Dieser Qualitätsjournalismus wird gleichzeitig massiv bedroht: durch Sparzwang, um übertriebene Renditeerwartungen von Verlegern und Aktionären zu erfüllen, von quoten-getriebenen Medienmachern, die den inneren Kompaß ihres beruflichen Auftrags verloren haben, und von einem Publikum getrieben, das Zerstreuung, Nutzwert und Nervenkitzel sucht.

Was aber kann eine intensive Vermittlung, Förderung und Pflege von Recherche in den Redaktionen zur Entfaltung eines Qualitätsjournalismus beitragen?

Erstens: Recherche muss von der Ausnahme zum Normalzustand in den Redaktionen werden. Recherche ist das Rückgrat für guten Journalismus. Sie kostet Zeit und Geld und verlangt von den Journalisten besonderes Engagement. Jedenfalls müssen sie mehr tun, als unbedingt von ihnen erwartet wird. Um die Normalität zu ermöglichen, sollte man Abschied von unproduktiven Mythen nehmen. Abschied vom Mythos des investigativen Journalismus. Denn den gibt es nur in seltenen Ausnahmefällen. Stattdessen sollte man sich hinwenden zu einem klas-

sischen Recherche-Journalismus, der die wesentlichen Recherche-Qualifikationen ausbildet, pflegt und profiliert. Dieser Schritt zu mehr Bescheidenheit würde alle dementieren, die die (investigative) Recherche als unerreichbar, unbezahlbar – und deshalb nicht praktikierbar – klassifizieren. Gleichzeitig würden mit der Verankerung der Recherche in der Alltagspraxis breite Lernfelder für viele Medienmacher eröffnet, die heute meist brach liegen. Redaktionen, die sich konzentriert der Recherche widmen (im NDR und WDR Hörfunk, Sonder-Rechercheure selbst in Lokalzeitungen) greifen diesen Grundgedanken erfolgreich auf und stützen die für die Entwicklung eines Qualitäts-Journalismus notwendige Recherchekultur. Auch die Leser goutieren offenbar – so mehrere Umfragen – hintergründigen Journalismus.

Zweitens: Recherche darf nicht nur als Marketinginstrument und für das branding von Magazinen missbraucht werden. Eine Umfrage unter Chefredakteuren des g+j Verlages hat vor Jahren ergeben, dass sie die Recherche für das wichtigste Instrument zur Etablierung eines erfolgreichen Journalismus halten. Welche Konsequenzen diese Einschätzung nach sich ziehen müsste, blieb unbeantwortet. Investitionen in Recherche? Oft bleibt es bei folgenlosen Ankündigungen. Fast alle Magazine in öffentlich-rechtlichen und privaten Medien schmücken sich bei ihren Auftritten mit Superlativen zur Recherche, auch wenn sie wissen, dass sie die selbst formulierten Ansprüche nur selten einlösen. Ziel sollte es sein, nicht nur von Recherche zu reden, sondern Recherche zu ermöglichen, zu fördern und finanziell absichern.

Drittens: Recherche müsste eigentlich auf der Liste der aussterbenden Arten platziert werden. Der mögliche Nutzen der Recherche steht in einem ungünstigen Verhältnis zur Intensität der Weiterbildungsangebote. Im aktuellen Programm etwa der Akademie für Publizistik gibt es einen Kurs mit dem Titel „Sauberes Handwerk – Recherche-Strategien“ (der 2x angeboten wird.) Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit und PR wird dagegen allein mit acht eigenständigen Seminar-Modulen bedient.

Dies ist nur ein Fallbeispiel, das stellvertretend für die gesamte (Weiter)-Bildungslandschaft steht. Diese Diskrepanz zwischen notwendigem und überflüssigem in der Journalistenausbildung von Gelsenkirchen bis Hannover ist durchaus ein Spiegel des krisenhaften Zustands einer bedrohten Disziplin.

Aber jede Krise birgt auch Chancen. Die in Deutschland vernachlässigte Recherche-Ausbildung hinterlässt ein riesiges, unausgeschöpftes Potential (übrigens auch in der Vermittlung von Recherche-Trainings, die nachweislich besondere Zugänge und praxis-gestählte Motivations-Methoden erfordern).

Viertens: Dieses Potential müsste durchgehend in der Journalistenaus- und weiterbildung vorangetrieben werden. Praxis darf nicht nur simuliert werden, echte Praxis mit realistischen Aufgaben und konkreten, veröffentlichungsfähigen Geschichten müssen die Werttreiber und Motoren der Ausbildung sein. Recherche braucht Leidenschaft, Interesse, Antrieb und professionelle Begleitung. „Nichts ist erregender als Erfolge ...“ Diese leicht abgewandelte Formel eines berühmten Journalisten sollte das Leitmotiv für eine effiziente Recherche-Ausbildung sein. Elektrisieren, helfen, Grenzen zu überschreiten, der Abschied von der passiven Ergänzungsrecherche hin zu einer eigenständigen Rechercheleistung kann viel bewirken und Motivation für Recherchejournalismus auslösen. In diesem Sinne kann eine solide, stimmig aufgebaute, theoretisch fundierte und praktisch inspirierte Recherche-Ausbildung Nutzwert-Journalismus im besten Sinne sein. Nutzwert-Journalismus für eine demokratische Öffentlichkeit.

Fünftens: Folgt man den einschlägigen journalistischen Lehrbüchern, steht die Recherche am Anfang jeder journalistischen Produktion. Dass dieser Grundsatz längst aus der Praxis ausgewandert ist, wurde skizziert. Auffallend ist die zunehmende Trennung von zwei Produktionsstufen, vor allem in TV-Redaktionen. Die redaktionelle Vorbereitung (location, Protagonisten, Casting etc.) wird von einem Mitarbeiter übernommen. Diese Vor-Recherchen werden dann an den Produzenten übergeben, der das vorgegebene Thema umsetzt. Mit dem wenig überraschenden Ergebnis, dass die Recherche-Tiefe auf dem Niveau eines

Anzeigenblattes stagniert. Das Wichtigste im Journalismus sollte also wieder wichtig werden. Deshalb lohnt es sich, den bedrohten Qualitätsjournalismus mit dem Sauerstoff Recherche zu beleben. Eine intensive Recherche-Ausbildung birgt keine Risiken, hat aber viele nützliche Wirkungen zur Steigerung der Medien-Qualität:

- Mehr Recherche schärft das Auswahl-Sensorium für Wichtiges und Unwichtiges. Relevantes wird wieder relevant. (Inhalt)
- Mehr Recherche sensibilisiert für die sozial-kommunikative Rolle im Verhältnis zu Informanten, Zeugen und Quellen. (Vertraulichkeit)
- Mehr Recherche belebt die verschüttete Verifikations- und Falsifikationskultur. (Aufgabe der Überprüfung von Fakten und Vorgängen)
- Mehr Recherche reduziert die Fehleranfälligkeit und erhöht so die Glaubwürdigkeit.
- Mehr Recherche bildet die Grundlage für bessere Interviews und die Erzählung der Geschichten. (Handwerk) In den erstklassigen Ausbildungsstätten in den USA heisst es bei erkannten Mängeln: „you didn’t do enough research.“
- Mehr Recherche ist ein Bypass für mehr journalistisches Selbstbewusstsein und damit der notwendigen Stärkung einer bedrohten journalistischen Berufsidealität. (Ethik/Haltung)
- Mehr Recherche bringt für die Medien Markt Vorteile, durch die Präsentation von echter Exklusivität und damit verbundener Aufmerksamkeit für qualitätsvollen Journalismus. Recherche könnte Markenkern und Abgrenzungsmerkmal zur Konkurrenz sein.
- Mehr Recherche fördert – schließlich – die oft verwaiste Fachkompetenz in den Redaktionen und bringt Folgegeschichten, weil das Vertrauen von Informanten oft auch an das erkennbare Qualitätsniveau der Medien gekoppelt ist. Der Kreis schliesst sich; vereinfacht könnte man sagen, die Investitionen in Recherche-Kompetenz zahlen sich aus.
- Mehr Recherche sensibilisiert für den professionellen Umgang mit schwierigen Informanten und komplizierten Quellen.

Selbstverständlich müssten die vorgeschlagenen Instrumente und Maßnahmen für die Medienpraxis genau definiert, begründet und dann auch überprüft werden. Jedes Haushaltsgerät in Deutschland wird besser überprüft, als die Ausbildung einflussreicher Verlage. Im Zuge der Zertifizierungs- und „benchmark“-Kultur könnten auch Aspekte der Qualität von erfahrenen Medienmachern und Kommunikationswissenschaftlern überprüft werden. Ergebnisse, Missstände und Leuchttürme könnten jedes Jahr in einem „Weissbuch Medienqualität“ dokumentiert werden. Die grassierende Enttäuschung vieler Bürger über die Medien, aber auch das wachsende Interesse an Medienfragen fände hier ein wirksames Forum.

Zusammengefasst: Recherche kann den gewünschten und geforderten Qualitätsjournalismus beatmen, im Sinne der Mediennutzer und einer aufgeklärten Öffentlichkeit einen besseren Journalismus ermöglichen. Guter Recherche-Journalismus macht unabhängig(er) von Quellen, die eine gesteuerte Kommunikation anstreben. Das wäre dann eine erste Antwort auf den „Angriff auf die Vernunft“, die offenbar nicht nur Al Gore umtreibt.

Tugenden und Techniken für die Recherche

– *Mit Tatendrang und Temperament zu besseren Ergebnissen.*

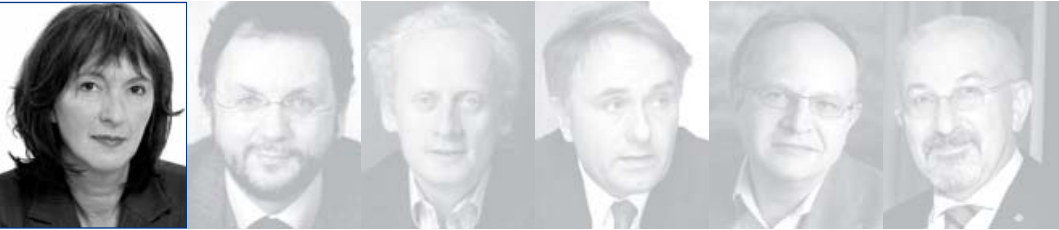
1. Für alle Recherchen gilt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Interesse, Arbeitsfreude und Engagement führen immer zum Erfolg.
2. Gute Recherche lebt davon, Informationen und Wissen zu sammeln und zu systematisieren. Umfangreiches Informationsmaterial muss ausgewählt, verdichtet, erweitert und zugespitzt werden.
3. Die Kunst besteht darin, den Rohstoff Information aus Archiven, von Informanten, Experten, dem web etc. kreativ zu verknüpfen. Es gilt der alte Grundsatz: wer viel weiß, hat bessere Ideen.
Und: einfache Ideen tragen oft einen genialen Funken in sich.
4. Bei der professionellen Recherche geht es im Kern darum, die zentralen Fragen zu stellen und sie – ihrer Bedeutung nach – zu ordnen, Wichtiges und Unwichtiges voneinander zu trennen. Prüfen – analysieren – verwerfen – nachhaken: in einem Prozeß des Nachdenkens entsteht ein Recherche-Plan mit ersten Hypothesen zum Thema. Diese Hypothesen werden dann Schritt für Schritt überprüft.
5. Zielgerichtet fragen und Informanten öffnen – das ist die Königsdisziplin für Rechercheure. Es geht nicht darum, irgendeinen Experten zu finden, sondern die kompetenten Fachleute auf der Basis eines soliden Wissens-Fundamentes zu befragen. Es gilt: immer auch die Gegenseite zu integrieren; bei der Recherche gibt es keine Favoriten. Informanten sind das A + O im Journalismus. Sie werden geschützt wie der eigene Augapfel; sie werden gehegt und gepflegt.
6. Über alle Gespräche und Kontakte wird ein gründliches Protokoll geführt. Alle Beweise und Belege werden sorgfältig dokumentiert. Der Rechercheur muss „Akten lieben lernen“ und begreifen, dass man sich nie allein auf sein Gedächtnis verlassen kann.

7. Rechercheure brauchen die Sekundärtugend eines Langstreckenläufers. Denn Qualität kommt von Qual. Ausdauer, Hartnäckigkeit und Fleiß ersetzen die übliche Fast-food-Mentalität. Das Prinzip der „Wiedervorlage“ von unerledigten Fällen ist das Lesezeichen für Rechercheure. Denn nur so werden wichtige Themen zu Ende gebracht.
8. Nichts geht ohne Vertrauen und Vertraulichkeit. Nur so können Informanten gewonnen und Quellen gesichert werden. Trotzdem muss Misstrauen und Skepsis ständiger Begleiter sein. Es geht um die Balance zwischen Vertrauen und Skepsis.
9. Inspiration – das gilt besonders für die Recherche – kommt von Arbeit. Die Ergebnisse solider Recherchen steigern die Produktqualität und damit die Marktposition von Journalisten. Es lohnt sich also zu recherchieren.
10. Das Wichtigste zum Schluß: überzeugende Recherchen verbessern die Quellenlage. Gute Stories sind das beste Mittel zur Acquisie neuer Geschichten; sie sind vertrauensbildende Maßnahmen für relevante Informanten, miss-trauische Beamte und skeptische Behörden.

DIE JURY

Sonia Mikich
Dr. Heribert Prantl
Harald Schumann
Dr. Volker Lilienthal
Dr. Thomas Leif
Jürgen Peters

Sonia Mikich



*Geboren 1951 in Oxford, in London aufgewachsen
Redaktionsleitung des ARD-Magazins Monitor*

Werdegang

- Von Februar 2004 bis April 2007: Redaktionsleitung der ARD/WDR-Dokumentationsreihe „die story“
- Seit Januar 2002: Redaktionsleitung und Moderatorin des ARD-Magazins Monitor, WDR Köln
- 1998 bis 2001: Korrespondentin und Studioleitung des Deutschen Fernsehens in Paris
- Ab 1995: Studioleitung
- 1992-98: Korrespondentin des Deutschen Fernsehens in Moskau
- 1982-84: Volontariat beim Westdeutschen Rundfunk, Redakteurin und Reporterin in der Programmgruppe Ausland Fernsehen des WDR
- 1979-81: wissenschaftliche Mitarbeiterin der Arnold-Gehlen-Forschungsgruppe am Institut für Soziologie an der RWTH Aachen. Freie Journalistin für Zeitschriften, Tageszeitungen und Aufsatzsammlungen
- 1972-79: Studium Politologie, Soziologie und Philosophie an der RWTH Aachen mit Magisterabschluss Februar 1979
- 1970-72: Volontariat bei der Aachener Volkszeitung

Auszeichnungen

1998 erhielt Sonia Mikich für ihre Arbeit als ARD-Korrespondentin in Russland das Bundesverdienstkreuz.

Für ihre Russlandberichterstattung erhielt sie 1996 den Telestar, 2001 für ihre Berichterstattung aus Tschetschenien, Afghanistan und anderen Krisengebieten sowie für ihre Zeit als Leiterin des ARD-Studios Moskau den Kritikerpreis 2001.

Veröffentlichungen

- „Der Wille zum Glück“, Lesebuch über Simone de Beauvoir (1986)
- „Planet Moskau – Geschichten aus dem neuen Russland“ (1998)

Dr. Heribert Prantl



*Geboren 1953 in Nittenau/Oberpfalz
Ressortchef Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung*

Werdegang

- Seit 1995: Ressortchef Innenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung
- Seit 1992: stellvertretender Ressortleiter
- 1992: leitender Redakteur
- Seit 1988: politischer Redakteur bei der Süddeutschen Zeitung. Zunächst innenpolitischer Kommentator und innenpolitischer Redakteur mit Schwerpunkt Rechtspolitik
- 1981-87: Richter an verschiedenen bayerischen Amts- und Landgerichten sowie Staatsanwalt
- Studium der Philosophie, der Geschichte und der Rechtswissenschaften. Erstes und Zweites Juristisches Staatsexamen, juristische Promotion bei Professor Dr. Dieter Schwab in Regensburg, juristisches Referendariat. Parallel dazu journalistische Ausbildung

Auszeichnungen, u. a.

Thurn und Taxis-Preis für die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften/Universität Regensburg (1982); Franz Karl Meier Leitartikelpreis der Pressestiftung Tagesspiegel Berlin (1989); Pressepreis des Deutschen Anwaltvereins (1992); Geschwister-Scholl-Preis der Landeshauptstadt München (1994); Kurt-Tucholsky-Preis für literarische Publizistik (1996); Siebenpfeiffer-Preis (1998/99); Theodor-Wolff-Preis für essayistischen Journalismus (2001); Rhetorikpreis für die Rede des Jahres 2004 der Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Erich-Fromm-Preis (2006); Arnold-Freymuth-Preis „für Verdienste um den demokratischen und sozialen Rechtsstaat“ (2006); Roman-Herzog-Medienpreis des Konvents für Deutschland für die Analyse und Kommentare zum Föderalismus (2007).

Harald Schumann



Geboren 1957

Redakteur für besondere Aufgaben bei „Der Tagesspiegel“, Berlin

Werdegang

- Seit 10. 2004: Redakteur „Der Tagesspiegel“ Berlin
- 2003-04: Redakteur im Berliner Büro des SPIEGEL
- 2000-02: Ressortleiter Politik bei SPIEGEL ONLINE
- 1992-00: Redakteur im Berliner Büro des SPIEGEL
- 1990-91: Leitender Redakteur beim Ost-Berliner „Morgen“
- 1986-90: Wissenschaftsredakteur beim SPIEGEL
- 1984-86: Redakteur für Umwelt und Wissenschaft bei der Berliner tageszeitung, Studium der Sozialwissenschaften in Marburg, Landschaftsplanung an der TU Berlin, Abschluss als Diplom-Ingenieur

Auszeichnungen

Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch, 1997

Medienpreis Entwicklungspolitik, 2004

Gregor Louisoder-Preis für Umweltjournalismus, 2007

Veröffentlichungen

Futtermittel und Welthunger, Reinbek 1986

Die Globalisierungsfalle (gemeinsam mit Hans-Peter Martin), Reinbek 1996

attac – Was wollen die Globalisierungskritiker? (gemeinsam mit Christiane Grefe und Mathias Greffrath), Berlin 2002

Der globale Countdown, Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung – die Zukunft der Globalisierung (gemeinsam mit Christiane Grefe), Köln 2008

Dr. Volker Lilienthal



*Geboren 1959 in Minden/Westfalen
Verantwortlicher Redakteur von „epd medien“*

Werdegang

- WS 2007/08: Vertretung der Rudolf Augstein Stiftungsprofessur für Qualitätsjournalismus an der Universität Hamburg
- Seit 2005: Verantwortlicher Redakteur von „epd medien“
- Seit 1989: Redakteur beim Evangelischen Pressedienst (epd)
- 1988: Redakteur von „COPY“ (Handelsblatt-Verlag)
- 1987: Dr. phil. in Germanistik der Universität-GH Siegen
- 1983: Diplom-Journalist der Universität Dortmund

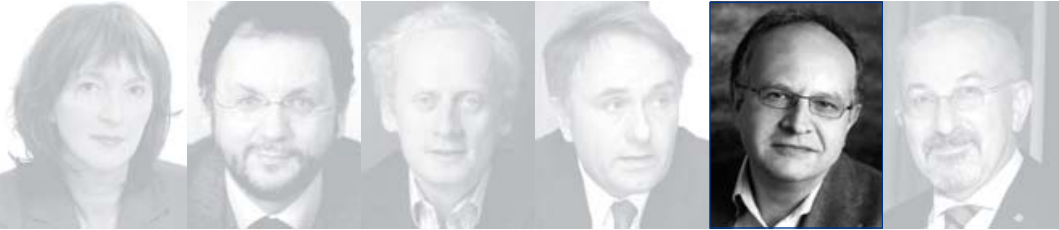
Auszeichnungen, u. a.

Leipziger Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien 2006; Nominierung zum Henri Nannen Preis 2006 in der Sparte „Bestes investigatives Stück“; „Fachjournalist des Jahres 2005“; „Reporter des Jahres 2005“; Bert-Donnepp-Preis für Medienpublizistik 2005; „Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen“ der Journalistenvereinigung „netzwerk recherche e. V.“ 2004; zweiter Preis „Bester wissenschaftlicher Zeitschriftenaufsatz“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) 2004.

Veröffentlichungen

„Professionalisierung der Medienaufsicht“ (Hrsg., Wiesbaden 2009); „Literaturkritik als politische Lektüre, Am Beispiel der Rezeption der ‚Ästhetik des Widerstands‘ von Peter Weiss“ (Berlin 1988); „Sendefertig abgesetzt. ZDF, SAT.1 und der Soldatenmord von Lebach“ (Berlin 2001); TV-Dokumentation „Der Giftschränk des deutschen Fernsehens“ 1994 auf VOX/DCTP.

Dr. Thomas Leif



Geboren 1959

1. Vorsitzender netzwerk recherche e. V.

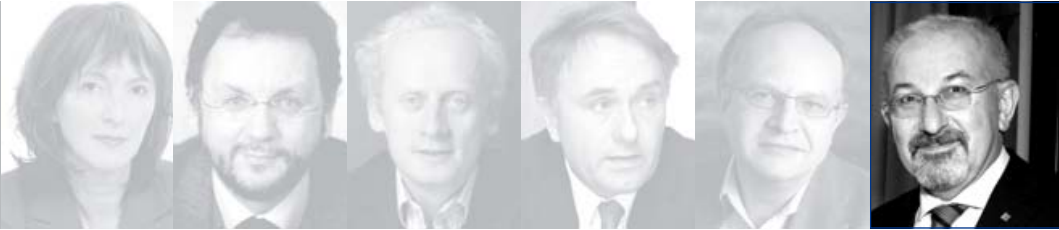
Werdegang

- Seit 2001: Vorsitzender der Journalistenvereinigung netzwerk recherche e. V.
- Seit Januar 1997: Chefreporter Fernsehen beim SWR in Mainz
- Seit März 1995: Redakteur/Reporter beim SWR-Fernsehen
- Seit Mai 1985: fester freier Mitarbeiter beim Südwestrundfunk Mainz in den Redaktionen Politik, ARD Aktuell, Report u. a.
- 1978-85: Studium der Politikwissenschaft, Publizistik und Pädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Bis 1989: Promotion

Ausgewählte Buchveröffentlichungen

- Die strategische (Ohn)-Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen 1990
- Rudolf Scharping, die SPD und die Macht (zus. mit Joachim Raschke), Reinbek 1994
- Leidenschaft: Recherche. Skandal-Geschichten und Enthüllungs-Berichte (Hrsg.), Opladen 1998
- Mehr Leidenschaft: Recherche. Skandal-Geschichten und Enthüllungsberichte. Ein Handbuch zu Recherche und Informationsbeschaffung (Hrsg.), Opladen 2003
- Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland (Hrsg.), Wiesbaden 2006
- Beraten und Verkauft. McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater, Gütersloh 2007, 10. Auflage; Aktualisierte Neuauflage; München 2008, (Taschenbuch)

Jürgen Peters



Geboren 1944 in Bolko/Oppeln, Oberschlesien

Vorsitzender des Verwaltungsrats der Otto Brenner Stiftung (2003-4/2009)

Werdegang

- 2003-2009: Präsident des Internationalen Metallverbundes (IMB)
- 2003-2007: 1. Vorsitzender der IG Metall
- 1998-2003: 2. Vorsitzender der IG Metall
- 1988-1998: Bezirksleiter des Bezirks Hannover der IG Metall
- 1976-88: Vorstand der IG Metall, Zweigbüro Düsseldorf
- 1971-76: Lehrer IG Metall Bildungsstätte Lohr
- 1969-71: Lehrerassistent in der IG Metall Bildungsstätte Lohr
- 1968-69: Besuch der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main
- 1964-68: Maschinenschlosser bei Rhestahl Hanomag AG
- 1961-64: Ausbildung als Maschinenschlosser bei Rhestahl Hanomag AG in Hannover, in dieser Zeit: Besuch der Berufsaufbauschule mit Abschluß der Fachschulreife

seit 1961 Mitglied der IG Metall, seit 1966 Mitglied der SPD, Aufsichtsratsmandate:
Volkswagen AG, Salzgitter AG

Daten und Fakten zum Otto Brenner Preis 2008

Termine

<i>Bewerbungszeitraum</i>	<i>01.04. - 15.08.2008</i>
<i>Jury-Sitzung</i>	<i>26.09.2008 Frankfurt/Main</i>
<i>Preisverleihung</i>	<i>22.10.2008 Berlin</i>

Eingereichte Bewerbungen **516**

<i>Printbeiträge</i>	<i>250</i>	<i>(48,5 %)</i>
<i>Fernsehbeiträge</i>	<i>97</i>	<i>(18,8 %)</i>
<i>Hörfunkbeiträge</i>	<i>81</i>	<i>(15,7 %)</i>
<i>Internet-Publikationen</i>	<i>34</i>	<i>(6,6 %)</i>
<i>Recherche-Stipendium</i>	<i>26</i>	<i>(5,0 %)</i>
<i>Spezial-Preis</i>	<i>17</i>	<i>(3,3 %)</i>
<i>Newcomer-/ Medienprojektpreis</i>	<i>11</i>	<i>(2,1 %)</i>

Preisgelder **45.000 Euro (insgesamt)**

<i>1. Preis</i>	<i>10.000 Euro</i>
<i>2. Preis</i>	<i>5.000 Euro</i>
<i>3. Preis</i>	<i>3.000 Euro</i>
<i>Spezial-Preis</i>	<i>10.000 Euro</i>
<i>drei Recherche-Stipendien</i>	<i>je 5.000 Euro</i>
<i>Newcomer-/Medienprojektpreis</i>	<i>2.000 Euro</i>

Preisträger

<i>Newcomer-/Medienprojektpreis</i>	<i>Andrea Röpke</i>
<i>Recherche-Stipendien</i>	<i>Veronika Frenzel</i> <i>Clemens Hoffmann</i> <i>N.N.</i>
<i>3. Preis</i>	<i>Steffen Judzikowski und</i> <i>Hans Koberstein (ZDF, Frontal21)</i>
<i>2. Preis</i>	<i>Jürgen Döschner (WDR 5)</i>
<i>1. Preis</i>	<i>Anita Blasberg und</i> <i>Marian Blasberg</i> <i>(ZEIT – Magazin LEBEN)</i>
<i>Otto Brenner Preis „Spezial“</i>	<i>Christian Bommarius</i> <i>(Berliner Zeitung)</i>

Preisträger 2005 - 2007

2007

1. Preis:

Michaela Schießl

für „Not für die Welt“ (Der Spiegel 19/2007)

2. Preis:

Ingolf Gritschneider

für „Profit um jeden Preis – Markt ohne Moral“ (WDR, 28. Februar 2007)

3. Preis:

Markus Grill

Die Jury würdigt Markus Grills Gesamtwerk an pharmakritischer Berichterstattung

Otto Brenner Preis „Spezial“:

Tom Schimmeck (freier Autor)

Angst am Dovenfleet (taz, 30. Dezember 2006)

Recherche-Stipendien:

Katrin Blum, Thomas Schuler und Martin Sehmisch

2006

1. Preis:

Redaktion „Der Tag“ – hr2

für Radiobeiträge „Der Tag“ – hr2

2. Preis:

Frank Jansen

Die Jury würdigt Frank Jansens Langzeit-Reportagen über die Opfer rechtsextremer Gewalt in Deutschland

3. Preis:

Redaktion „ZAPP“ - NDR

für ihren TV-Beitrag „Verdeckt, versteckt, verboten – Schleichwerbung und PR in den Medien“ (NDR, 2. November 2005)

Newcomer-Preis:

Lutz Mükke

für seinen Beitrag „Der Parlamentsbroker“ (Medienmagazin Message, 4. Quartal 2005)

Recherche-Stipendien:

Boris Kartheuser, Thomas Schnedler und Melanie Zerahn

2005

1. Preis:

Markus Rohwetter

für „Ihr Wort wird Gesetz“ (Die Zeit, 6. Oktober 2005)

2. Preis:

Nikola Sellmair

für „Kollege Angst“ (Stern, 31. März 2005)

3. Preis:

Brigitte Baetz

für ihren Hörfunkbeitrag „Meinung für Millionen – Wie Interessengruppen die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen“ (Deutschlandfunk, 26. August 2005)

Newcomer-Preis:

Maximilian Popp

für „Passauer Neue Mitte“ (Schülerzeitung „Rückenwind“, März 2005)

Medienprojekt-Preis:

Andreas Hamann und Gudrun Giese

für „Schwarzbuch Lidl“

Recherche-Stipendien:

Golineh Atai, Julia Friedrichs und Astrid Geisler

**OTTO BRENNER PREIS 2009
FÜR KRITISCHEN JOURNALISMUS**



„Nicht Ruhe und Unterwürfigkeit gegenüber der Obrigkeit ist die erste Bürgerpflicht, sondern Kritik und ständige demokratische Wachsamkeit.“

(Otto Brenner 1968)

Ausschreibung

Otto Brenner Preis 2009

Es werden Beiträge prämiert, die für einen kritischen Journalismus vorbildlich und beispielhaft sind und die für demokratische und gesellschaftspolitische Verantwortung im Sinne von Otto Brenner stehen. Vorausgesetzt werden gründliche Recherche und eingehende Analyse.

Der Otto Brenner Preis ist mit einem Preisgeld von **45.000 Euro** dotiert, das sich wie folgt aufteilt:

1. Preis	10.000 Euro
2. Preis	5.000 Euro
3. Preis	3.000 Euro

Zusätzlich vergibt die Otto Brenner Stiftung:

**für die beste Analyse (Leitartikel, Kommentar, Essay)
den Otto Brenner Preis „Spezial“ 10.000 Euro**

**in Zusammenarbeit mit „netzwerk recherche e. V.“
drei Recherche-Stipendien von je 5.000 Euro**

**und für Nachwuchsjournalisten oder Medienprojekte
den „Newcomer- / Medienprojektpreis“ 2.000 Euro**

Einsendeschluss: 14. August 2009

Die Bewerbungsbögen mit allen erforderlichen Informationen erhalten Sie unter:
www.otto-brenner-preis.de

Otto Brenner Stiftung
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main
E-mail: obs@igmetall.de
Tel.: 069 / 6693 - 2576
Fax: 069 / 6693 - 2786

Spendenkonten der Otto Brenner Stiftung

Für Spenden ohne bestimmten Verwendungszweck:

Konto: 1987363900
BLZ: 10010111
Bank: SEB Bank Berlin

Konto: 1610100000
BLZ: 50010111
Bank: SEB Bank Frankfurt am Main

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

– Förderung der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens

Konto: 90546003
BLZ: 50050000
Bank: HELABA Frankfurt am Main

Für Spenden mit zweckgebundenem Verwendungszweck zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zu den Schwerpunkten:

- Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland (einschließlich des Umweltschutzes),
- Entwicklung demokratischer Arbeitsbeziehungen in Mittel- und Osteuropa,
- Verfolgung des Zieles der sozialen Gerechtigkeit.

Konto: 90546011
BLZ: 50050000
Bank: HELABA Frankfurt am Main

Weitergehende Informationen finden sich auf unserer Web-Site: www.otto-brenner-stiftung.de

Impressum

Herausgeber

Otto Brenner Stiftung
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt / Main

Verantwortlich

Jupp Legrand

Redaktion

Jan Burzinski, Ellen Eckert
Jupp Legrand

Artwork

N. Faber de.sign, Wiesbaden

Druck

ColorDruckLeimen

Redaktionsschluß

27. Februar 2009

Inhaltsverzeichnis der DVD

1. **Präsentation zur Eröffnung der Preisverleihung 2008**
2. **Präsentation Otto Brenner Preis „Spezial“**
Christian Bommarius
(Berliner Zeitung)
3. **Präsentation 1. Preis**
Abschiebeflug FHE 6842
Anita und Marian Blasberg
(Die Zeit – Magazin Leben)
4. **Hörfunkbeitrag 2. Preis**
„Fire and Forget – Krieg als Geschäft“
Jürgen Döschner
(WDR 5)
5. **Fernsehbeitrag 3. Preis**
„Das Kartell – Deutschland im Griff der Energiekonzerne“
Steffen Judzikowski und Hans Koberstein
(ZDF, Frontal 21)
6. **Präsentation Medienprojektpreis**
Andrea Röpke
7. **Recherche-Stipendien**
Mitschnitt Gespräch zwischen
Dr. Thomas Leif und Kay-Sölve Richter
8. **Recherche-Stipendiatin 2005**
Astrid Geisler im Gespräch mit Kay-Sölve Richter
9. **Recherche-Stipendiatin 2005**
Fernsehbeitrag „Babys zu verkaufen“
Golineh Atai
(WDR, Weltweit)
10. **Diashow zur Preisverleihung**

www.otto-brenner-preis.de
www.otto-brenner-stiftung.de